

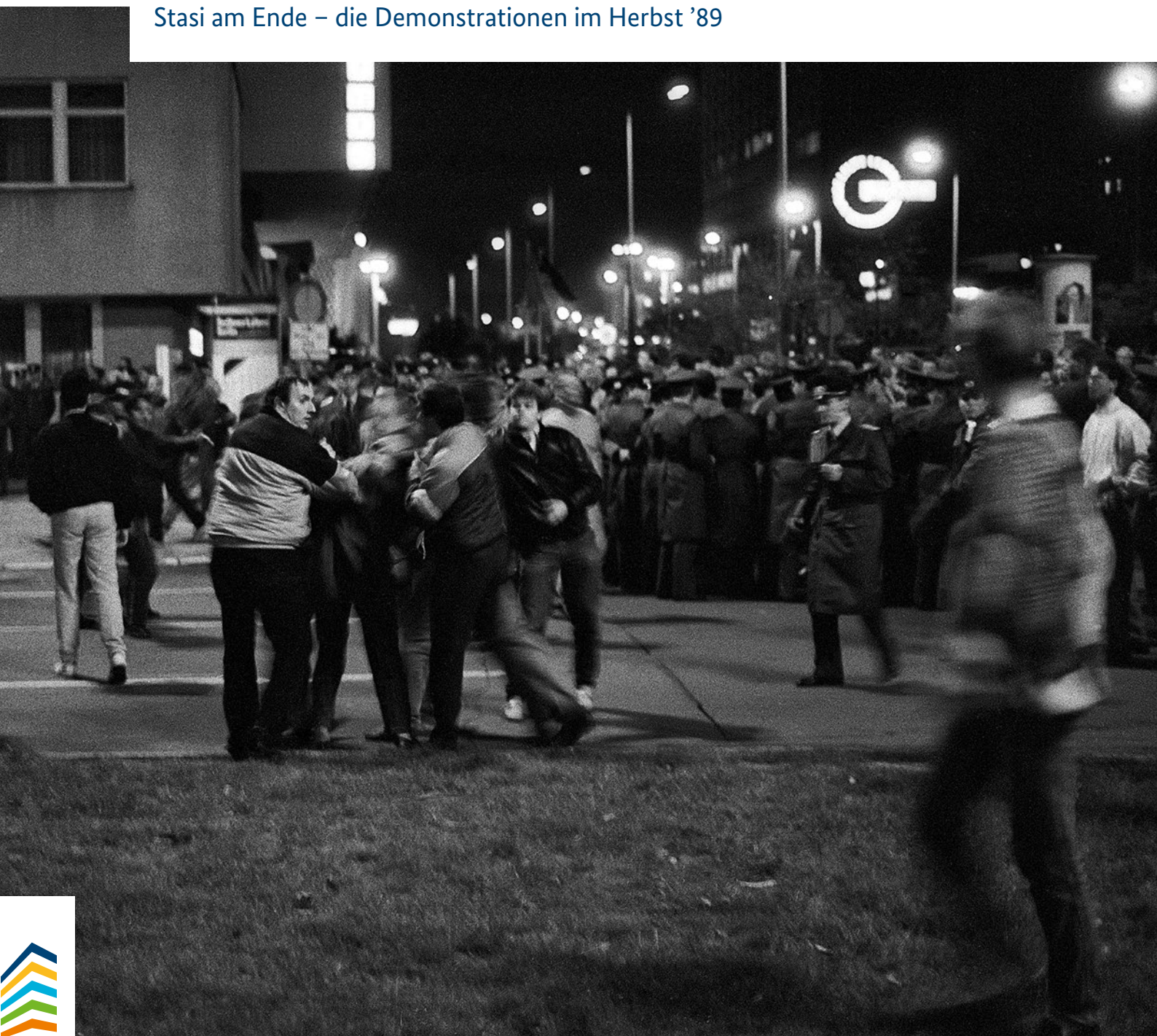


Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89



„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellenspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Vorwort	4
Dokumentensammlung	8
Volksfeste „40 Jahre DDR“	8
Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR	9
Aktion „Störenfried“	12
40. Jahrestag der DDR	17
Der 9. Oktober	35
„Oppositionelle Sammlungsbewegungen“	38
Formierung DDR-weiter „oppositioneller Sammlungsbewegungen“	39
Resolution der Theaterschaffenden	48
Montagsgebete und Demonstrationen	54
„Maßnahmen zur operativen Durchdringung“ des Neuen Forums	56
Gebetsandachten und Demonstration	62
Demonstrationen überall	66
Bericht über Stimmung in der Bevölkerung	67
Republikweite Demonstrationen	68
Entwicklung von „antisozialistischen Sammlungsbewegungen“	78
Informationen, Stimmungen, Meinungen	82
Der 4. November 1989	96
Demonstrationsaufruf für den 4. November	97
Besprechungsnotizen von Mielke-Stellvertreter Schwanzitz zur Demo	98
Befehl von E. Krenz über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung“	103
Bericht zum Sicherungseinsatz am 4. November 1989	107
Forderungen auf der genehmigten Demonstration	111
Nachwort	118
Anhang	122
Abkürzungsverzeichnis	123
Stasi-Unterlagen-Archiv	127
Dokumentenhefte	131
Quellennachweis	132



1

Abb. 1
Demonstrationszug am 4. November 1989
in Ost-Berlin
Foto: BArch, MfS, HA XX, Fo 1021,
Bild 0014

„Sobald sich die Polizeikette in Richtung dieser Leute bewegte, hoben diese die Arme unter den Rufen ‚Keine Gewalt‘. Es war nicht die Spur von provozierenden Handlungen zu spüren. Jedoch ging diese so oft zitierte ‚Provokation‘ von den Polizeieinheiten aus...“¹

Dieser Bericht eines Betroffenen über die Gewaltausschreitungen der Staatsmacht im Herbst 1989 steht stellvertretend für den Missbrauch staatlicher Gewalt zu Beginn der Friedlichen Revolution in der DDR.

„Keine Gewalt“ – mit dieser Losung verliehen Bürgerinnen und Bürger der DDR ihrer Empörung über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die überwiegend friedlichen, republikweiten Demonstrationen Ausdruck und forderten zu einer besonnenen und gewaltfreien Auseinandersetzung um die Zukunft ihres Landes auf.

Im Auftrag der SED-Führung, die die aufkeimenden Proteste und die anwachsende Bürgerbewegung unterdrücken und keinerlei Kritik am bestehenden System zulassen wollte, versuchten Volkspolizei und Staatssicherheit jedoch, alle „provokatorisch-demonstrativen Handlungen“ und „feindlich-negativen Aktivitäten ... mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden“². Auch angesichts der Tatsache, dass die Regierung noch im Juni 1989 die blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking begrüßt hatte, war in der Bevölkerung die Angst vor einer Zuspitzung der Ereignisse und vor einer „chinesischen Lösung“ spürbar.

¹ BArch, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 14
² BArch, MfS, ZAIG 16381, S. 246

Im Herbst 1989 hatte sich die Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung immer mehr ausgeweitet. Die erneute Fälschung der Kommunalwahl-ergebnisse, die im Mai von Bürgerrechtlern zum ersten Mal nachgewiesen worden war, die mangelhafte Versorgungslage und die Reformverweigerung der SED-Führung ließen vielen Menschen keine Hoffnung mehr auf Veränderungen. Diese Perspektivlosigkeit veranlasste eine immer größere Zahl an DDR-Bürgern, ihr Land zu verlassen.

Seitdem Ungarn bereits im Mai 1989 damit begonnen hatte, seine Grenzen zu Österreich abzubauen, wurden zunehmend Forderungen nach Reisefreiheit laut. In der größten Fluchtwelle seit dem Mauerbau 1961 besetzten im Spätsommer nun auch tausendfach Ausreisewillige die bundesrepublikanischen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sowie die Ständige Vertretung der BRD in Ost-Berlin, um so ihre Ausreise zu erzwingen. Als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Prager Botschaftsflüchtlingen am 30. September 1989 ihre Ausreise in die Bundesrepublik verkündete und die ersten Flüchtlingszüge Anfang Oktober über das Territorium der DDR gen Westen fuhren, kam es an der Zugstrecke und besonders an den Hauptbahnhöfen in Dresden und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) zu schweren Ausschreitungen von Sicherheitskräften gegen Demonstranten und Ausreisewillige.

Vor diesem Hintergrund der massenhaften Republikflucht und der Gewalteskalation trugen verstärkt diejenigen Bürger, die in ihrem Land bleiben und vor Ort etwas verändern wollten, ihren Unmut auf die Straße. Mit Protestbekundungen und Reformforderungen wandte sich die Oppositionsbewegung zunehmend an die Öffentlichkeit. Durch gewaltfreien Widerstand wollten immer mehr Menschen zeigen, dass sie dazu bereit waren, sich für Veränderungen in ihrem Land aktiv zu engagieren. Die eigene Bevölkerung meldete nun ihre Ansprüche mit Losungen wie „Wir bleiben hier“ und „Wir sind das Volk“ an und erhob die Forderung, in Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden. Als unbequemer und gefährlicher Störfaktor wahrgenommen, stellte sie bald das für die SED größte Problem dar.

Aus Sicht der Staats- und Parteiführung bedeuteten solche „feindlich-negativen Aktivitäten“ im Hinblick auf einen reibungslosen Ablauf der Feierlichkeiten des 40. Jahrestags der DDR-Gründung am 7. Oktober 1989 eine Bedrohung. Fein säuberlich hielt die Stasi jegliche kritische Äußerung, Protestbekundungen und die Entwicklung der Bürgerbewegung fest, um „öffentlichkeitswirksame Aktionen“ konsequent zu unterbinden. Dennoch bildeten sich am „Republikgeburtstag“ im ganzen Land spontane Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften brutal aufgelöst wurden.

Das harte Durchgreifen gegen das eigene Volk löste eine immense Empörungswelle aus. Bei vielen Menschen schwanden die letzten verbliebenen Hoffnungen auf demokratische Reformen dahin. Obwohl die Parteiführung mit der dann signalisierten Bereitschaft zum Dialog versuchte, die Initiative zurückzugewinnen, hatte sie die Deutungshoheit über die Ereignisse verloren; das Vertrauen des Volkes längst verspielt. In wachsendem

Maße zweifelte die Bevölkerung die Glaubwürdigkeit und den absoluten Führungsanspruch der Partei an. Sie drängte nun auf klare Entscheidungen und einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel. In den folgenden Wochen nahm eine Demonstrationswelle durch das ganze Land Fahrt auf; es häuften sich die Gründungen von unabhängigen Vereinigungen, Protestresolutionen wurden verbreitet und überall Forderungen nach Aufklärung des gewaltsamen Einschreitens der Sicherheitsorgane sowie nach einem umgreifenden Dialog und Mitgestaltung am demokratischen Umbruchprozess laut. Mit ihrem gewaltfreien Protest setzten Hunderttausende ein Zeichen für Aufbruch und Neubeginn.

Diese Ereignisse im Herbst 1989 sowohl in Ost-Berlin als auch in den ehemaligen Bezirken der DDR stehen im Fokus des vorliegenden Dokumentenhefts des Stasi-Unterlagen-Archivs. Anlässlich des 25. Jubiläums der Friedlichen Revolution und des politischen Umbruchs in der DDR wurden Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für den Zeitraum von Anfang Oktober bis zum 4. November 1989 aus dem Archiv ausgewählt. Beispielhaft illustrieren sie den Bürgerprotest, die Situation des Umbruchs und die Reaktionen der Staats- und Parteiführung sowie ihres „Schild und Schwertes“ – des Ministeriums für Staatssicherheit und dessen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.

Dabei werfen die Dokumente sowohl einen Blick auf Befehle der Staatsführung, Einschätzungen und Maßnahmen der Stasi als auch auf die Sicht der Bürger, die auf die Straße gingen, um ihre Rechte einzufordern. In der spannenden Zeit des Herbstes von 1989 war der friedliche Ausgang der Revolution noch nicht abzusehen und der Weg zur deutschen Einheit keineswegs vorbestimmt. Diese Phase, in der die wachsende Unzufriedenheit in öffentlichen Protesten Ausdruck fand, in der radikale Veränderungen bis hin zu einem tiefgreifenden Umsturzprozess möglich wurden, vollzog sich in einem aus heutiger Sicht unglaublich rasanten Tempo. Innerhalb kürzester Zeit überschlugen sich täglich die Ereignisse und aus dem Kampf um die Öffentlichkeit entwickelte sich eine landesweite Dynamik der Bürgerproteste. Mussten die Menschen Anfang Oktober noch massenhafte Verhaftungen und ein gewaltsames Eingreifen der Sicherheitskräfte befürchten, wollten sie ihre Meinung und Kritik an der Regierung artikulieren, so konnten die Demonstranten am 4. November 1989 zum ersten Mal auf einer genehmigten Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz ihre Forderungen in aller Öffentlichkeit ausdrücken und lautstark Veränderungen einfordern.

Volksfeste „40 Jahre DDR“

Seit dem 2. Oktober 1989 fand in der Ost-Berliner Gethsemanekirche eine ununterbrochene Mahnwache für die Freilassung politischer Gefangener statt. Mit Fastenaktionen, Fürbittandachten, Protestresolutionen und der Einrichtung eines Kontakttelefons wollten die Teilnehmer ihre Solidarität mit den Inhaftierten ausdrücken, die bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig und bei Protestaktionen in anderen Städten verhaftet worden waren.

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober reagierte die Staats- und Parteiführung zunehmend nervös auf solche in ihren Augen „feindlich-negativen Aktivitäten“. Diese beobachtete die Staatssicherheit und fasste sie unter der Aktion „Störenfried“ zusammen. Trotz verstärkter Sicherheitsmaßnahmen und der Bemühungen, den hochrangigen Staatsgästen und der Weltöffentlichkeit den Anschein einer friedliebenden Demokratie zu vermitteln, kam es am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin und anderen Städten der DDR zu gewaltsamen Auflösungen von Demonstrationen, brutalen „Zuführungen“ und tausendfachen Verhaftungen, oftmals von völlig unbeteiligten Personen.

Im Hinblick auf die nächste Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig verschärften die Vorkommnisse der vorangegangenen Tage die Befürchtungen auf eine Eskalation der Gewalt. Wider Erwarten verlief die Leipziger Demonstration jedoch friedlich. Angesichts der großen Masse an Demonstranten und verschiedener Aufrufe zu Gewaltlosigkeit hatte die Staatsmacht vor dem letzten Mittel einer gewaltsamen Niederschlagung zurückgeschreckt und mit diesem Gewaltverzicht den Weg zum Dialog frei gemacht.

1

BStU
000190

Mahnwache

für die politischen Gefangenen in der DDR

„Ihr löscht das Feuer mit Benzin, Ihr löscht den Brand nicht mehr.“

Wolf Biermann

In den letzten Wochen wurden in Leipzig, Potsdam und Berlin Menschen wegen ihres gesellschaftlichen Engagements und der Wahrnehmung grundlegender Menschenrechte kriminalisiert und inhaftiert.

LEIPZIG: Am 11. September 1989 wurden vom montäglichen Friedensgebet in der Nikolaikirche kommend, 104 Personen festgenommen. Von diesen wurden über 22 mit Strafbefehlen (Geldstrafe, 1000 bis 5000 Mark) belegt. Mindestens 18 von ihnen sind noch als inhaftiert bekannt: Kathrin Hattenhauer (Neues Forum), Udo Hartmann (IGL, Neues Forum), Karola Bornschlegel (IGL, Neues Forum), Peer Matzeit (Friedenskreis Wurzen), Günther Müller, Holger König, Frank Elsner, Jutta Getzel, Axel Gebhard, Mirco Kätzel, Jens Michalke, Jörg Müller, Ramona Ziegner, Gundula Walther, Silvia Ulbricht, Udo Suppa, Andre Gay und Jens Kühnel.

Von diesen sind bereits 12 per Strafbefehl ebenfalls nach § 217 StGB (Zusammenrottung) zu Haftstrafen verurteilt: Silvia Ulbricht und Jens Kühnel (6 Monate), alle weiteren 4 Monate: Carola Bornschlegel, Udo Hartmann, Holger König, Peer Matzeit, Axel Gebhard, Mirco Kätzel, Jörg Müller, Ramona Ziegner, Gundula Walther und Andre Gay.

Auch am 18. September kam es zu über 46 Festnahmen, von denen noch 6 inhaftiert sein sollen. Bislang liegen noch keine Namen vor.

Am 25. 9. 1989 kam es zu mindestens 12 Festnahmen, von denen sich noch Tino Karwaczky in Haft befindet.

Am 2. Oktober fand die bisher größte Demonstration statt, bei der es zu mindestens 8 bekannten Festnahmen kam.

POTSDAM: Am 10. September beteiligte sich die ANTI-FA-Gruppe Potsdam an der offiziellen Kundgebung zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Sie versuchten, eigene Plakate zu zeigen ("Warnung! Nazis auch in der DDR!", "Nie wieder Krieg - Wehret den Anfängen!").

Sicherheitskräfte griffen brutal ein. Dabei wurde auch der Pädagogiestudent Matthias Schrader mißhandelt und verhöhnt. Am 13. September wurde er verhaftet.

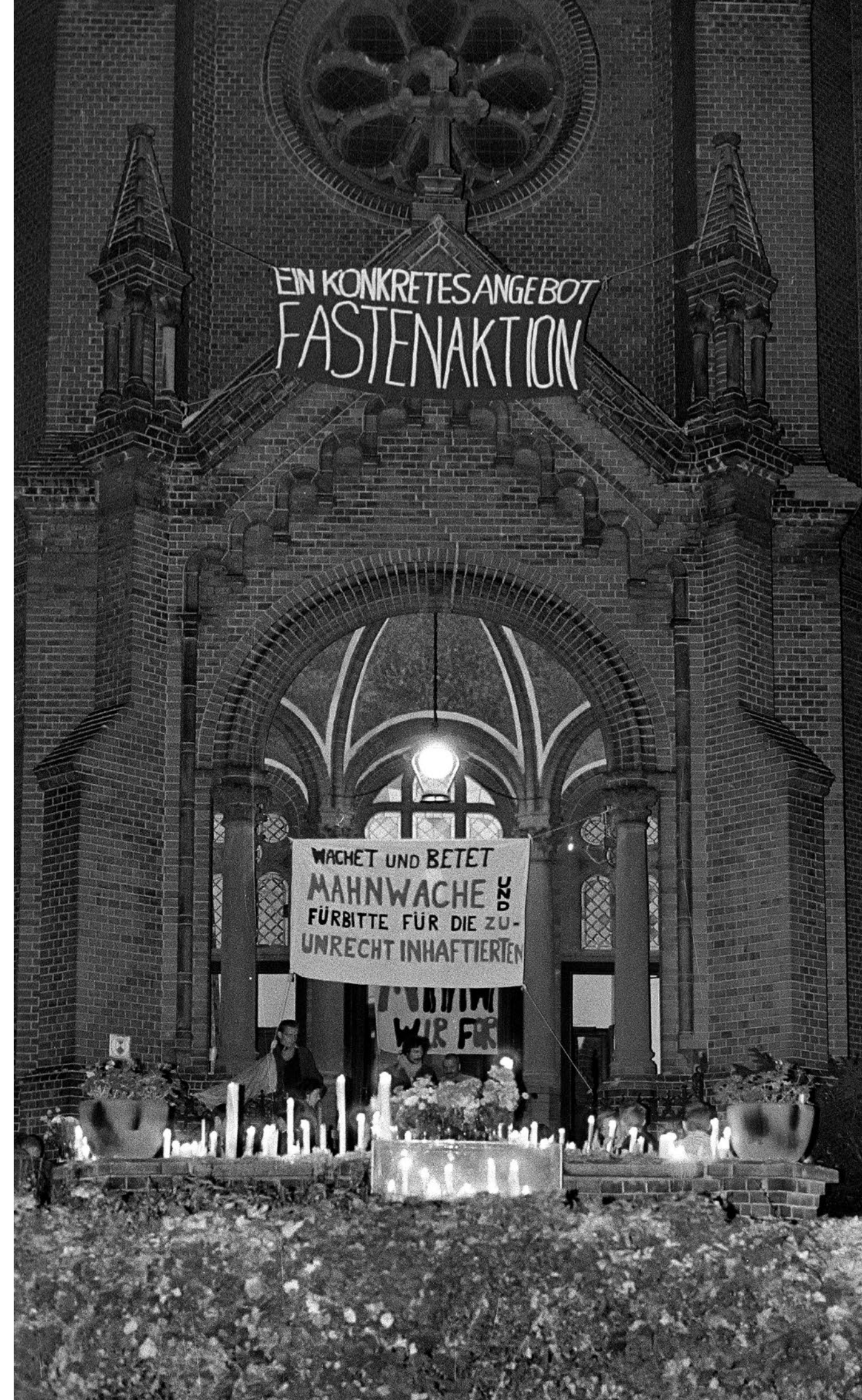
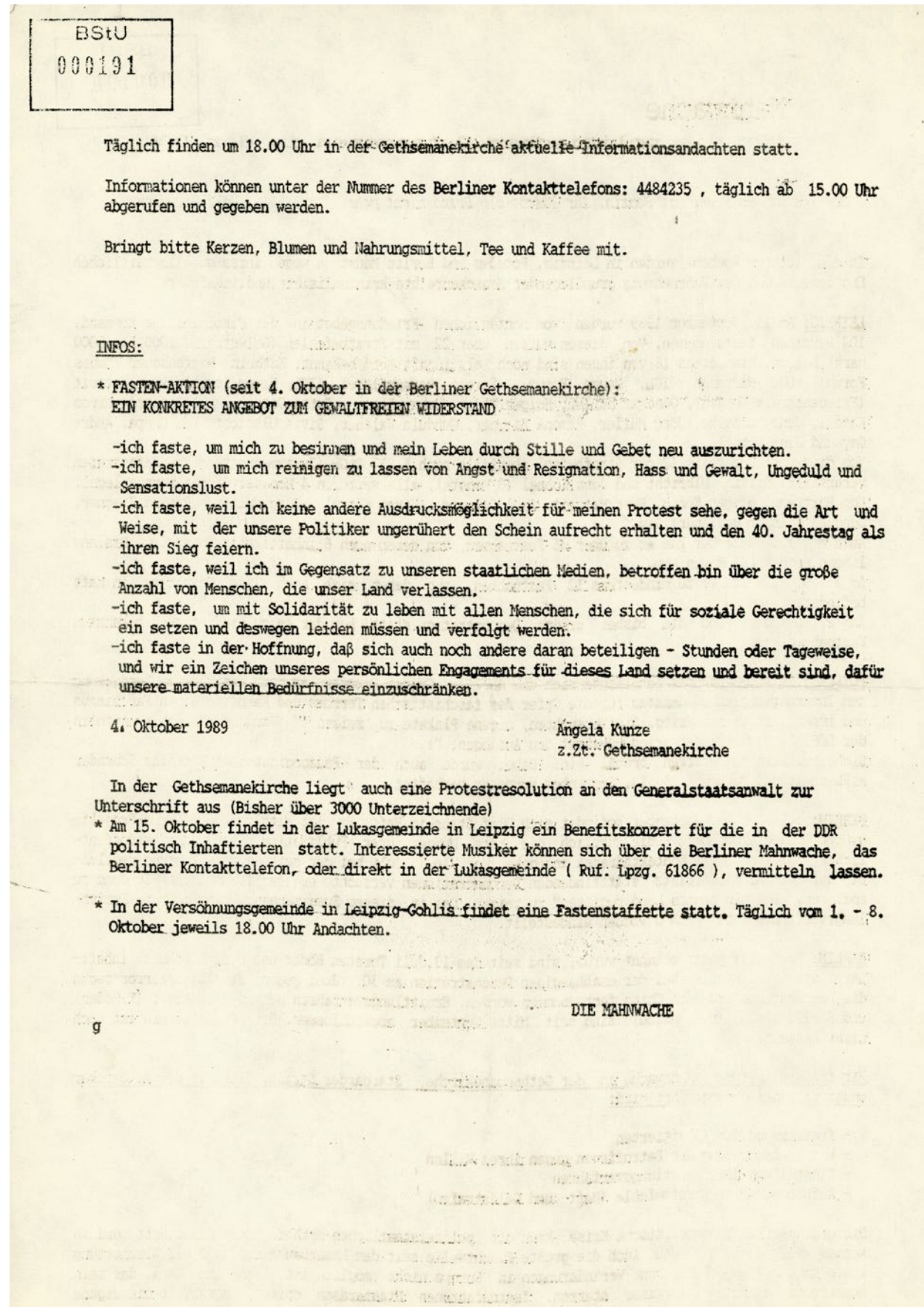
BERLIN: Seit dem 23. September befindet sich Olaf Stabs in Haft. Er ist Mitglied der Arche-Projektgruppe Ökologie/Ökonomie, die kürzlich die erste Nummer ihrer Publikation "Standpunkt" veröffentlichte, bei der er als Kontaktadresse angegeben war. Am 7. Juli bei der seit dem Wahlbetrug regelmäßig auf dem Alexanderplatz stattfindenden Demonstration versuchte er, das Transparent "Zu dumm zu addieren, aber ein ganzes Land regieren" zu zeigen. Das in diesem Zusammenhang eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde nach 3 Wochen eingestellt.

BERLIN: Wie erst jetzt bekannt wurde, sind seit dem 13. Juli Torsten Röder und Henryk Schulze inhaftiert. Sie waren bereits bei der unabhängigen Demonstration am 30. Juni gegen den Staatsterror gegen die Demokratiebewegung in China festgenommen worden. Ermittlungsverfahren nach § 217, Abs.1 (T. Röder) und § 217, Abs.2 (H. Schulze) sind seit Mitte September abgeschlossen. Der Prozeßtermin ist noch nicht bekannt.

Wir fordern mit der Mahnwache an der Gethsemanekirche, Stargarder Straße, die seit dem 2. Oktober ununterbrochen durchgeführt wird:

- Freilassung der Inhaftierten
- Keine Abschiebung der Betroffenen gegen ihren Willen
- Einstellung der Ermittlungsverfahren
- Aufhebung aller Strafbefehle (Haft- und Geldstrafen)

Die gegenwärtige innenpolitische Krise kann mit polizeistaatlichen Methoden nur verschärft und in keinem Falle gelöst werden. Auch die größte Fluchtwelle seit dem Mauerbau zeigt, daß die Abschottung eines Landes von politischen Veränderungen in Europa nicht möglich ist, denn ein Land, das sein konstruktives Potential einer starren, festgefahrenen Staatsräson opfert, verspielt die eigene Zukunft.



BSTU
000219

Hauptabteilung XX

Berlin, 4. 10. 1989

gef. 13 Exemplare
8. Exemplar

MfS
- 206 -
4 OKT 1989
Tgb. Nr. 87-11
Weiter an Olaf Erichsen
Lh. 18/2

Lagebericht
zur Aktion "Störenfried"

LH. AKG
AKG/895/89

- LG. GF/PAK
- LG. PAK
6.10
W

BSTU
000220
2

Berlin, Hauptstadt der DDR

Entsprechend der Ankündigungen im Aushang der Gethsemanekirche fanden die Veranstaltungen

"Täglich 18.00 Uhr Andacht" - Große Kirche und
"Aufgabe und Bedeutung der sozialdemokratischen Politik im Streit der Ideologie" 3. 10. 1989,
20.00 Uhr, Winterkirche

statt.

Sie vollzogen sich vor dem Hintergrund der seit 1. 10. 1989 ununterbrochen durchgeführten Mahnwache. Im Verlauf des 3. 10. 1989 kam es in diesem Zusammenhang zum durchgängigen Aufenthalt von ca. 15 bis 20 Personen auf dem Kirchengelände, dies sich im 2-Stundenrhythmus ablösten und mit zeitlichen Unterbrechungen bis gegen 17.00 Uhr am Eingang bzw. durch den Zaun die bekannten Handzettel "Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR" an Passanten verteilten. Diese Aktion war öffentlichkeitswirksam und mit ihr wurden mehrere hundert Personen erreicht. Die Handzettel wurden interessiert gelesen und eingesteckt, und nur in Einzelfällen übergab man sie anwesenden Schutzpolizisten. Im Gegensatz zum 1. 10. und 2. 10. 1989 befand sich nur noch das Plakat mit der Aufschrift

"Wachet und Betet - Mahnwache
Fürbitte für die unrecht Inhaftierten"

am Hauptportal der Kirche.

Ein gegen 17.00 Uhr an der Außenfront der Kircheneingrenzung angebrachter Handzettel o.g. Inhalts, welcher zu Ansammlungen führte, wurde auf Forderung des stellvertretenden Stadtbezirksbürgermeisters für Inneres durch Superintendent GÖRIG entfernt.

BStU
000221
3

Mehrfach wurden durch Personen vom Kirchengelände aus Fotoaufnahmen getätigt.

Mit Beginn der Andacht um 18.00 Uhr befanden sich ca. 450 Personen, zumeist Jungerwachsene, in der Kirche. Bei Erreichen der Kirche stellten einige der Besucher Kerzen in Höhe des Portals ab, die entzündet wurden.

Zur Eröffnung der Andacht wurden die Anwesenden davon in Kenntnis gesetzt, daß auf Grund von Einsprüchen des Rates des Stadtbezirkes gegen die am 1. 10. und 2. 10. 1989 an der Kirche angebrachten Transparente diese in die Kirche umverlagert wurden. Zu dem gegenwärtig noch über dem Haupteingang hängenden Plakat gäbe es hinsichtlich seiner Entfernung vom Gemeindegemeinderat keine Entscheidung.

Anschließend wurden Informationen über die Lage im Leipzig gegeben. Demnach sollen am 2. 10. 1989 etwa 20.000 Demonstranten von Sicherheitskräften, insbesondere Kampfgruppen, durch die Straßen gejagt worden sein. Es habe Verletzte und Verhaftete gegeben. Derzeit bemühe man sich, die Personalien der betreffenden Personen in Erfahrung zu bringen.

In diesem Zusammenhang wurden die Anwesenden aufgefordert, Protestschreiben an die Staatsanwaltschaft und die Staatsicherheit in Leipzig zu senden. Als Kontaktadresse solcher Schreiben wurde die Anschrift der Bärbel BOHLEY benannt. Weiterhin bestünden Möglichkeiten, Kontaktadressen über die "Umweltbibliothek" zu erlangen bzw. Protest direkt in der Gemeinde abzugeben.

In der Folge verlas Pfarrer PAHNKE den Gründungsauftrag "Demokratischer Aufuf".

Den Abschluß der Andacht bildeten spontane Diskussionsbeiträge über die am 3. 10. 1989 erfolgten staatlichen Maßnahmen zur zeitweiligen Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs in die CSSR. In diesen Beiträgen kam vordergründig Entrüstung zum Ausdruck.

BStU
000222
4

In der Kirche waren Resolutionen von Künstlern zu Veränderungen in der DDR ausgehängt. Darüber hinaus lagen Listen für die Mahnwachen bis einschließlich 10. 10. 1989 aus.

Abschließend wurde informiert, daß am 6. 10. 1989 in der Erlöserkirche und am 8. 10. 1989 in der Bekenntniskirche weitere Veranstaltungen stattfinden.

Gegen 18.50 Uhr verließ der Großteil der Besucher die Kirche, der Abgang vollzogen sich zähflüssig.

Bis gegen 20.15 Uhr hielten sich noch viele kleine Diskussionsgruppen in bzw. vorder Kirche auf, ehe sie sich zerstreuten. Die Mahnwachen verblieben in der Kirche.

An der Andacht nahmen zwei Vertreter des Evangelischen Presseendienstes (epd) der BRD teil, an deren Identifizierung gearbeitet wird, Sie tätigten Filmaufnahmen auf dem Kirchengelände).

Am 3. 10. 1989 in der Zeit von 20.00 bis 22.30 Uhr fand die Zusammenkunft des Friedenskreises der Gethsemanegemeinde in der Winter-Kirche mit ca. 40 Teilnehmern statt.

Zu Beginn informierte Dankwart KIRCHNER über die Mahnwache und warb für Interessenten, besonders in den Nachtstunden. Im Anschluß daran referierte Steffen REICHE (Pfarrer aus Christinendorf) ca. 1 Stunde über die Notwendigkeit zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Er kritisierte das Hervorgehen einer kommunistischen Partei aus der 1946 gebildeten Einheitspartei. Eine SPD wäre notwendig, "um die Kiste wieder aus dem Dreck zu holen". REICHE forderte die Überwindung des Stalinismus in der DDR und zitierte ausschließlich Positionen der SPD aus dem gemeinsamen Papier. REICHE rief auf, jetzt überall Veranstaltungen durchzuführen, um das Bewußtsein für die neue Partei zu stärken.

In der anschließenden Diskussion bezog die Mehrheit der Anwesenden Positionen für REICHE. Es war jedoch nicht zu übersehen, daß einzelne Diskussionsredner, u.a. ein Historiker

BStU
000223
5

(gesellschaftliche Kraft) Wirkungen hinterließen. Mit überzeugenden Argumenten wies er den REICHE als politischen Naivling zurück. Wesentliche Feststellungen der Diskussionen bildeten darüber hinaus

- nicht zu viele Positionen der SPD der BRD zu übernehmen und sich an den Bedingungen in der DDR zu orientieren
- die neue Partei bis Ende 1989 zu gründen und bei der sozialistischen Internationale um Aufnahme zu bitten
- für die nächsten Volkskammerwahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

Gegen 22.35 Uhr war die Beratung beendet, der Großteil der Anwesenden trug sich in eine Unterschriftsliste (zur Unterstreichung des Potsdamer Briefes an Gorbatschow) für die Unterstützung der Reformkräfte ein. Gleichzeitig wurden Kopien des bekannten "Aufrufes zur Bildung einer Initiativgruppe SPD in der DDR" verteilt.

Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

103625

136/89

Berlin, 5. 10. 1989

37

Dienststeinheiten
Leiter

BSTU
0246

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-o008

MfS-Nr. 69/89

Ausf. Bl. 1 bis /

Ausgehend von der Entwicklung der politisch-operativen Lage, insbesondere in letzter Zeit aufgetretener provokatorisch-demonstrativer Handlungen und Vorkommnisse, fordere ich nochmals nachdrücklich, die Anreise aller Personen, von denen Gefahren ausgehen können, die bereits im Zusammenhang mit provokatorisch-demonstrativen Handlungen bzw. provokatorischen Forderungen angefallen sind, nach der Hauptstadt der DDR, Berlin, während des Aktionszeitraumes unter Nutzung aller Möglichkeiten und mit allen Mitteln konsequent zu verhindern.

Personen, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen zum Reiseverkehr nach der CSSR zurückgewiesen werden, sind weiter unter Kontrolle zu halten. Es ist zu gewährleisten, daß diese Personen tatsächlich in ihre Heimorte zurückkehren und an weiteren feindlich-negativen Aktivitäten gehindert werden.

Die Wirksamkeit aller Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen sind mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens jeglicher provokatorisch-demonstrativer Handlungen, der Formierung und Ansammlung feindlich-negativer Kräfte nochmals gründlich zu überprüfen. Feindlich-negative Aktivitäten sind mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden. Es ist zu prüfen, inwieweit die bereits eingeleiteten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der politisch-operativen Lage tatsächlich ausreichend sind. Ebenfalls ist nochmals die Bereitstellung aller Kräfte zu überprüfen. Es sind weitere Reservekräfte bereitzustellen. Sie sind gründlich einzuweisen und zu instruieren, damit sie kurzfristig zum Einsatz gelangen können. Keine Überraschung zulassen! Dem Gegner keine Möglichkeit geben, dort aktiv zu werden, wo er annimmt, daß wir da nicht sind!

Melky
Armeegeneral

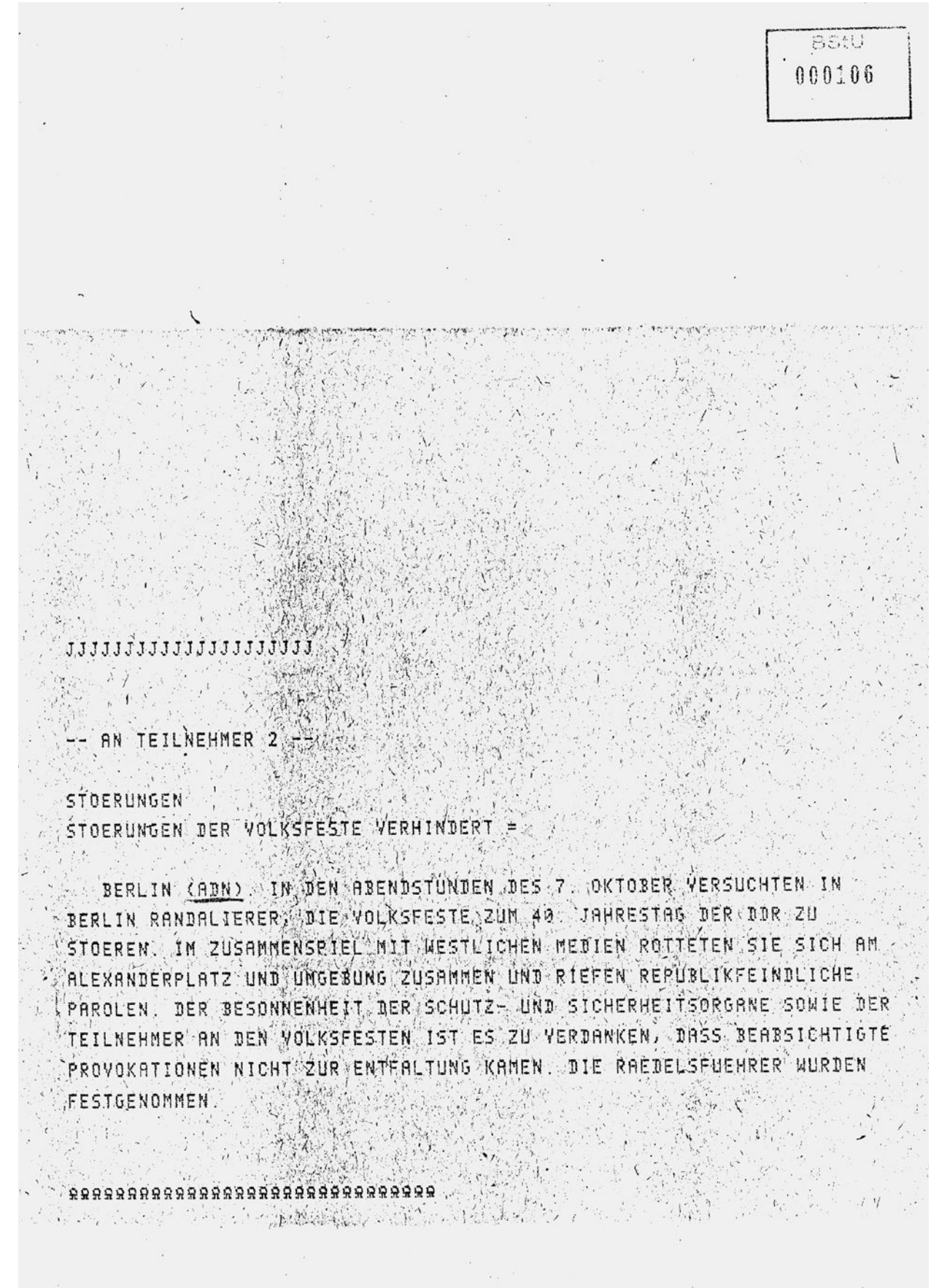


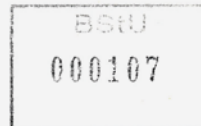
3



4

Abb. 3/4
 Am 7. Oktober 1989 bildet sich auf dem Berliner Alexanderplatz, wo offiziell das „Volksfest zum 40. Jahrestag der DDR“ gefeiert wird, eine spontane Demonstration.
 Fotos: BArch, MfS, BV Berlin, Fo 0017, Bild 0010; Bild 0001





Hauptabteilung IX

Berlin, 08. 10. 1989

546189

Übersicht

über Zuführungen/Festnahmen im Rahmen der Sicherungsaktion
zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR

(Stand 08. 10. 1989, 06.00 Uhr)

Insgesamt wurden 2.103 Personen zugeführt.

Die Zuführungen erfolgten hauptsächlich bei der Auflösung
von teilweise mit Gewalttätigkeiten verbundenen Zusammen-
rottungen in:

Berlin	568 Personen
Dresden	1.042 Personen
Prenzlau	8 Personen
Karl-Marx-Stadt	46 Personen
Leipzig	210 Personen
Potsdam	108 Personen
Arnstadt	32 Personen
Rostock	23 Personen

Plauen

79

Zu den zugeführten Personen wurden bisher in insgesamt

1.223 Fällen

Entscheidungen getroffen.

Gegen 463 Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet,
davon 417 EV mit Haft und 46 EV ohne Haft.



2

Die Einleitung der Ermittlungsverfahren erfolgte auf fol-
gender Rechtsgrundlage:

§ 217 StGB	408 Personen
§ 215 StGB	8 Personen
§ 220 StGB	16 Personen
§§ 137, 139 (3) StGB	8 Personen
sonstige Delikte	23 Personen

Darüber hinaus erfolgte die Einleitung von 200 Ordnungs-
strafverfahren.

Weitere 560 Personen wurden belehrt.



5



6

Abb. 5/6
Demonstranten am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin
Fotos: BArch, MfS, BV Berlin, Fo 0017, Bild 0012;
BArch, MfS, HA XX, Fo 0350, Bild 0007

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Operativer Einsatzstab

Berlin, 7. Oktober 1989

BStU
000109

B e r i c h t zum Sicherungseinsatz anlässlich des Zentralen
Volksfestes "40 Jahre DDR - Rückblicke und Ausblicke"

Planmäßig wurden die im Befehl 14/89 des Genossen Minister festgelegten Sicherungsmaßnahmen im abgestimmten Zusammenwirken mit volkspolizeilichen und gesellschaftlichen Kräften weitergeführt.

Gezielte personenbezogene Kontrollmaßnahmen ausgewählter Kräfte der PUT (182) und Antragsteller auf ständige Ausreise (30) wurden durchgehend gewährleistet.

Im Bereich Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor wurden während des gesamten Einsatzzeitraumes durch konsequente Zurückweisung und Zuführungen demonstrativ-provokatorische Aktivitäten bzw. Angriffe auf die Staatsgrenze verhindert.

Mittels einer vom Gegner organisierten umfangreichen Ballonaktion wurden Tausende Hetzflugblätter, die sich gegen den 40. Jahrestag der DDR richteten und zum Widerstand gegen die Politik der SED aufriefen, im Stadtzentrum verbreitet.

Bis in die Nachmittagstunden war auf dem Berliner Alexanderplatz eine ruhige, den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag entsprechende Atmosphäre zu verzeichnen.

Die sich ab etwa 16.30 Uhr entwickelnde, nachfolgend geschilderte Provokation hatte ihren eindeutigen Ausgangspunkt im Wirken einer größeren Zahl westlicher Hörfunk-, Fernseh- und Reporterteams, die offensichtlich gezielt und im vereinbarten Zusammenwirken mit einigen feindlichen Kräften durch Interviews, Befragungen und provozierende Verhaltensweisen aktivierend auf bestimmte Personengruppen wirkten. Dabei nutzten sie taktisch raffiniert die aus Anlaß des Volksfestes gegebene Menschenkonzentration.

Unter diesen westlichen Korrespondenten befanden sich Aufnahmegruppen von ARD, ZDF, CBS, BBC, Französisches FTV, RTL Plus, SAT 1, EINS Plus, ORF und eine größere Schar von westlichen Pressefotografen.

BStU
000110

2

In der Folge ihres Wirkens bildete sich relativ schnell eine größere Ansammlung jüngerer Personen zwischen Einrichtungs- haus und Rat des Stadtbezirkes, die, aktiviert von einigen Kräften innerhalb der Gruppierung, begannen, Hetzlosungen und Losungen wie "Gorbi hilf uns", "Wir bleiben hier", "Neues Forum", "Freiheit und Demokratie jetzt" und "Auf die Straßen, auf die Straßen" zu rufen.

Mehrere der besonders hetzerisch und aufwieglerisch auftretenden Personen wurden unverzüglich zugeführt.

Trotz dieser Maßnahmen und den Aufforderungen der Sicherungskräfte, die generell ignoriert wurden, nahm mit großer Schnelligkeit die Personenansammlung zu, die teilweise bis zu 1.000 Personen zählte.

Weiteren Maßnahmen der Einsatzkräfte zur Auflösung dieser Ansammlungen wurde teilweise mit aktiver Gewalt Widerstand entgegengebracht.

Durch zielgerichtete Einflußnahme bestimmter negativ-feindlicher Kräfte und westlicher Journalisten setzte sich die Personenansammlung vom Alexanderplatz in Richtung Palast der Republik über die Rathausstraße in Bewegung.

Die sich zu einer Art Demonstration formierte Zusammenrottung wurde von den westlichen Korrespondenten regelrecht geführt und begleitet.

Zur Verhinderung weiterer Provokationen auf dem Marx-Engels-Platz und zur Sicherung des Festempfangs wurde die Blockierung aller Zufahrtsbrücken, unter Nutzung weiterer zugeführter Sicherungskräfte, durchgesetzt.

Nach Beginn des Festempfangs wurde die personelle Zusammenrottung, die sich überwiegend im Umfeld der Liebknecht-Brücke versammelt hatte, zielgerichtet zurückgedrängt.

In Form eines Demonstrationzuges bewegte sich dieser Personenstrom vom Stadtzentrum, unter flexibler Nutzung örtlicher Gegebenheiten, zur Gethsemanekirche in den Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg, wo die Beteiligten den angebotenen Zutritt verweigerten und vor der Kirche sich zu einer Art Hetzkundgebung formierten.

Vor der Kirche erfolgte durch bestimmte Personen, die überwiegend später zugeführt wurden, ein weiteres Aufputschen der versammelten Personen durch hetzerische Rufe. Dort traten u. a. Vertreter von RIAS-TV und CBS mit Aufnahmetechnik in Erscheinung, die wiederholt von herangeführten Einsatzkräften der HA II/13 zurückgewiesen wurden, den Aufforderungen kurzfristig Folge leisteten, aber immer wieder versuchten, unmittelbar an die Kirche zu gelangen.

BStU
000111

3

Von dort aus kehrte die Personenansammlung, die äußerst provokatorisch, aggressiv und renitent auftrat und aktiven Widerstand leistete, über die Schönhauser Allee, Dimitroffstraße, Greifswalder Straße zur Höhe Königstor zurück.

Ein Teil dieser Ansammlung von ca. 300 Personen verblieb in Höhe S-Bahnhof Schönhauser Allee und sperrte durch Sitzstreik diese Straße, wobei Kerzen entzündet wurden.

Unter dem Einsatz von Wasserwerfern wurde diese Personenansammlung massiv zerstreut. Dabei erfolgten, ebenso wie während der gesamten Provokation, zielgerichtete Zuführungen zum Führungspunkt Rummelsburg, zur UHA Magdalenenstraße und zu den VP-Inspektionen Mitte, Prenzlauer Berg, Treptow, Marzahn und Köpenick.

Der Versuch des Großteils des provokatorischen Demonstrationzuges, wieder ins Stadtzentrum zu gelangen, dabei mehrfach Blockierungen von Sicherungskräften umgehend, konnte in Höhe Königstor, unter anderem mittels Einsatz von Kompanien des Wachregimentes, durch konzentrierte Auflösungsmaßnahmen unterbunden werden.

Unverkennbar war eine systematisch geplante und zielgerichtet geführte Organisation dieser Provokation, die taktisch raffiniert auf jeweilige Maßnahmen der Sicherheitsorgane reagierte.

Es wurde deutlich, daß etwa 4 - 5 Gruppen, jeweils bestehend aus ca. 10 Personen, die Sprechchöre anstimmten und nur ein kleiner Kreis, der offensichtlich abgesichert wurde, die Bewegungsrichtung der Ansammlung bestimmte.

Besonders trat in dieser Weise der

[REDACTED]

Berlin-Prenzlauer Berg

in Erscheinung, der um 22.12 Uhr unter Anwendung körperlicher Gewalt zugeführt wurde.

Nach bisherigen Feststellungen wurden 568 Personen zugeführt. Nach Klärung der Tatbeteiligung, der Zielsetzung und Hintermänner, unter Einbeziehung von Kräften der HA IX, wird ein gesonderter Bericht nachgereicht.

BSU
000113

Anlage

Nachfolgend der Text des o. g. Fernschreibens.

Im Verlauf des gestrigen Tages kam es in verschiedenen Bezirken, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam, zu Demonstrationen, die gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren.

Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen.

Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden.

Deshalb sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen, in der die Lage im Bezirk eingeschätzt wird und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden;
2. Unverzögliche Information der Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Funktionäre sowie der Mitarbeiter der staatlichen Organe über die Lage im Bezirk bzw. Kreis und Erläuterung der Aufgaben zur offensiven politisch-ideologischen Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, damit diese Funktionäre unmittelbar vor Ort an der Unterbindung der Krawalle teilnehmen und offensiv in Erscheinung treten;
3. Veröffentlichung entsprechender Mitteilungen und sachlicher Berichte über stattgefundene Krawalle in allen Bezirkszeitungen der Partei, verbunden mit Stellungnahmen von Arbeitern und anderen Werktätigen;
4. Tägliche Information an die Abteilung Parteiorgane des ZK über die Lage und eingeleiteter Maßnahmen (jeweils bis 6.00 Uhr mit Stand von 4.00 Uhr bzw. sofort)

ERLEBNISBERICHT

BSU
000015

Ich möchte über meine Festnahme am Abend des 7. Oktober und die darauffolgenden Stunden berichten. Meine Schrift ist schlecht, da es mir noch schwerfällt, den Stift zu halten (man hatte mir bei der Festnahme die rechte Hand derart verdreht, daß der Daumen dick angeschwollen war und noch immer beim Schreiben schmerzt). Am Nachmittag des 7. 10. hatte ich mich an der Demo am Alexanderplatz beteiligt, verließ aber die Menge der Demonstrierenden später, um meine Kinder (5 und 7 Jahre alt), die bis dahin von einem Freund beaufsichtigt wurden, ins Bett zu bringen. Nachdem sie eingeschlafen waren, begab ich mich gegen 21 Uhr noch einmal in Richtung Gethsemanekirche, um eine Kerze aufzustellen und somit den bis zu diesem Tage Inhaftierten meine Solidarität zu zeigen. Ich hatte zwar während der Demo die Gewaltanwendung von Uniformierten in Form von "Einkesselungen" kleinerer, wahllos herausgegriffener Gruppen von Menschen und die Angriffe gegen Presseteams aus westlichen Ländern erlebt, bis zu diesem Zeitpunkt aber Schlagstockeinsätze nicht beobachtet.

Als ich an diesem Abend also gegen 21.30 Uhr an der Ecke Lychener/Stargarder Str. angekommen war, um dann in Richtung Gethsemanekirche zu gehen, mußte ich völlig erschüttert mit ansehen, wie gerade eine Kette von Uniformierten Menschen, die sich in Richtung Kirche bewegen wollten und andere, die von der Kirche kamen, nicht durchließen, weder die von der einen noch die von der anderen Richtung Kommenden. Ich erlebte, daß Menschen wahllos herausgegriffen und von 2 - 3 Uniformierten über die Straße geschleift und mit Schlagstöcken verprügelt wurden. Ich hörte nur noch Schmerzensschreie, die durch Befehle wie "Greifen!" durchbrochen wurden. Ich sah, wie ein älterer Mann vor meinen Augen an den Haaren gepackt und immer wieder mit dem Gesicht auf die Straße geschlagen wurde, von 3 Uniformierten. Völlig verzweifelt darüber, war ich nicht in der Lage, mich von der Stelle zu rühren. Das ganze dauerte etwa 2 - 3 Minuten, bis der Befehl "Alles festnehmen!" die Schreie übertönte. Ich wurde an der Jacke und am Handgelenk gegriffen und auf einen der bereitstehenden LKW's "geworfen". Neben mir erging es vielen Unbeteiligten genauso: Davonlaufende Bürger wurden ergriffen und aufgeladen. Vom LKW aus mußte ich zusehen, wie wahllos auf alles, was sich bewegte mit diesen Schlagstöcken eingedroschen wurde. Eine ältere Bürgerin mit einem Krückstock, die ihren Hund ausgeführt hatte, rief verzweifelt unter Tränen: "Oh Gott, was tut ihr denn (zu den Uniformierten), es könnten doch eure Brüder und Schwestern sein! Wir sind doch ein Volk. Seid doch froh, daß wir alle noch hier sind!" Die Antwort wurde von einem Uniformierten gegeben, der wohl die Befehle zu erteilen hatte (es war dieselbe Stimme, die "alles festnehmen" geschrien hatte): "Halten Sie den Mund, sonst sind Sie auch da oben!" und deutete mit seinem Schlagstock in Richtung der LKW's.

Mit mir zusammen wurde ein junger Mann [REDACTED], der beobachtet hatte, daß man mich festgenommen hatte und daraufhin mit den Worten: "Lassen Sie die Frau los, sie hat doch nichts getan!" hinter uns herrannte, ebenfalls ergriffen und auf den LKW geworfen. Obwohl er sich in keiner Weise dagegen wehrte, schlug man ihn mit dem Gummiknüppel und verletzte seine linke Hand, so daß sich auf den Handrücken ein riesiges Hämatom in Sekundenschnelle bildete. Nachdem sich ca. 20 Personen auf dem Wagen befanden, 3 Uniformierte aufgesprungen waren, wurde gestartet, und mit uns gemeinsam bewegten sich 5 LKW's in Richtung Emmanuelkirchstraße, Polizeirevier. Das konnten wir nur sehen, gesagt hatte uns keiner dieser Uniformierten etwas.

BSU
000016

TECHNISCHES

2

Sie blickten stur geradeaus, und beantworteten nicht eine Frage. Auf unserem LKW kamen Gespräche zustande, die die Gründe der Menschen für den Aufenthalt im Bereich Lychener/Ecke Stargarder Str. beinhalteten. Eine Frau erzählte, daß sie in der Stargarder Str. wohne und mit dem Auto unterwegs war. Sie wurde aufgefordert, ihr Auto abzustellen. Beim Aussteigen wurde sie sofort festgenommen und auf den LKW befördert. Einem Mann erging es ähnlich. Er wollte zu seiner Freundin in die gemeinsame Wohnung. Nachdem man ihn vertrieben hatte, "eine Weile zu warten", wurde er ebenfalls grundlos aufgeladen. Eine Mutter, die mit ihrem zwölfjährigen Mädchen unterwegs war, wurde gemeinsam mit der Tochter aufgeladen. Nur zwei von den auf unserem Wagen befindlichen Menschen waren von der Gethsemanekirche gekommen und wollten nach Hause gehen. Alle wurden einfach so, ohne Grund, aufgegriffen. Man lud uns also im Polizeirevier Emanuelkirchstraße ab. Der junge Mann (Name?) mit der völlig geschwellenen Hand verlangte nach einem Arzt. Eine Frau, die auf den Kopf geschlagen worden war, ebenfalls. Einer der Polizisten reagierte darauf mit den Worten: "Hier gibt's kein Arzt, das hättet Ihr Euch alle eher überlegen müssen!" Im Hausflur stand ein Tisch, an dem die Personen notiert und uns die Ausweise abgenommen wurden. Alle Festgenommenen mußten in einer Reihe hintereinander antreten und durften sich von da an nicht mehr unterhalten. Wir mußten uns im Hof in leerstehenden Garagen bzw. an den Hausmauern mit dem Gesicht zur Wand stellen, Abstand zum Nachbarn ca. 1,5 m und durften uns nicht bewegen. Männer getrennt von Frauen. Die Mutter mit dem 12jährigen Mädchen wurde von ihrem Kind getrennt. Zwei junge Männer, die unabhängig voneinander laut beteuerten, daß sie nichts getan hätten und völlig zu unrecht da seien, wurden im Hausflur bzw. in Hof des Reviers von jeweils 3 "Grünen" körperlich mißhandelt. Ihnen wurden die Arme auf den Rücken gerissen, und sie wurden geschlagen. Wir drehten bei den Schreien der beiden Männer natürlich die Köpfe in Richtung dieser Prügel Szenen und wurden angeschrien von den Polizisten: "Undrehen und Ruhe! Steht gefälligst gerade! Köpfe zur Wand! Gespräche unterbleiben. Ruhe!" Zwei Frauen, denen übel geworden war, wurde ein Stuhl hingestellt. Eine Juristin, Mutter von 3 Kindern (auch festgenommen), sagte laut zu uns, daß wir das Recht hätten, uns gegen diese Festnahmen und Haftbedingungen zu beschweren. Daraufhin wurde sie separat abgeführt. Wohin, weiß ich nicht. Nachdem eine ganze Zeit verstrichen war, ohne daß sich etwas ereignet hatte, bis auf die Tatsache, daß immer mehr Festgenommene gebracht wurden - es waren gegen 23.30 Uhr so ca. 100 - 120 Personen (und etwa 50 - 70 Polizisten), wurden Namen aufgerufen, jeweils 15-20 Personen, in Abstand von 1/2 - 3/4 h, die dann abtransportiert wurden. Nach ca. 2 Stunden Stehens (als ich mich hinsetzen wollte, wurde mir das verboten) wurde auch ich aufgeladen. Man verbot uns Unterhaltung und erteilte Rauchverbot. 5 Polizisten "begleiteten" uns und "sorgten für Ordnung". Völlig durchgefroren kamen wir in der Haftanstalt Rummelsburg an (den Ort, an dem man uns gebracht hatte, erfuhr ich auch erst Stunden später). Wir mußten auf den LKW's sitzen bleiben, durften uns nicht bewegen und nicht rauchen. Uns wurde immer kälter. Ein Mädchen, das zwischen den auf dem Hof der Haftanstalt abgestellten LKW's Wasser lassen "durfte", berichtete von 12 LKW's, die dort abgestellt waren, mit Menschen darauf (zwischen 15 und 30 Mann pro Wagen). Eine junge Frau neben mir auf dem Wagen, die ihre Regel hatte und bei der die Blutung schon durch die Hose drang, bat um Zellstoff oder Watte. Der auf dem Wagen verbliebene Polizist (die anderen machten Verpflegungs-pause) antwortete: "Gibt's nicht, hättest Dir eher überlegen müssen!"

3

BSU
000017

Nachdem wir nochmals alle darum gebeten hatten, der jungen Frau zu helfen, war es nach einer 3/4 h endlich möglich, der Frau ein Verbandspäckchen aus den Sanikasten zu bringen, und nach nochmals einer halben Stunde wurde sie auch zu einer Toilette geführt. Gegen 3.30 Uhr (8. 10.), (völlig durchgefroren, nach 3 1/2 h (!!!) Sitzens auf dem LKW, ohne erwärmenden Tee, ohne die Möglichkeit, sich zu bewegen) wurde unser LKW zu einem Tor der Untersuchungs-haftanstalt gefahren, die Insassen wurden namentlich aufgefordert, den Wagen zu verlassen und wurden von jeweils 2 Uniformierten abgeführt. Nachdem eine Gruppe von ca. 10 Personen zusammen war, öffnete sich das Tor der Untersuchungshaftanstalt, und die Menschen verschwanden dahinter. Was aus ihnen geworden ist, weiß ich nicht. Als ich an der Reihe war, bat ich darum, zu berücksichtigen, daß ich zwei kleine Kinder zu Hause habe, die allein sind und auf ihre Mutter am Morgen warten würden. (Dasselbe hatte ich schon bei meiner Festnahme und auf dem Polizeirevier getan, aber außer: "Hättest Dir früher überlegen müssen", keine Reaktion von Seiten der "Grünen Gewalt" bekommen.) Ich wurde danach zurückgeholt und in einen Keller zur Leibesvisitation, zur fotografischen Aufnahme (Nr. 51!) und zur Ausräumung meiner Unhängetasche mit Beschlagnahme eines Zettels, der an der Gethsemanekirche am Vormittag verteilt worden war und sich noch in meiner Tasche befand (Inhalt: Aufforderung zu besonnenem Handeln und Bitte, unbedachte Reaktionen zu unterlassen) gebracht. Danach wurde ich zum Verhör zu einer Frau (den Namen durfte ich nicht erfahren) - Hauptmann der K. - gebracht, die als erstes meine Personalien und die meiner Eltern und meines Freundes aufnahm und mich dann bat, meinen Tagesablauf bis zu meiner Festnahme zu schildern. Aus Furcht vor Inhaftierung vermied ich die Teilnahme an der Demonstration auf dem Alex (ich dachte dabei nur an meine Kinder, für die ich verantwortlich bin) in meinem Bericht. Ich mußte begründen, warum ich schwarze Kleidung trage, warum sich an meinem Sweatshirt ein Gorbatschow-Anstecker befindet, warum ich diesen Zettel in meiner Tasche habe. Ich wurde gezwungen, eine Erklärung zu schreiben, die beinhaltete, daß ich wisse, daß das "Neue Forum" verfassungsfeindlich sei und daß ich mit Ordnungswidrigkeitsbestrafung bzw. mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen hätte, wenn ich die Ideen des "Neuen Forums" verbreitete bzw. mich mit ihnen identifizierte. Ich wurde danach gefragt, ob es von Seiten der Kirche, der kirchlichen Gemeinden Aufforderungen gegeben hätte zu Aktionen im Rahmen der Ereignisse des 7. Oktobers, was ich natürlich verneinte. Nach dem Verhör, das von 4.00 - 5.15 Uhr dauerte, wurde ich in eine Zelle gesperrt für ca. 1/2 h. Danach führte man mich wieder zu der Frau, die mich verhört hatte, die mir dann sagte, daß ich aufgrund der Nichtbeteiligung an den Demonstrationen (und mit der Ermahnung, mich von "Massenaufmärschen" künftig fernzuhalten) entlassen wäre. Sie begleitete mich durch 3 Tore hinaus ins Freie. Fast zur gleichen Zeit wurde eine junge Frau entlassen, auch deshalb, weil sie alleinstehend ist und drei Kinder zu versorgen hat, die an diesen Morgen auch in Falle der Inhaftierung vergeblich auf sie gewartet hätten. Wir Frauen (7), die sich auf den LKW, auf dem auch ich in die Haftanstalt gebracht worden war, befanden, hatten uns verabredet, sich vor der Fürbitte an hinteren Zaun der Gethsemanekirche an gestrigen Abend zu treffen, falls wir entlassen würden. Ich habe nur diese Frau aus Köpenick wiedergesehen, die mit mir am Morgen des 8. 10. aus der Haftanstalt kam. Von den anderen 5 Frauen habe ich nichts mehr gehört oder gesehen. Ich weiß, daß 4 von ihnen zu diesem Tor der Untersuchungshaftanstalt geführt worden waren. Der junge Mann, der mir helfen wollte, als ich festgenommen wurde, nachdem er in der Haftanstalt wegen seiner Handverletzung einen Arzt vorgestellt worden war, war auch an jenem Morgen entlassen worden.

BStU

000018

4

Alle anderen habe ich nicht wiedergesehen.

Im Anschluß an meinen Bericht möchte ich noch sagen, daß ich nach diesen Ereignissen meine in den letzten Wochen mühsam aufgebaute Hoffnung völlig verloren hatte, daß mir aber der Gottesdienst am 8. 10. (nachdem ich 2 Stunden geschlafen hatte, zog es mich so sehr hierher!) und die täglichen Fürbitten, die Infos über die Geschehnisse in so vielen Städten unseres Landes und hier in Berlin, die Unterstützung durch meinen Freund, der meine Kinder betreut und es mir so ermöglicht, hierherzukommen, die vielen, vielen Menschen, die sich in diesen Tagen so solidarisch verhalten, wieder Kraft geben.

Ich möchte mich aus ganzen Herzen bei den Pfarrern der Gethsemanekirche und allen, die es möglich machen zu jeder Zeit hierherzukommen, die so viel Zeit und Kraft aufbringen für die Tausenden von Menschen, die in diese Kirche kommen und auf irgendeine Weise Hilfe erwarten, Rat und Gottes Segen! bedanken. Vielen, vielen Dank für das alles.

(Ich bitte, meine Schrift zu entschuldigen und meinen Schreibstil, ich bin noch zu verworren, um in meinem Kopf alles klar ordnen zu können.)

Möge uns Gott beschützen und immer den rechten Weg weisen!

(Name der Redaktion bekannt)

Wir zwei Mädels aus Prenzlauer Berg waren am 7. Oktober auf der Demo vom Alex bis Schönhauser Allee. Als die Polizei versuchte, die Demo auf der Schönhauser aufzulösen, rannten wir in Todesangst in die Dänenstraße, und dort gerieten wir in einen Kessel von der Polizei, die uns mit Gummiknüppeln jagte. Eine Freundin von uns wohnt in der Dänenstraße. Sie war nicht bei der Demo dabei, hat uns aber rennen sehen und hat uns zugerufen, daß wir nach oben kommen sollen. Als wir dort angelangt waren (wir waren ca. 10 Mann), schlossen wir uns ein und beobachteten die Sache vom Fenster aus. Wir wurden fotografiert. Nach etwa einer halben Stunde klopfte und klingelte es sturm, wir öffneten nicht. Dann bin ich mit meiner Freundin in eine Nachbarwohnung telefonieren gegangen. In den zwei Minuten, wo wir weg waren, hat die Polizei die Wohnungstür eingetreten und hat alle Leute verhaftet, darunter den Vater des Mädchens, und die Tochter auch. Sie ist 15 Jahre, und ist bis jetzt vermißt. Alle, die sich in der Wohnung aufhielten, wurden mit Gummiknüppeln runtergejagt, sie durften nicht ihre Jacken mitnehmen oder den PA. Die Mutter mit dem 12-jährigen Sohn wollten sie auch mitnehmen, die Mutter weigerte sich aber, die Bullen ließen sie da. Bis jetzt wissen wir nicht, was mit S. ist. Sie hatte am Dienstag ein Vorstellungsgespräch für die EOS gehabt. Was sie jetzt vergessen kann. (Name und Adresse vorhanden)

3

BStU

000024

Der 8. Oktober

Aufgrund der entstandenen Lage kam es am 8. 10., vormittags, beim damaligen Minister Mielke zu einer Art Krisensitzung. Daran nahmen neben der Leitung des MfS Genosse Krenz und Gen. Schabowski teil. Nach der Beratung erschien Gen. Schwanitz ziemlich deprimiert. Wie ich kurze Zeit später erfuhr, wurde Gen. Schwanitz wegen der Ereignisse des Vortages kritisiert, da er die Demonstration nicht konsequent unterbunden hat. Er hätte bereits auf dem Alexanderplatz die Zuführungen praktizieren müssen.

Auf Weisung begab er sich wieder in den Züßbüßogspunkt, um dort die Beratung beim ehemaligen Minister auszuweiten und die Weisungen zu übermitteln. Wesentlicher Inhalt der Weisungen waren:

- Verhinderung von Demonstrationsgruppen
- Vorbereitung des Einsatzes von Kräften mit Spezialausrüstung
- Präsenz der Volkspolizei erhöhen (mehrere kleinere Gruppen)
- Verbot Auftritt Medien im Handlungsraum
- einheitliche Führung Gen. Schwanitz, Gen. Dietze (VP), Gen. Heydel (BV)
- Vorbereitung technischer Mittel (Zuführungsfahrzeug, Zuführungsobjekte, Wasserwerfer)
- Heranführung Kräfte des Wachregiments, Vorbereitung Kräfte Armee
- stärkere Unterstützung durch die Kultur

Am Alexanderplatz kam es zu keinem Maßnahmen

Zu großen Ansammlungen kam es in und um die Gethsemanekirche. Zur Verhinderung einer Demonstration ins Stadtzentrum (es gab Hinweise auf eine Demo zum Brandenburger Tor) wurde festgelegt, den Bereich Gethsemanekirche abzusperren. Gen. Schwanitz gab jedoch die ausdrückliche Weisung, alle Personen, die diesen Bereich verlassen wollen, aus dem Sperrkreis herauszulassen. Dadurch kam es zu einer Beruhigung der Lage. Die folgenden Erscheinungen in der Schönhauser Allee wurden mir erst später bekannt.

Hinweis: Bei weiteren Einsätzen im Sicherungsbereich der BV Berlin verhinderte Gen. Schwanitz durch Sperrung der Spreebrücken eine Eskalation.



7

Abb. 7
Mahnwache in der Berliner Gethsemanekirche für die Freilassung der politisch Inhaftierten, Einstellung der Ermittlungsverfahren und Aufhebung der Strafbefehle, 7. Oktober 1989
Foto: Nikolaus Becker

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Operativer Einsatzstab

Berlin, 9. Oktober 1989

BStU
000114

Bericht
zur Verhinderung einer provokatorischen Demonstration im Zusammenhang mit der Mahnwache in der Gethsemanekirche, Berlin-Prenzlauer Berg

Die "Mahnwache" und das sogenannte Fasten einzelner Personen wurden fortgesetzt.

Bereits seit den Vormittagsstunden war in der Gethsemanekirche eine gespannte Atmosphäre zu verzeichnen. Am Vormittagsgottesdienst von 10.00 Uhr bis 11.00 Uhr nahmen 700 Personen und über 10 westliche Rundfunk- und Fernseherteams teil.

Als diese vor dem Kirchengelände wirksam werden wollten, wurden sie konsequent von Sicherheitskräften daran gehindert und leisteten schließlich der Aufforderung, sich zurückzuziehen, Folge.

Ab 18.00 Uhr fand die sogenannte Andacht statt, an der ca. 1800 Personen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren teilnahmen und in deren Rahmen Pfarrer ALBANI einerseits zur Ruhe und Gewaltlosigkeit aufforderte, andererseits in emotional ausgeprägter Weise angebliche Willkürakte und Gewalttätigkeiten der Sicherheitskräfte in Leipzig, Dresden, Potsdam und am 7., 10. 1989 in der Hauptstadt schilderte. Er forderte auf, sich gegen ungerechtfertigte Verhaftungen zur Wehr zu setzen.

Zum Abschluß der "Andacht" gegen 19.00 Uhr nahm ALBANI auf ein Bibelzitat Bezug und äußerte, daß schon Jesus darauf hingewiesen habe, ein Loch in die Mauer zu schlagen. Zur Zeit würden auf dem Alexanderplatz durch die Polizei Personen kontrolliert, die auch seine Brüder seien.

Diese Äußerungen führten bei den anwesenden Personen, wie bereits vor der "Andacht" feststellbar, zu Diskussionen, ob man "gewaltfrei" oder mit "Gewalt" Veränderungen in der Gesellschaft erreichen und sich gegen Sicherheitsmaßnahmen zur Wehr setzen könnte.

Unmittelbar nach ALBANIS abschließendem Auftreten strömten über 1000 Personen vor die Kirche und versammelten sich dort. Dabei wurden Sprechchöre, wie "Demokratie!", "Stasi raus" und "keine Gewalt" gerufen und die Internationale angestimmt.

BStU

000115

2

Gleichzeitig wurden durch einzelne Jugendliche Eisenstangen vom Geländer der Kirche abgerissen.

Nachfolgend vergrößerte sich die Ansammlung vor der Kirche auf ca. 1800 bis 2000 Personen, aus den umliegenden Häusern kam es zu zunehmenden Sympathiebekundungen durch Äußerungen und das Anzünden von Kerzen. Außerdem wurden die Sicherungskräfte beschimpft und verschiedentlich mit Gegenständen beworfen.

Aufforderungen der Sicherungskräfte, dieses Verhalten einzustellen und auseinanderzugehen, wurden generell ignoriert und es wurde mit Rufen wie "Wir wollen auf die Straße" und "Bullen raus" reagiert.

Der anwesende Generalsuperintendent KRUSCHE versuchte, diesem Verhalten entgegenzuwirken und eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Der zwischenzeitlich eingetroffene Bischof FORCK gab den Sicherungskräften die Schuld für die Zuspitzung der Situation.

Bedingt durch das besonnene Verhalten der Sicherungskräfte und den ausgeübten Einfluß verließen gegen 20,50 Uhr ca. 200 bis 300 Personen die Ansammlung über den Bereich Pappelallee/Stargarder Straße, in dieser sich passiv verhaltenden Gruppierung wurden bereits bekannt Flugblätter der Gruppierungen "Initiative Sozialdemokratische Partei in der DDR", "Neues Forum" und "Friedenskreis Pankow" verteilt.

Zwischenzeitlich versuchte der feindlich-negative Teil der aufgeputschten Ansammlung die Blockierung der Sicherungskräfte in Richtung Schönhauser Allee zu durchbrechen. Bei dem aktiven Teil dieser Ansammlung handelte es sich um Jugendliche im Alter von 15 - 19 Jahren. In dieser Ansammlung befanden sich 2 Kamerteams (CBS und ungarisches Fernsehen), die die Stimmung anheizten.

Ab diesem Zeitpunkt erfolgten konzentrierte Maßnahmen der gemeinsam handelnden Sicherungskräfte zur zielgerichteten und wirksamen Auflösung und Zerstreuung der Personenkonzentrationen. In dieser Phase war eine zeitweilige Einschränkung des S- und U-Bahnverkehrs erforderlich.

Gegen 00,20 Uhr war die Personenkonzentration aufgelöst; dabei wurden besonders aggressive Jugendliche und andere Personen, die Widerstand leisteten, zugeführt. Es wurden insgesamt 416 Personen zugeführt.

In der gesamten Phase der Auflösung und Zerstreuung der feindlich-negativen Ansammlung wurde ein Wirksamwerden der westlichen Kamerteams überwiegend konsequent verhindert.

Leiter OES

Verteiler

Genosse Minister
Generaloberst Mittag
Generalleutnant Neiber
Generalleutnant Schwanitz
Leiter der BV Berlin
ZAIG

Ehrhardt
Oberst

ICFS 278

I AUSNAHME

I MFS BERLIN,

I STELLV. DES MINISTERS, GENERALOBERST MITTIG

I STELLV. DES MINISTERS, GENERALLEUTNANT NEIBER

I LEITER DER ZAIG, ZOS, HA ROEM 2, HA ROEM 9, HA ROEM 20

I ZKG

BStU

000100

I -- INFORMATION

I UEBER EINE NICHTGENEHMIGTE DEMONSTRATION IM STADTZENTRUM VON

I LEIPZIG AM 9.10.1989 --

I AM 09.10.1989 FAND AUSGEHEND VOM VORPLATZ DER NIKOLAIKIRCHE
I LEIPZIG IN DER ZEIT VON 18.35 UHR BIS 20.30 UHR EINE NICHTGE-
I NEHMIGTE DEMONSTRATION VON CA 50 000 BIS 60 000 RPT 50000-
I 60000 PERSONEN (DARUNTER EINE ERHEBLICHE ANZAL AUS ANDEREN BE-
I ZIRKEN, DIE MIT ZUG BZW. PKW ANGEREIST WAREN) STATT, DIE VON
I TAUSENDEN ZUSCHAUERN VERFOLGT UND BEGLEITET WURDE.

I IN ZWEI VERANSTALTUNGEN AM 8.10.1989 IN DER MICHAELISKIRCHE
I LEIPZIG WURDE DURCH FUEHRUNGSKRAEFTE DES 'NEUEN FORUM' AUF EINE
I GEWALTLOSE DEMONSTRATION AM MONTAG, DEN 9.10.89, IM ANSCHLUSS AN
I DIE 'FRIEDENSGBETE' ORIENTIERT.

I DIESE 'FRIEDENSGBETE' HATTEN AM 9.10.89 VON 17.00 BIS 18.00
I UHR IN DEN IM ZENTRUM DER STADT GELEGENEN 4 KIRCHEN (NIKOLAI-,
I THOMAS-, MICHAELIS- UND REFORMIERTE KIRCHE) STATTGEFUNDEN, AN
I DENEN UEBER 5000 RPT 5000 PERSONEN, DARUNTER GESELLSCHAFTLICHE
I KRAEFTE, TEILNAHMEN. IM NIKOLAIKIRCHHOF UND IN DEN BENACHBARTEN
I STRASSE UND PLAETZEN HATTEN SICH ZU DIESER ZEIT WEITERE TAUSENDE
I PERSONEN ANGESAMMELT.

I DER DEMONSTRATIONSZUG FUEHRTE UEBER KARL- MARX-PLATZ, GEORGIRING,
I HAUPTBAHNHOF-VORPLATZ, TROENDLINGRING ZUM DITTRICHRING, NEUES
I RATHAUS, WILHELM-LEUSCHNER-PLATZ, ROSZPLATZ, KARL- MARX-PLAT,
I WO BIS 20.30 UHR SELBSTAENDIG IM RAUM GEORGIRING- HAUPTBAHNHOF
I DIE AUFLUESUNG ERFOLGTE.

I VON DEN TEILNEHMERN DER DEMONSTRATION ERFOLGTEN SPRECHCHOERE WIE

I 'GORBI, GORBI'

I 'NEUES FORUM ZULASSEN'

I 'WIR SIND DAS VOLK'

I 'WIR SIND KEINE ROWDYS'



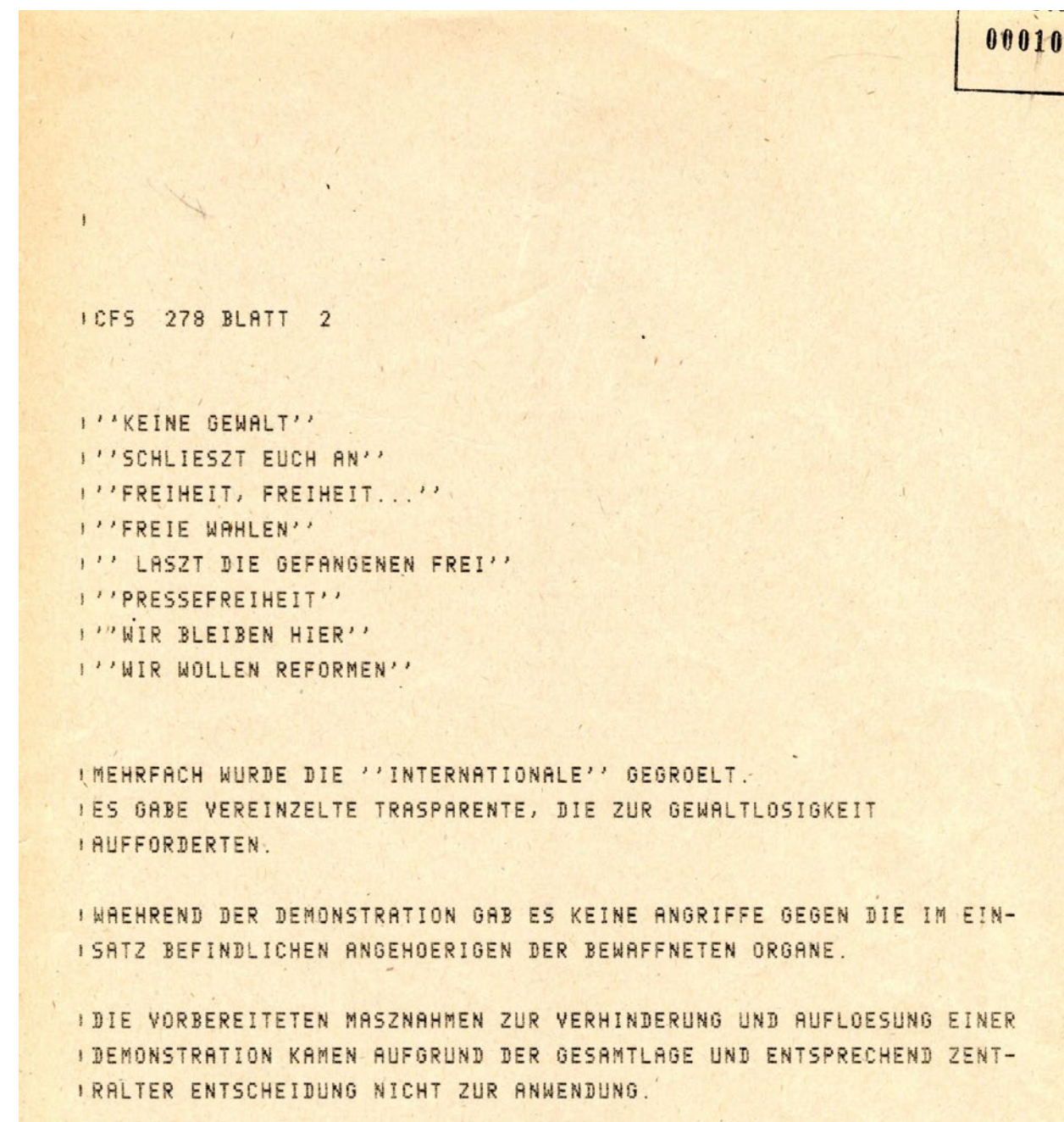
8



9

Abb. 8
LKW mit Einsatzkräften in der Leipziger Innenstadt,
9. Oktober 1989
Foto: Eckhard Otto

Abb. 9
Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring,
9. Oktober 1989
Foto: Eckhard Otto



„Oppositionelle Sammlungsbewegungen“

Im Herbst 1989 beobachtete die Stasi die „weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen“¹ akribisch und stellte fest, dass deren Forderungen in der Bevölkerung auf immer größeres Interesse und Zustimmung stießen.

Viele Anhaltspunkte dafür lieferte die Überwachung der sich neu gegründeten Bürgerinitiativen. Am 10. September hatte sich das *Neue Forum* mit seinem Gründungsaufruf an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR gewandt. Mit Kritik an der staatlichen Bevormundung sowie der Aufforderung zum offenen Dialog mit der Staatsführung und zur Erneuerung des Sozialismus wurde es schnell zum größten übergreifenden Sammelbecken der Proteste, auf das sich viele Bürger bei ihren Aktionen beriefen. Noch lehnte das Ministerium des Innern seine offizielle Zulassung als Vereinigung mit der Begründung ab, es verfolge „staatsfeindliche“ Absichten.

Mit anderen politischen Gruppierungen wie z. B. dem *Demokratischen Aufbruch*, *Demokratie Jetzt* oder der *SDP* (Sozialdemokratische Partei in der DDR) teilte das *Neue Forum* das gemeinsame Ziel einer demokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Auch durch „Zersetzungsmaßnahmen“ wie Einschüchterung oder den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern konnte die Staatssicherheit die Oppositionsgruppen nicht mehr unter ihre Kontrolle bringen.

Obwohl die Stasi nach wie vor „Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung provokativer Handlungen“² einleitete, weil sie sehr wohl die Gefahr erkannte, „daß sich Demonstrationen und Provokationen ... auf weitere Städte bzw. Teile der DDR ausweiten ...“³, fanden im Oktober 1989 in allen DDR-Bezirken Protestaktionen und Versammlungen statt. Dafür stellvertretend sei hier die Resolution der Berliner Theaterschaffenden herausgegriffen, die das gewaltsame polizeiliche Vorgehen vom 7. und 8. Oktober verurteilte und eine öffentliche Untersuchung verlangte. Bei einem Treffen im Deutschen Theater am 15. Oktober einigten sich Kunst- und Kulturschaffende darauf, für den 4. November 1989 einen offiziellen Antrag auf eine erstmals genehmigte Demonstration in Berlin zu stellen.

1 BArch, MfS, ZAIG 3756, S. 128

2 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 75

3 BArch, MfS, BV Halle, Medizinischer Dienst, Sach-Nr. 1287, S. 6

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000128

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 9. 10. 89

7 Blatt Anlagen
8 Exemplar

Nr. 451 / 89

INFORMATION

über

die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen

Bei den andauernden intensiven Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen sind folgende Entwicklungstendenzen/Handlungen beachtenswert:

1. Die Propagierung und Profilierung des "Neuen Forums" wird DDR-weit forciert.

Unterstützend und begünstigend wirken dabei

- die massierte Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners (beruht vor allem auf ein sich weiter eskalierendes abgestimmtes Zusammenwirken von Vertretern westlicher bürgerlicher Medien mit feindlichen, oppositionellen Elementen und der durchgängigen Präsenz solcher Medienvertreter an den Ausgangspunkten feindlicher bzw. provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten);

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2 BStU
000129

- die auf das Interesse bestimmter Teile der Bevölkerung stoßenden Ziele und Inhalte des "Neuen Forums";
- die breite, demonstrative Bekundung insbesondere reaktionärer Amtsträger der evangelischen Kirchen für diese oppositionelle Bewegung.

Der sogen. Gründungsaufruf wird weiter in allen Bezirken der DDR und allen gesellschaftlichen Bereichen bekanntgemacht, verbreitet und diskutiert. Er findet unter einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung Resonanz und Zustimmung, z. T. bekundet durch Unterschriftenleistung.

Kirchliche Veranstaltungen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Es ist festzustellen, daß bei öffentlicher Ankündigung von Veranstaltungen in kirchlichen Räumen zur Thematik "Neues Forum" (auch bezogen auf andere oppositionelle Sammlungsbewegungen) eine überdurchschnittliche Besucherresonanz erreicht wird und Teilnehmerzahlen zwischen 1 000 und 2 000 Personen nicht selten sind. So mußte z. B. eine am 4. Oktober 1989 in einer Kirche in Potsdam-Babelsberg vorgesehene Veranstaltung, zu der erfahrungsgemäß 100 bis 150 Personen erwartet wurden, wegen des Erscheinens von fast 3 000 Interessenten zweimal wiederholt werden. In einigen Fällen, so u. a. in Leipzig und Magdeburg, waren derartige themenbezogene Veranstaltungen in kirchlichen Räumen - ungeachtet wiederholter Erklärungen und Appelle von Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums", so der BOHLEY, zur Besonnenheit und Vermeidung von Gewalt - Ausgangspunkte für anschließende öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten.

(Vorliegenden Hinweisen zufolge ist einzuschätzen, daß die Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" die sich aus einer gewissen Eigendynamik der Entwicklung der Sammlungsbewegung ergebenden organisatorischen und führungsmaßigen Probleme gegenwärtig nicht beherrschen.)

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

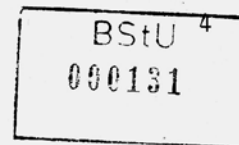
BStU
000100

Immer wieder treten kirchliche Amtsträger als Initiatoren der Sammlung von Unterschriften für das "Neue Forum" in Erscheinung. Nach intern vorliegenden Hinweisen habe der bekannte Pfarrer TSCHICHE/Magdeburg in seinem Wirkungskreis ca. 1 000 Unterschriften gesammelt. Nach Äußerungen von Führungskräften des "Neuen Forums" solle der Personenkreis, der als Mitglied/Sympathisant der "Bewegung" angesehen werde, eine Stärke von ca. 8 000 Personen ausmachen, davon etwa die Hälfte aus der Hauptstadt der DDR, Berlin. Diese Personen repräsentieren fast alle Schichten der Bevölkerung, jedoch nur in geringem Umfang Werktätige aus produktiven Bereichen. Weiter zunehmendes Interesse findet das "Neue Forum" unter der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, allgemein unter Jugendlichen und zunehmend unter Studenten fast aller Studieneinrichtungen. Vorliegende Hinweise lassen die Einschätzung zu, daß das Interesse dabei oftmals mehr den propagierten Inhalten/Forderungen des "Neuen Forums" gilt als der Sammlungsbewegung an sich und deren Organisation/Profilierung.

Im kulturell-künstlerischen Bereich wirkt das "Neue Forum" besonders über die bekannte Resolution von Unterhaltungskünstlern vom 18. September 1989, die ebenfalls nach wie vor popularisiert wird und die Ausgangspunkt weitergehender Erklärungen, Appelle, Stellungnahmen udgl. ist. Die in diesem Bereich ablaufenden Prozesse des Auseinandersetzens mit aktuellen Problemen der Innenpolitik weisen jedoch deutliche Tendenzen einer relativen Eigenständigkeit auf und sind nicht mit der Profilierung des "Neuen Forums" gleichzusetzen.

Nach vorliegenden Hinweisen setzen die Führungskräfte des "Neuen Forums" ihre intensiven Bestrebungen fort, sich nach Ablehnung ihres Antrages zur Bildung einer Vereinigung als "politische Bürgerinitiative" zu formieren. (Die Versuche der Einbeziehung von Rechtsanwalt GYSI in die Durchsetzung ihrer Legalisierungsbestrebungen bekräftigen die Absicht hinsichtlich des Festhaltens an den gegen den Staat gerichteten Zielen.)

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



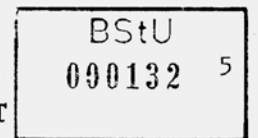
In allen Bezirken der DDR bestehen zumeist mit Kontaktadressen benannte sogen. Bezirksorganisationen des "Neuen Forums", in der Hauptstadt Berlin nehmen in den Stadtbezirken sogen. Arbeitsgruppen diese Funktion wahr; aus drei Bezirken liegen Hinweise über beantragte Zulassungen von Kreisorganisationen vor, z. T. mit anderen Bezeichnungen (u. a. Gadebusch/Schwerin - "Medium Nordwest").

Am 14. Oktober 1989 ist, nach streng intern vorliegenden Hinweisen, in Räumen der Sophienkirchengemeinde in der Hauptstadt Berlin eine zentrale Zusammenkunft von Erstunterzeichnern des sogen. Gründungsaufufes des "Neuen Forums", von "Kontaktadressen" sowie Sympathisanten vorgesehen. Auf diesem Treffen sollen Fragen beraten und Festlegungen getroffen werden u. a. zur Beseitigung des noch bestehenden "programmatischen Defizits" (u. a. durch Erarbeitung bzw. Bestätigung weiterer Papiere konzeptionellen Charakters), zur Formierung des Führungszentrums (um die BOHLEY) sowie der territorialen "Organisationen" (u. a. Fortsetzung der Versuche der Anmeldung von Kreisorganisationen), zum künftigen Wirksamwerden in der Öffentlichkeit sowie der Erfassung der Sympathisanten (zentrale computergestützte Erfassung, u. a. nach berufsspezifischen Gesichtspunkten).

Als Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" agierende Kräfte, darunter die BOHLEY, PFLUGBEIL, Prof. REICH, stehen in fast ununterbrochenem Kontakt mit bekannten Schaltstellen subversiven Vorgehens gegen die DDR in Westberlin (u. a. HIRSCH), mit anderen ehemaligen DDR-Bürgern, mit Führungskräften der "Alternativen Liste" (AL)/Westberlin sowie mit der Mehrzahl in der DDR akkreditierter Korrespondenten bürgerlicher Medien (besonders der BRD) und zum Teil mit akkreditierten Diplomaten des westlichen Auslands.

Diese Personen werden über alle Schritte des Vorgehens des "Neuen Forums" und dabei erzielter "Ergebnisse"/Wirkungen informiert; es erfolgt eine Abstimmung zum weiteren Vorgehen, zu "Unterstützungshandlungen" der Medien für das "Neue Forum" usw. Ausdruck und ein Ergebnis dieses Zusammenwirkens ist auch die auf Initiative führender

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Mitglieder des Bereiches "Berlin-Politik" der "AL" am 6. Oktober 1989 in Westberlin vollzogene Konstituierung eines "Neuen Forums/West". Mit diesem Zusammenschluß wolle man seitens der dahinter stehenden Kräfte (u. a. der ehemalige DDR-Bürger HERZBERG) durch "abgestimmtes Vorgehen eine aktive Unterstützung" des "Neuen Forums" in der DDR erreichen.

Streng intern vorliegenden Hinweisen zufolge bemühen sich Kräfte von "Solidarnosc" um Kontakte zum Führungskreis des "Neuen Forums".

2. In Umsetzung der von der sogen. Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei verfolgten Ziele und Absichten (siehe Informationen des MfS Nr. 386/89 vom 4. September 1989 und Nr. 416/89 vom 19. September 1989) erfolgte am 7. Oktober 1989 illegal die Gründung einer "Sozialdemokratischen Partei in der DDR - SDP". Dazu liegen folgende Hinweise vor:

Am 7. Oktober 1989 fand in der Zeit von 10.30 Uhr bis gegen 20.00 Uhr im evangelischen Gemeindehaus Schwante, Kreis Oranienburg eine Zusammenkunft von über 40 Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, (Mehrzahl) sowie den Bezirken Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Rostock statt. Unter diesen befand sich eine Reihe kirchlicher Amtsträger, im kirchlichen Dienst stehender und aus religiösen Elternhäusern kommender Personen, die bekannten Unterzeichner des sogen. Aufrufes der "Initiativgruppe" vom 12. September 1989, die Pfarrer GUTZEIT/Potsdam, MECKEL/Magdeburg, NOACK/Rostock sowie das Mitglied des personellen Zusammenschlusses "Initiative Frieden und Menschenrechte" Berlin, Manfred BÜHME.

Pfarrer MECKEL hielt eine "programmatische" Rede und versuchte die Notwendigkeit der Bildung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR u. a. damit zu begründen, daß der Begriff "Sozialismus" für die Massen wertlos geworden sei und die SED keine Reformfähigkeit zeige,

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU 000133

so daß eine sozialdemokratische Orientierung in Staat und Gesellschaft erforderlich wäre. Im Ergebnis der geführten Diskussionen - Grundlage bildete der genannte Aufruf der "Initiativgruppe" - wurden als konzeptionelle Dokumente der "SDP" fertiggestellt eine sogen. Gründungsurkunde, ein Statut und ein Anhang zum Statut, in welchem "Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogrammes" dargelegt sind (Papiere als Anlage 1 der Information beigelegt). Aufgestellt wurde ferner eine 31 Anschriften von Personen aus fast allen Bezirken der DDR umfassende Liste mit "Kontaktadressen zur Gründung von Ortsverbänden der SDP".

Mit dem Verlesen der "Gründungsurkunde" durch Pfarrer MECKEL betrachteten die Anwesenden die Gründung der "SDP" als vollzogen, was in einem Schreiben an das MdI offiziell mitgeteilt werden soll. Bei allen Personen bestand Klarheit über die Rechtslage (nichtgenehmigte Bildung einer Vereinigung) und möglichen, daraus resultierenden persönlichen Konsequenzen.

Im Anschluß daran wurden die "Leitungsgremien" gewählt wie

- Vorstand
(insgesamt 15 Personen, davon 7 Pfarrer;
Vorstandsmitglieder sind u. a. GUTZEIT, MECKEL, NOACK, BÖHME),
- Geschäftsführung
(BÖHME),
- Geschäftsführender Ausschuß
(3 Sprecher),
- Schatzmeister,
- zwei Vertreter in der "Sozialistischen Internationale"
(u. a. die [REDACTED] Stralsund)

und Festlegungen zur Finanzierung getroffen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU 000134

Zum Gesamtverlauf der Zusammenkunft wurde ein Tonbandmitschnitt gefertigt, zeitweise erfolgten Videoaufzeichnungen (Vertreter westlicher Medien waren nicht anwesend).

Ende des Monats Oktober 1989 beabsichtigt der "Partei Vorstand", zu einer Schulung zusammenzukommen.

3. Beachtenswert für die weitere Formierung unterschiedlichster oppositioneller Sammlungsbewegungen in der DDR ist eine sogen. Gemeinsame Erklärung (Anlage 2), in der unterschrieben Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" (u. a. PFLUGBEIL), des "Demokratischen stÄrbruch" (u. a. EPELMANN), der "SDP" (u. a. GUTZEIT und BÖHME), der "Bürgerbewegung Demokratie jetzt" sowie verschiedenster bekannter personeller Zusammenschlüsse wie der "Initiative Frieden und Menschenrechte" (u. a. Gerd POPPE) und des "Friedenskreises" Pankow ihre Bereitschaft zu gemeinsamen politischem Handeln mit dem Ziel der "demokratischen Erneuerung" der DDR bekunden. Zu diesem Zweck wird ein Zusammengehen der "Vielfalt der Initiativen" in Aussicht gestellt, das sich vor allem auf die Durchführung demokratischer Wahlen in der DDR unter UNO-Kontrolle und dem "Wahlbündnis mit eigenen Kandidaten" orientieren soll.

Nach vorliegenden internen Hinweisen wurde diese "Gemeinsame Erklärung" am 4. Oktober 1989 im Rahmen eines wesentlich von EPELMANN mitorganisierten Treffens verfaßt. Das Papier entspricht der Absicht EPELMANNs und weiterer feindlicher, oppositioneller Kräfte, eine "einheitliche Wahlplattform aller oppositionellen Gruppen und Initiativen" zu schaffen. Es wurde - nach vorliegenden Hinweisen - erstmalig am 6. Oktober 1989 im Rahmen einer sogen. Zukunftswerkstatt "Wie nun weiter, DDR?" in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg vor ca. 2 000 Personen im vollen Wortlaut verlesen.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Volkspolizei-Kreisamt Dresden
Kriminalpolizei

Dresden, den 12.10.1989

BSTU
000010

7/11 d.

Protokoll - zur Schreibleistung in 8021 Dresden, Marienberger Str./Bodenbacher Str. Litfaßsäule

Am Donnerstag, den 12.10.1989 um 08.00 Uhr teilte unbekannter Bürger telefonisch mit, daß sich an der Litfaßsäule in 8021 Dresden, Bodenbacher Str./Marienberger Str. ein Plakat mit einer Schreibleistung befindet.

Nachdem Eintreffen der Kriminalpolizei wurden folgende Feststellungen getroffen:

Die Litfaßsäule befindet sich auf dem Fußweg rechtsseits der Marienberger Str. in Richtung Bodenbacher Str. gesehen. Sie steht ca. 10 Meter vor der Bodenbacher Str. Rechts neben der Litfaßsäule befindet sich die Umfriedung eines Grundstückes. Die Ecke der Umfriedung befindet sich an der Straßenecke beider genannter Straßen. Um die Ecke befindet sich die Straßenbahnhaltestelle der Linien 12, 14, 17 in stadtwärtiger Richtung.

An der Seite der Litfaßsäule, welche in Richtung der Straße Altseidnitz zeigt, befindet sich ein Plakat. Dieses ist in einer Höhe von 1,5 Meter an die Litfaßsäule angeklebt. Es handelt sich hierbei um ein weißes Blatt Papier der Größe DIN A 4 mit einem Schreibmaschinentext. Das Blatt ist ein Ablichtung des Originaltextes. Die Schrift ist schwarz.

Bei Eintreffen der VP wurde die Schreibleistung gerade von zwei Personen gelesen. Die Schreibleistung wurde fotografisch dokumentiert und danach im Original gesichert.

Wohlrab
Ltn. der K

BSTU
000011

Wir treten aus unseren Rollen heraus.

Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu. Ein Land, das seine Jugend nicht halten kann, gefährdet seine Zukunft. Eine Staatsführung, die mit ihrem Volk nicht spricht, ist ungläubwürdig.

Eine Parteiführung, die ihre Prinzipien nicht mehr auf Brauchbarkeit untersucht, ist zum Untergang verurteilt.

Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wurde, fängt an, gewalttätig zu werden.

Die Wahrheit muß an den Tag.

Unsere Arbeit steckt in diesem Land. Wir lassen uns das Land nicht kaputt machen.

Wir nutzen unsere Tribüne, um zu fordern:

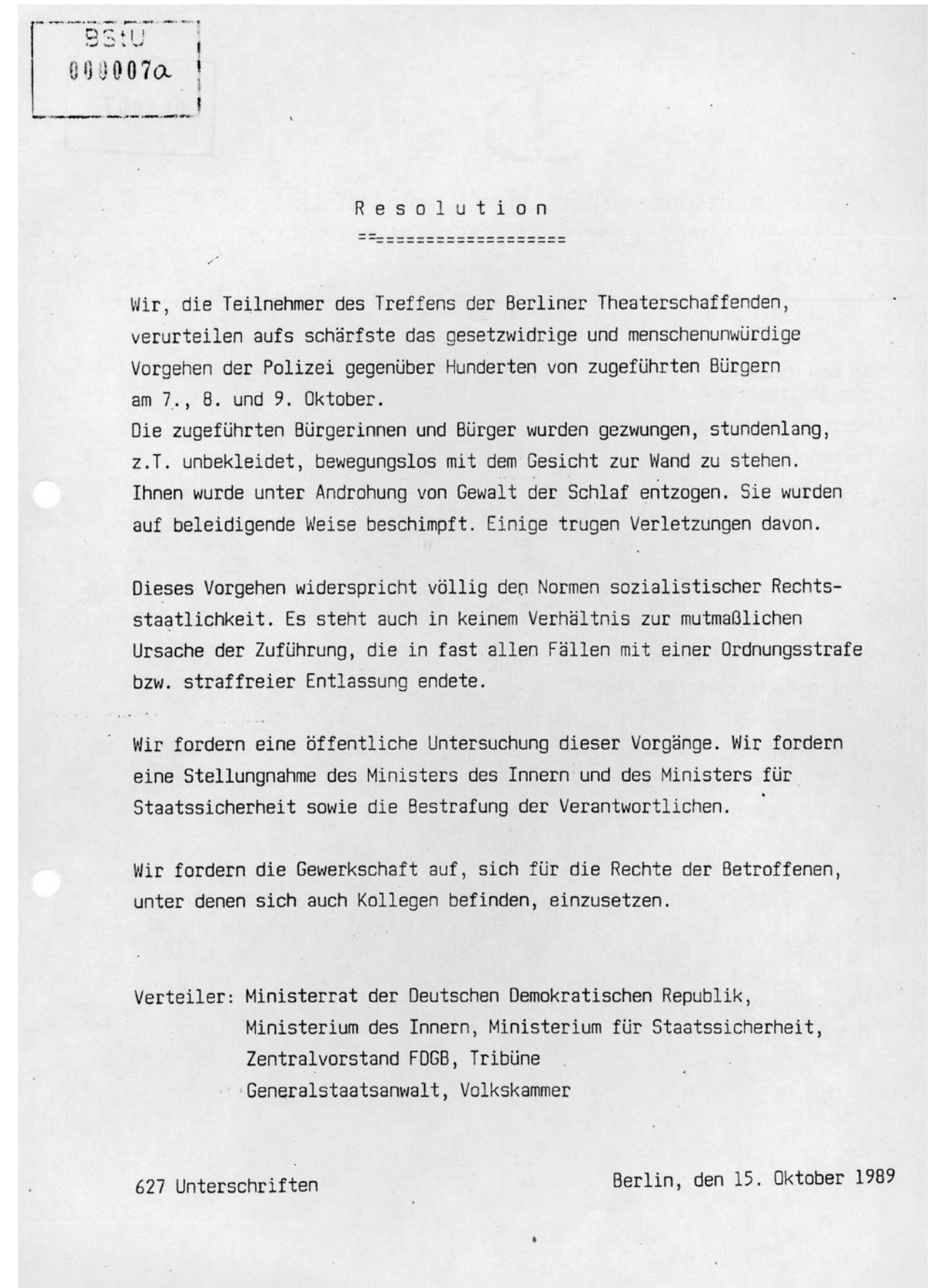
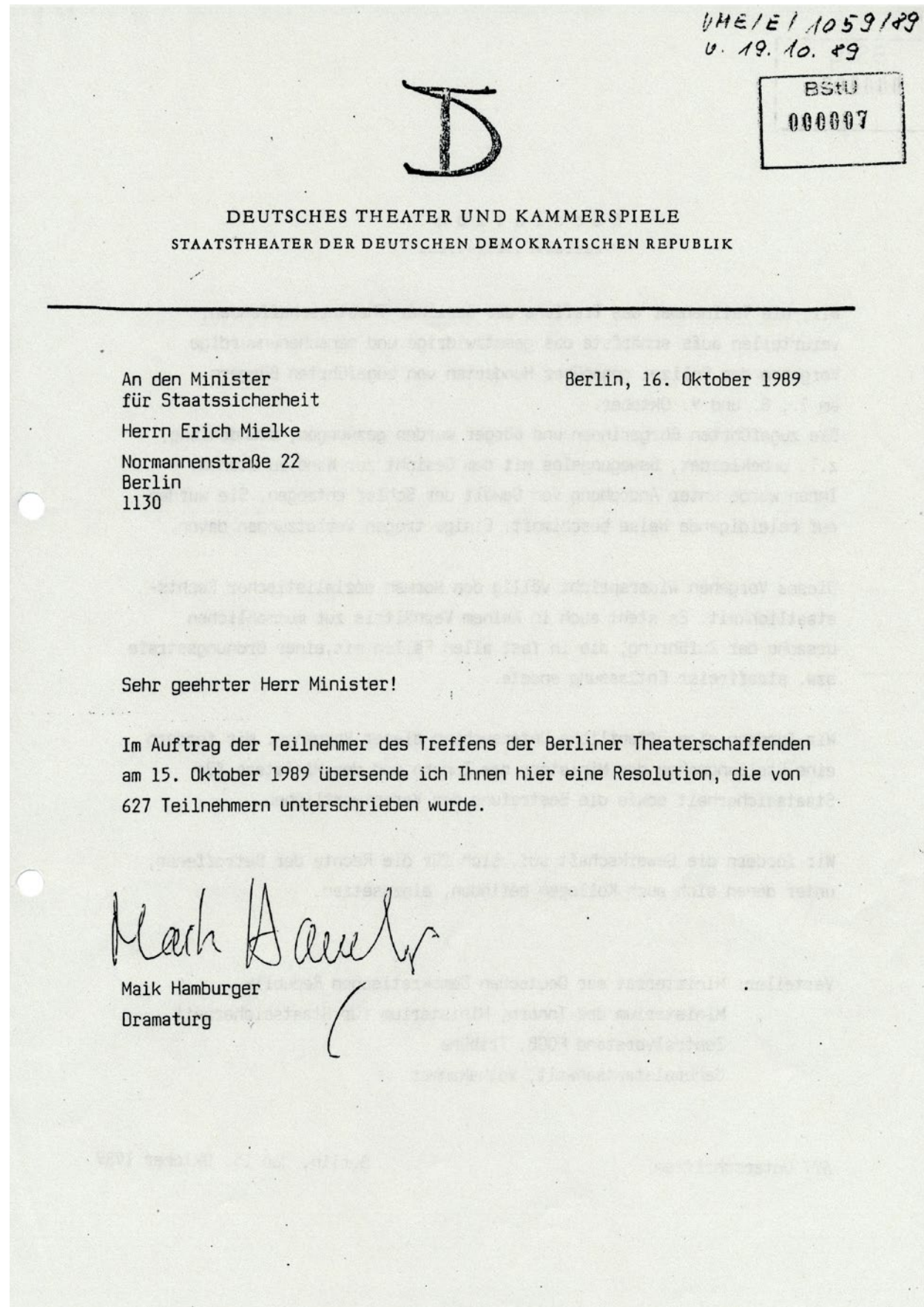
1. Wir haben ein Recht auf Information.
2. Wir haben ein Recht auf Dialog.
3. Wir haben ein Recht auf selbständiges Denken und auf Kreativität.
4. Wir haben ein Recht auf Pluralismus im Denken.
5. Wir haben ein Recht auf Widerspruch.
6. Wir haben ein Recht auf Reisefreiheit.
7. Wir haben ein Recht, unsere staatl. Leitungen zu überprüfen.
8. Wir haben ein Recht, neu zu denken.
9. Wir haben ein Recht, uns einzumischen.

Wir nutzen unsere Tribüne, um unsere Pflichten zu benennen:

1. Wir haben die Pflicht zu verlangen, daß Lüge und Schönfärberei aus unseren Medien verschwinden.
2. Wir haben die Pflicht, den Dialog zwischen Volk und Partei- und Staatsführung zu erzwingen.
3. Wir haben die Pflicht, von unserem Staatsapparat und von uns zu verlangen, den Dialog gewaltlos zu führen.
4. Wir haben die Pflicht, das Wort Sozialismus so zu definieren, daß dieser Begriff wieder ein annehmbares Lebensideals für unser Volk wird.
5. Wir haben die Pflicht, von unserer Staats- und Parteiführung zu verlangen, das Vertrauen zur Bevölkerung wiederherzustellen.

Bürger!

Trage Dich in die Liste des Neuen Forums ein! Nimm an den abendlichen, friedlichen Demonstrationen teil!



- 03 -

BSU
000007

Information über eine Veranstaltung der Berliner Theaterschaffenden am 15. 10. 1989 im Deutschen Theater

Berliner Theaterschaffende und Gäste führten am Sonntag von 11.00 bis 14.30 Uhr im Deutschen Theater - aus Platzgründen nicht wie angekündigt in den Kammerspielen - ihren am 7. Oktober in der Volksbühne begonnenen Gedankenaustausch über aktuell-politische Fragen fort. Ziel der Veranstaltung, so einleitend Johanna Schall vom gastgebenden Theater, sei gewesen, sich zu informieren und zu solidarisieren. Die Theaterschaffenden hätten ihre Meinung zu den aktuellen Fragen deutlich artikulieren wollen, damit sie nicht nur als Stichwortgeber in der nun beginnenden Diskussion benutzt würden.

Die ca. 700 Teilnehmer der Veranstaltung hörten eingangs Erlebnisberichte von verhaftet gewesenen Kollegen. Dann machte Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi mit rechtlichen Aspekten des Vorgehens der Sicherheitsorgane bekannt. Die Teilnehmer nahmen mit ihrer Unterschrift eine von Michael Hamburger (Deutsches Theater) vorgelegte Resolution an (siehe Wortlaut des Textes).

Ein weiteres Ergebnis des Treffens ist der Aufruf zu einer "legalen" Demonstration der Theaterschaffenden am 4. 11. 89 in Berlin und weiteren Städten der DDR. Die Berliner Demonstration, für die Rechtsanwalt Gysi, wie er mitteilte, den Antrag einreichen werde, soll von der Kreuzung Karl-Liebknecht-Straße/Mollstraße bis zum Platz der Akademie führen und dort mit einer Kundgebung enden. Vertreter des Verbandes Bildender Künstler und von Unterhaltungskünstlern schlossen sich dem Aufruf an.

Das Berliner Ensemble teilte mit, daß es für den 21. 12., den Geburtstag Stalins, zu einer großen Matinee aller Berliner Theater einlädt. Sie könne etwa 12 Stunden dauern und sollte vom Fernsehen der DDR direkt übertragen werden.

Vereinbart wurde, ohne einen Termin zu nennen, den nächsten aktuell-politischen Gedankenaustausch in diesem Kreis im Berliner Ensemble durchzuführen. Alle Theater sollten außerdem die angenommene Resolution auf Aufstellern in ihren Häusern öffentlich machen. Es wurde mitgeteilt, daß Bemühungen für einen außerordentlichen Theaterkongreß laufen.

In der Diskussion sprachen 19 Teilnehmer, darüber hinaus gab es mehrere kurze Zwischenreden.

- 04 -

BSU
000008

Eine junge Frau vom Puppentheater Berlin schilderte zu Beginn, was sie und drei ihrer Kolleginnen am 7. und 8. Oktober in der Haftanstalt Berlin-Rummelsburg erlebt hatten. Der Bericht enthielt die Feststellung, die vom ADN am 8. Oktober verbreitete Meldung über Störungen der Volksfeste sei ein Lüge. Es gab weitere derartige Berichte.

Rechtsanwalt Dr. Gysi plädierte dann für eine breite Öffentlichkeit und ein starkes Engagement für Rechtsstaatlichkeit. Was er hier und aus vielen anderen Berichten über die Sicherheitsorgane habe entnehmen können, sei alles rechtswidrig gewesen. Es müsse durchgesetzt werden, daß Entscheidungen der Macht nur auf der Grundlage des Rechts gefällt werden. "Wir brauchen eine Polizei, die voller Überzeugung friedliche Demonstranten schützt und Gewalttäter festnimmt." Er verwies darauf, daß es seit dem 1. Juli neue Bestimmungen gebe, nach denen Demonstrationen anmeld- und damit einklagbar seien. Er stehe wie viele seiner Kollegen für die Verteidigung unschuldig inhaftiert gewesener Bürger zur Verfügung. Nachdem der Antrag auf eine "legale Demonstration" am 4. 11. gestellt und mit Beifall angenommen wurde, erklärte er sich bereit, den Rechtsweg dafür zu beschreiten.

Anschließend wurde ein offener Brief von [REDACTED] an den ADN vom 10. Oktober 1989 verlesen.

Intendant Dieter Mann teilte mit, daß er zur Vertretung der von Verhaftungen betroffenen Mitarbeiter seines Theaters Rechtsanwalt Dr. Ullmann verpflichtet habe.

Wolfgang Engel vom Staatsschauspiel Dresden berichtete über Ereignisse in seiner Heimatstadt. Dort seien einzig die Kirche und die Theater Plattformen für das offene Gespräch der Bürger. Ein Gespräch der Theaterschaffenden mit Hans Modrow sei für die Künstler und Mitarbeiter der Theater deprimierend verlaufen und habe die Schlangen vor dem Dresdner "Ausreisebüro", wo man "sich täglich seine Ausreise abholen" könne, um Mitarbeiter der Theater verlängert. Hans Modrow habe mit Sätzen wie "Es muß alles getan werden, das Ganze wieder zum Funktionieren zu bringen" seine eigene Legende zerstört. Die Theater würden weiterhin ihre Foyers für Gesprächsrunden offenhalten. Er regte an nachzudenken, wie ein außerordentlicher Theaterkongreß noch bis Jahresende zu organisieren sei, und rief auf, eine ständige Information aller Theater der DDR untereinander zu sichern.

Der FDJ-Sekretär und ein Arbeiter von Bergmann-Borsig Berlin

- 05 -

BStU
000009

gaben über das Entstehen und den Weg zur Veröffentlichung ihres Briefes in der "Berliner Zeitung" Auskunft. Sie bekräftigten, daß die Werktätigen ihres Betriebes fest zum Sozialismus stehen. Jetzt seien sie jedoch mutiger als zuvor und machten Probleme und Mißstände offen deutlich. Mit großem Interesse verfolgten sie diese Versammlung der Künstler und stellten viele übereinstimmende Interessen zur Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR fest. Für ihre Kollegen würden sie gern eine genaue Antwort auf die Frage mitnehmen, warum sich die Künstler so für deren Aktivitäten interessierten.

Dieter Mann erklärte, daß es für die Theaterschaffenden wichtig sei zu wissen, daß sie nicht neben und über den Arbeitern, sondern mit ihnen gehen. Arbeiter bezahlten durch ihre Arbeit das Theater und hätten damit das Recht, dort nicht belogen zu werden. Er könne für die meisten seiner Kollegen versichern, daß sie hart und ehrlich arbeiten und keineswegs "Unruhestifter" seien, als die sie oft diffamiert würden. Eine solche Diffamierung verberge sich seiner Meinung nach zum Beispiel hinter dem Abdruck des "Plathe-Interviews" in der BZA. Durch solches Beispiel werde der Eindruck erweckt, Künstler der DDR verdienten unmäßig Geld und lebten leicht. Das in der DDR über Intellektuelle vermittelte Bild entspreche nicht im entferntesten der Wahrheit.

Heiner Müller sagte, er würde nach 40 Jahren DDR lieber schweigen. Brecht habe vieles, was heute zu sagen sei, schon Anfang der 50er Jahre gesagt, sei damals in der Presse nicht gedruckt worden und würde es heute auch nicht. Ihn bewege folgendes:

- Wir schimpften auf die Obhutspflicht der BRD für DDR-Bürger. Warum gebe es keine Obhutspflicht der DDR für Leute, die zurückkommen wollen.
- Es habe den Anschein, die DDR produziere mehr Kreativität, als sie gebrauchen könne. Zwei Drittel der Gedankenkraft in diesem Lande werde genutzt, diese Kreativität zu knebeln, und treibe sie in den Westen.
- Zur Ökonomie habe ihm ein italienischer Kommunist gesagt: "Speiseeis vom Staat ist einfach Wahnsinn."
- Er habe nach 40 Jahren Angst vor Leuten, die nie Fehler machen und Fehler gemacht haben.
- "Ich stelle die Frage, geht neue Politik mit alten Namen."
- "Die Diskrepanzen zwischen Macht und Information müssen überwunden werden."
- "Wir müssen zurück zum Marxismus, der konkrete Analyse der konkreten Situation bedeutet."

Auswertungs- und
Kontrollgruppe

Neubrandenburg, 17. Oktober 1989

BStU
000027

Zusammengefaßte Lageentwicklung seit dem 13. 10. 89

- Anhaltende Angriffe gegen die Staatsgrenze Ost.
Im Durchschnitt werden täglich von 20 Personen Angriffe auf die Staatsgrenze Ost im Verantwortungsbereich Neubrandenburg unternommen.

Bei den betreffenden Personen handelt es sich vorrangig um Bürger anderer Bezirke.
(Bürger aus dem Bezirk Neubrandenburg mit einem Anteil von ca. 15 % beteiligt.)

- Insgesamt weiter anhaltende Tendenz der Verbreitung des "Neuen Forums" insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Handlungen der mündlichen Verbreitung und durch Schmierereien (Neubrandenburg und Strasburg).

Aktivitäten zur Verbreitung/Propagierung des "Neuen Forums" und analogen Positionspapieren in allen Kreisen (außer Pasewalk) des Bezirkes bisher festgestellt.

Neu:

- Durchführung von wöchentlichen Friedensgebeten/Fürbittgottesdiensten in Neubrandenburg (mittwochs), Neustrelitz (sonnabends) und Waren (montags)
- Durchführung eines Schweigemarsches unter Beteiligung von ca. 300 Personen im Anschluß an den Fürbittgottesdienst in Waren (16. 10. 89).
- Zunehmende Solidarisierung und Identifikation von Theaterschaffenden (Friedrich-Wolf-Theater) und kirchlichen Amtsträgern/Mitgliedern mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen oppositioneller Kräfte in Berlin und Leipzig durch beabsichtigter Organisation gleichlaufender bzw. ähnlicher Veranstaltungen in Neustrelitz, Neubrandenburg und Röbel.

Ersten Informationen zufolge sollen

- am 19. 10. 89, 20.00 Uhr, in der St. Nikoleikirche in Röbel eine Versammlung für "demokratische Erneuerung" durch Dr. Seitz und Pastor Timm durchgeführt werden,

MD BSTU
0006

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM** ~~offen~~ **AUSGANG**
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit Flugzeug Fu/FS-Nr.: 003026

Absender: BV Halle Leiter VVS Hle o049-352/89 29 Ex.-Nr.

Empfänger: 1. Stellv. Leiter BV, Stellv. Operativ, Stellv. Aufklärung, Stellv. OT/S

alle Leiter der DE der BV, KD/OD Halle den 16.10. 1989
BdL/Dok.

Heute Abend finden in der Nicolaikirche in Leipzig wieder das sogenannte "Montagsgebet" und in diesem Zusammenhang ähnliche Veranstaltungen in 4 weiteren Kirchen statt. Erneut ist mit der Teilnahme einer großen Personenzahl an diesen Veranstaltungen zu rechnen.

Unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrungen über das Zustandekommen und den Verlauf der Demonstration am 9.10.89 in Leipzig ist nicht auszuschließen, daß es auch heute Abend wieder zu einer Demonstration ähnlichen Ausmaßes kommt. Trotz eingeleiteter vorbeugender Maßnahmen besteht die Gefahr, daß es dennoch zu gewaltsamen Ausschreitungen bzw. zu Gewalthandlungen kommt. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß ein direkter Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel nur dann erfolgt, wenn Personen oder Objekte angegriffen bzw. andere schwere Gewalthandlungen inszeniert werden.

Es liegen auch Hinweise vor, daß ähnliche Veranstaltungen wie in Leipzig vor allem an der Marktkirche in Halle sowie "Montägliche Friedensgebete" im Magdeburger Dom sowie in der Zwickauer Kirche stattfinden sollen. Außerdem ist beabsichtigt, eine "Informationsandacht" in der Gethsemanekirchgemeinde von Berlin abzuhalten.

Es ist davon auszugehen, daß das Geschehen in Leipzig sowie in Halle, Berlin und in den anderen genannten Städten auch von oppositionellen, bzw. feindlich-negativen Kräften weiterverfolgt wird, um evtl. kurzfristig anderswo stattfindende Veranstaltungen für Provokationen zu mißbrauchen oder Veranstaltungen zu organisieren mit dem Ziel, zur "Solidarischen Aktion" aufzurufen.

Ich weise die Leiter aller DE an:

1. Zu prüfen, welche Veranstaltungen in Ihrem Verantwortungsbereich stattfinden und vorbeugende Maßnahmen einzuleiten.
2. Personen, von denen aus operativen Erfahrungen bekannt ist, daß sie solche Veranstaltungen in Leipzig, Halle oder anderen Städten besuchen, sind geeignete Kontrollmaßnahmen, Mittel und Methoden einzusetzen, die ein Wirksamwerden solcher Absichten ausschließen.
3. Im Hinblick auf die Gefahr, daß sich Demonstrationen und Provokationen von Leipzig, aber auch von Halle, Berlin, Magdeburg bzw. Zwickau aus, auf weitere Städte bzw. Teile der DDR ausweiten, sind durch die Leiter der DE weitere Vorbereitungen zum vorbeugenden Einsatz geeigneter Kräfte und Mittel zu treffen.
4. Auf Grund dieser Lage ist am heutigen Tage von allen Angehörigen Dienst bis auf Widerruf zu verrichten.

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: _____ Gesehen: _____

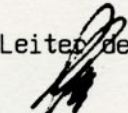
Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____

BSTU
0007

VVS Hle o049- /89 2

Im Hinblick auf Probleme bei einigen Angehörigen z..B. Kinderbetreuung u.ä. können die Leiter der DE selbst differenziert und individuell entscheiden.

5. Weiterhin weise ich darauf hin, die eigenen Dienstobjekte strengstens zu sichern. Es darf feindlich-negativen Kräften nicht gelingen, in irgendeiner Form das Dienstobjekt anzugreifen.
6. Mit Eindringlichkeit verweise ich auf den Schutz der eigenen Kräfte. Die Pistole am Mann ist verstärkt durchzusetzen.

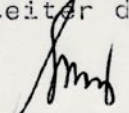
Leiter der Bezirksverwaltung

Schmidt
Generalmajor

Kreisdienststelle Erfurt

Erfurt, 17. 10. 1989
bri-il

bestätigt:

Leiter der Bezirksverwaltung


Schwarz
Generalmajor

BStU
000001

Maßnahmeplan

zur operativen Durchdringung und Bearbeitung der sog. Bürgerinitiative "Neues Forum" der Stadt Erfurt

Mit der operativen Bearbeitung des OV "Dokument" liegt die Hauptverantwortung der Bearbeitung des "Neuen Forums" bei der Kreisdienststelle Erfurt.

Abstimmung, Koordinierung und Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen und den Kreisdienststellen obliegt der Abt. XX.

Ausgehend von der operativen Lage werden folgende Zielstellungen festgelegt:

1. Die operative Durchdringung der sog. Strukturgruppe und der sich gebildeten Arbeitsgruppen (siehe Anlage).
2. Bestimmung von Maßnahmen zur Weiterführung des eingeleiteten Prozesses der Differenzierung, Disziplinierung, Verunsicherung und Zersetzung unter Einbeziehung der Partner des POZW, Leiter von Betrieben und Einrichtungen und anderen gesellschaftlichen Kräften.
3. Erarbeitung offizieller Informationen als Grundlage der Informationstätigkeit an die 1. Sekretäre der SED BL und Stadtleitung.
4. Ständige analytische Aufbereitung der erreichten Arbeitsergebnisse zur politisch-operativen Lagebeherrschung, zur Führung aktueller Übersichten zu Mitglieder und Sympathisanten, einschließlich ihrer eindeutigen Personenidentifizierung zur Führung des Prozesses "Wer ist wer?" zur Bestimmung von Maßnahmen der Rückgewinnung und der Führung der politisch-operativen Dossierarbeit.
5. Rechtzeitiges Erkennen von Plänen, Absichten, Mittel und Methoden von feindlich-negativen Personen insbesondere aus sogenannten Führungsgremien zur Koordinierung ihrer Aktivitäten innerhalb des "Neuen Forums", des "Demokratischen Aufbruchs" und SDP sowie anderer Zusammenschlüsse.

2

Zur Realisierung der Zielstellungen werden folgende Maßnahmen festgelegt:

BStU
000002

1. Ausgehend von der aktuellen Stärke der sog. Strukturgruppe bestehend aus 9 - 13 operativ bekannten Personen wird der vorhandene Bestand der

IMB "Schubert"	KD Erfurt
IMB "Andre Wagner"	KD Erfurt
IMB "Stephan"	Abt. XX
IMS "M. Schmidt"	KD Erfurt
op. Kontakt "Carsten"	Abt. XX

zur operativen Lagebeherrschung, der Herausarbeitung von Plänen, Absichten, Mittel und Methoden als ausreichend beurteilt.

Die vorliegenden erarbeiteten inoffiziellen Informationen lassen den operativen Schluß zu, daß der Leiter der sog. Bürgerinitiative "Neues Forum" und Leiter der Strukturgruppe

[REDACTED]
(erf. KD Erfurt, OV "Dokument")

eine Reihe Maßnahmen darauf ausgerichtet hat, die zum Ziel haben, evtl. Quellen der Sicherheitsorgane zu enttarnen, deshalb steht im Vordergrund:

- exakte Instruierung der IM zur Behauptung ihrer Rolle und Stellung in der Strukturgruppe unter strengster Einhaltung der Regeln der Konspiration,
- Instruierung mit dem Ziel, ein echtes dauerhaftes Vertrauensverhältnis zu den Inspiratoren/Organisatoren

[REDACTED] und [REDACTED]

herzustellen,

- die erarbeiteten Informationen zu Plänen, Absichten, Mittel und Methoden stets unter dem Aspekt der Offizielleierung, zur Ableitung weiterer disziplinierender, verunsichernder und weiterer Einflußmaßnahmen zu erarbeiten,
- ableitend mit den zu erreichenden Vertrauensverhältnis besteht die Zielstellung darin, IM in das Verbindungssystem nach Berlin und in die überregionalen Vernetzungsbestrebungen einzubauen.

Termin: sofort
Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

3

BStU

000003

2. Auf der Grundlage der vom Leiter BV Erfurt angewiesenen Maßnahmen zur Erarbeitung von Ausgangsdokumenten zu den erkannten Inspiratoren/Organisatoren ist der Prozeß der Differenzierung, Disziplinierung, Verunsicherung und Zersetzung zu führen. Dazu liegen seitens der KD Erfurt zu 25 Personen und seitens der Abt. XX Personen entsprechende Dokumente vor.

Seitens der KD Erfurt und Abt. XX wurden weiterhin bisher Personen als Symphatisanten bzw. Mitglieder der sg. Bürgerinitiative bekannt. Diese Personen sind eindeutig zu identifizieren, ihre Aktivitäten zu dokumentieren, in den Speichern des MfS zu überprüfen und bei entsprechender operativer Notwendigkeit operative Ausgangsdokumente zu erarbeiten und über die Partei entsprechende Disziplinierungsmaßnahmen einzuleiten. Grundsatz ist dabei die Objekt- bzw. terr. Zuständigkeit in Federführung der Abt. XX.

3. Auf der Grundlage des Lagefortschreibeverfahrens sind täglich officialisierbare Lageeinschätzungen über Pläne, Absichten, Aktivitäten, Mittel und Methoden der Bürgerinitiative "Neues Forum" aufzubereiten.

Verantwortlich: für Stadtleitung KD Erfurt
für Bezirksleitung Abt. XX/AKG

In Vorbereitung, während und nach öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (Vollversammlung) der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" sind die geeigneten Informationen sofort aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Die ständige Schaffung von Grundlagenmaterialien für die Partei zur Entwicklung politischer Aktivitäten im Sinne der Erklärung des Politbüros vom 11. 10. 1989.

4. Alle operativ relevanten anfallenden Informationen zur sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" sind der KD Erfurt zur Verfügung zu stellen, in der Lagefortschreibung exakt zu erfassen, zu verdichten und sich daraus ableitende Maßnahmen einzuleiten.

Verantwortlich: KD Erfurt für Lagefortschreibung
Abt. XX für Informationsfluß innerhalb
der BV Erfurt und zu anderen DE der
Abt. XX

4

BStU

000004

Die Sofortinformationen sind auf der Grundlage der Meldung zu realisieren und die Operativinformation entsprechend der operativen Notwendigkeit zur Ableitung operativer Schlußfolgerungen und Maßnahmen zu erarbeiten.

Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Entsprechend der operativen Notwendigkeit sind zusammengefaßte Lageeinschätzungen zu erarbeiten.

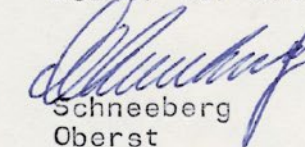
Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Zu allen Mitgliedern/Symphatisanten der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" ist die Dossierarbeit durchzusetzen und alle erarbeiteten Informationen der dossierführenden DE der KD Erfurt zuzuleiten. Darüber hinaus sind zu den sg. Arbeitsgruppen gesonderte Dossier zu führen.

Bezogen auf die sg. Arbeitsgruppen einschließlich der sg. Strukturgruppe sind nach Zusammenführung der Informationen der Abt. XX und KD Erfurt sowie deren analytischen Aufbereitung bis zum 20. 10. 1989 sachverhaltsbezogene Maßnahmenpläne zu erarbeiten.

Der Maßnahmenplan wurde mit dem Stellv. Leiter der Abt. XX, Gen. Moser, erarbeitet und mit ihm erfolgt eine ständige Abstimmung.

Leiter der Kreisdienststelle


Schneeberg
Oberst

Anlage

BSU
000005

Übersicht über die eingesetzten IM der Abt. XX und KD Erfurt in den einzelnen sg. Arbeitsgruppen der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum"

Arbeitsgruppe "Umweltreform"

IMS "Menzel" Abt. XX/7
IMS "Neubauer" Abt. XX/1
IMS "Dieter" Abt. XX/1

Arbeitsgruppe "Wehrdienstreform"

IMB "Otto" Abt. XX/8
IMS "Held" Abt. XX/2

Arbeitsgruppe "Volksbildungsreform"

GMS "Astor" Abt. XX/8
IMS "Jochen" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Ausländerrecht"

IMS "Julia" Abt. XX/1

Arbeitsgruppe "Wirtschaftsreform"

IM "Gerhard" Abt. XVIII/5 Gen. König

Arbeitsgruppe "Verfassungsreform"

IMS "Zuber" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Pressereform"

IMB "Konrad" Abt. XX/7
IMS "Heinz Lange" Abt. XX/2
IMB "Peter Leitner" KD Erfurt
IMS "Jojo" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Gesundheitsreform"

IMS "Heike" Abt. II
IMS "Heinz" Abt. XX/1
GMS "Mediziner" Abt. XX/1

BSU
000006

Arbeitsgruppe "Strafrechtsreform"

IMB "Dietmar" Abt. XX/4

Arbeitsgruppe "Denkmalschutzreform"

IMS "Margit" Abt. XX/8

Arbeitsgruppe "Kulturreform"

KP "Carsten" Abt. XX
IMS "Gutenberg" KD Erfurt

Der Schwerpunkt der Instruierung der eingesetzten IM liegt darin:

- Pläne, Absichten, Aktivitäten, Mittel und Methoden zu erkennen und herauszuarbeiten,
- Ansatzpunkte zur Zersetzung von innen heraus erarbeiten (Kriminalisierung),
- Ansatzpunkte der weiteren Disziplinierung einzelner Mitglieder durch Partner des POZW, staatliche Leiter von Betrieben und Einrichtungen, gesellschaftlichen Kräften bis hin zu den einzelnen Arbeitskollektiven herausarbeiten,
- Herausarbeitung von konzeptionellen Vorstellungen in den sg. Arbeitsgruppen,
- eindeutige Identifizierung von Organisatoren/Inspiratoren und Sympathisanten der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum".

Abteilung XX

Rostock, 20. 10. 1989

BStU
000075

I n f o r m a t i o n

Über den Verlauf der Gebetsandachten in den Rostocker Kirchen St. Petri und St. Marien und anschließender Demonstration am 19. 10. 1989

Ausgehend von vorliegenden Erkenntnissen und Gerüchten, wonach im Anschluß an die n. g. Gebetsandachten am 19.10.89 eine Demonstration erfolgen soll, wurden durch die Bezirkseinsatzleitung Rostock folgende Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung provokativer Handlungen eingeleitet:

1. Durchführung eines Gespräches mit verantwortlichen Pfarrern des Kirchenkreises Rostock-Stadt, um ihnen die staatliche Erwartungshaltung in Bezug auf ihre Verantwortung zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit deutlich zu machen.
2. Den verantwortlichen Pfarrern wurde ein Gesprächsangebot des Rates der Stadt Rostock unterbreitet, welches im gegenseitigen Einvernehmen während der Gebetsandachten durch je einen Vertreter des Rates der Stadt bekanntgegeben werden soll.
3. Einsatz von 150 Schülern der Bezirksparteischule und weiteren gesellschaftlichen Kräften, die in die zu erwartende Demonstration mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung von Provokationen einsickern sollen.
4. Leitung des Sicherungseinsatzes aus einem gemeinsamen Führungspunkt.

An den Gebetsandachten beteiligten sich insgesamt ca. 5000 Personen (4000 in der St. Marienkirche, 1000 in der St. Petrikirche). In der Mehrzahl handelte es sich um Jugendliche und Jungerwachsene, darunter viele Rostocker Studenten. Beide Kirchen waren überfüllt. Vor der Marienkirche hielten sich etwa 300 Personen auf. Die thematische Gestaltung war in beiden Gebetsandachten gleich. Die Durchführenden waren in der St. Marienkirche - Pastor Gauck, Joachim und in der St. Petrikirche der Theologiestudent des 3. Studienjahres an der W.-Pieck-Universität Rostock, [REDACTED]

Eröffnet wurden die Andachten mit einem Bibelzitat und einem Zitat von Rosa Luxemburg, welches als eine prophetische Charakterisierung der Entwicklung des Sozialismus bezeichnet wurde (wenn solche Fehler durch die Arbeiterpartei gemacht werden, wie sie sich das in der DDR gegenwärtig zeige, verlaufe die Entwicklung negativ).

BStU
000076

2

Anschließend erfolgte die Darstellung des Verlaufes von Demonstrationen in Flauen und Leipzig. In Bezug auf Flauen wurde über eine Erklärung der dortigen Freiwilligen Feuerwehr informiert, die sich angeblich gegen den Mißbrauch von Löschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen friedliche Demonstrierende richtete.

Bezogen auf Leipzig wurde die Freilassung aller Inhaftierten und der Inhalt bei der Leipziger Demonstration benutzter Losungen bekanntgegeben. Im Anschluß daran traten die jeweiligen Vertreter des Rates der Stadt Rostock auf und verlasen das vorbereitete Gesprächsangebot. Dies wurde als Angebot in den von der Regierung angestrebten Dialog eingeordnet, wobei es durch einzelne Veranstaltungsteilnehmer Zwischenrufe und Piffe gab, insbesondere bei Bezugnahme auf den Genossen Egon Krenz. Das Angebot wurde jedoch generell positiv aufgenommen.

Die Gebetsandachten wurden erneut genutzt, um in breitem Umfang die oppositionelle Sammlungsbewegung "Neues Forum" zu propagieren. Angekündigt wurde die Einrichtung eines Kontaktbüros im Evangelischen Jugendpfarramt Rostock, Bei der Petrikirche 9.

Verlesen wurde des weiteren eine Erklärung der Philharmoniker des Rostocker Volkstheaters, die an Chefredakteure der im Bezirk Rostock herausgegebenen Tageszeitungen mit der Forderung nach Veröffentlichung übergeben wurde. Diese Erklärung beinhaltet gleiche Forderungen, wie sie durch die bekannten oppositionellen Sammlungsbewegungen erhoben werden. Der Text liegt der Abt. XX vor.

Abgeschlossen wurden beide Gebetsandachten mit Fürbitten für noch Inhaftierte.

Entgegen den Orientierungen im Gespräch des Staatsapparates mit den verantwortlichen Pastoren und den gegebenen Zusicherungen wurden die Veranstaltungen inhaltlich so gestaltet, daß sie zum Aufputschen der Anwesenden beitrugen. Dies zeigte vor allem in der Herabwürdigung der Politik der SED und in Angriffen gegen das Ministerium für Staatssicherheit, wobei Pastor Gauck in der St. Marienkirche konkret dazu aufforderte, auf die Straße zu gehen und miteinander zu diskutieren. Die jetzige Regierung lehnte er als Diskussionspartner ab, da sie kein Vertrauen mehr genießen könne.

Die Gebetsandachten dauerten von ca. 20.15 - 21.15 Uhr. Nach Abschluß begab sich ein Großteil der Teilnehmer von der St. Petrikirche zur St. Marienkirche. Hier formierte sich unter maßgeblicher Initiierung einer männlichen Person namens [REDACTED] aus Berlin sowie Personen aus Leipzig und Karl-Marx-Stadt ein Demonstrationszug von ca. 2000 Personen. Als weitere maßgebliche Initiatoren wurde nach bisher vorliegenden Erkenntnissen ein Gebrüderpaar [REDACTED] aus Rostock erkannt. Näheres ist zu diesen Personen zur Zeit noch nicht bekannt.

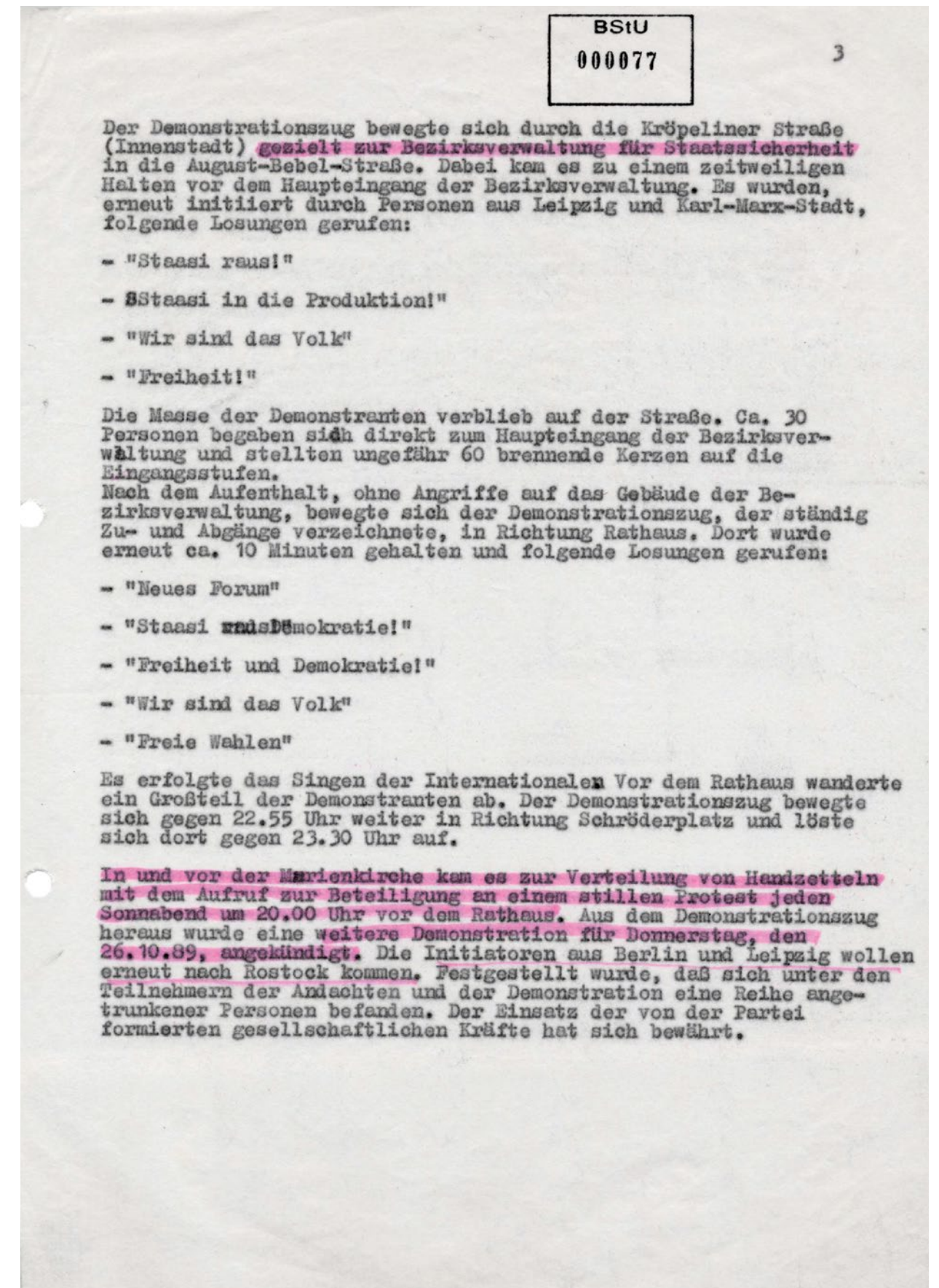


10



11

Abb. 10/11
Vor dem Dienstgebäude der Rostocker Bezirksverwaltung für Staatssicherheit stellen Teilnehmer der Demonstration am 19. Oktober 1989 Kerzen auf und bewegen sich in Richtung August-Bebel-Straße.
Fotos: BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 615, S. 16; S. 21

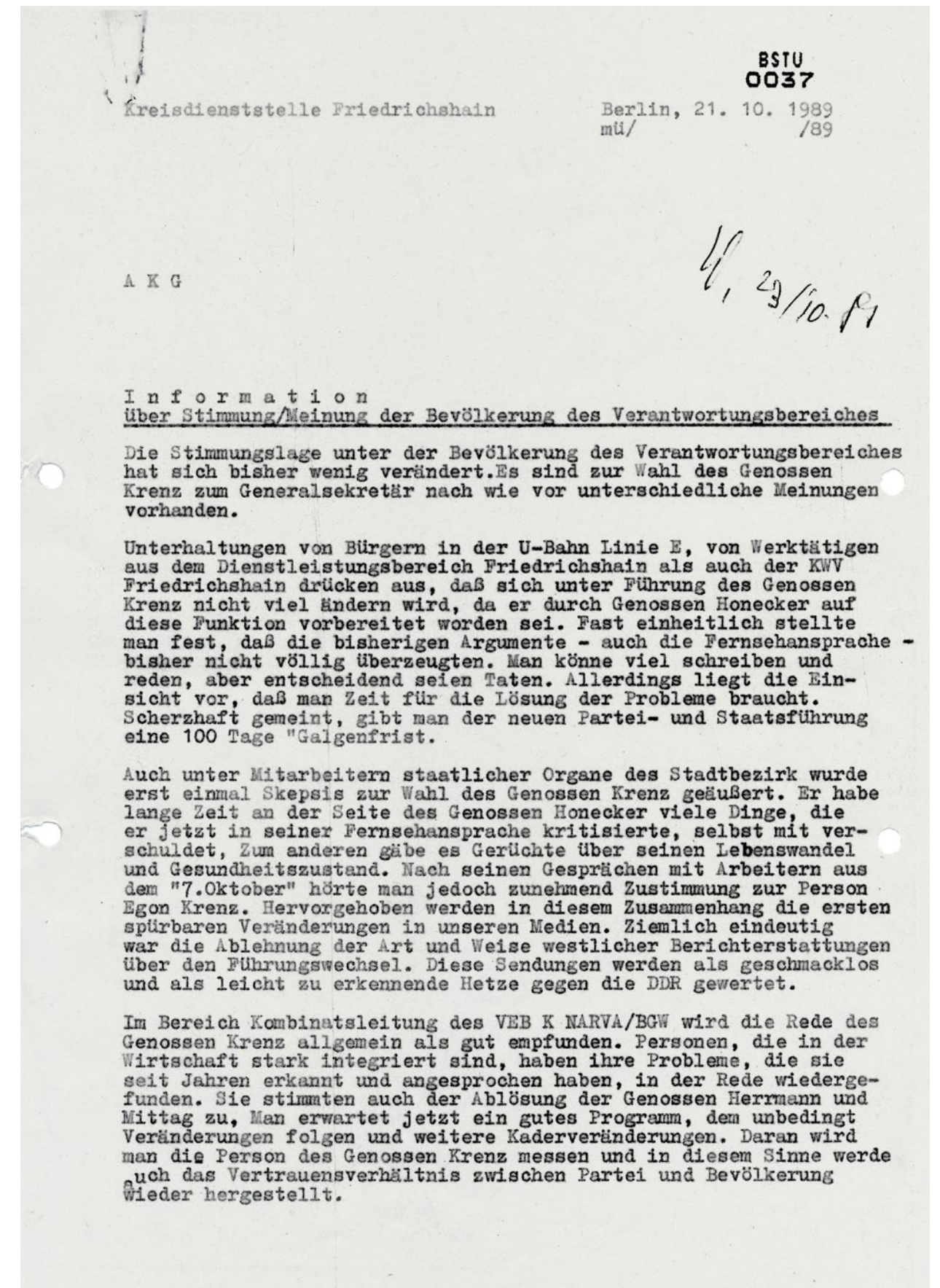


Demonstrationen überall

Die Demonstrationen fanden im Oktober 1989 immer größeren Zulauf und wurden zu einer Massenbewegung. Sie zeigten den tiefen Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in die DDR-Führung, den die Herrschenden nicht mehr ignorieren konnten.

Skepsis und Kritik an der SED-Führung griffen auch innerhalb des Parteiapparates um sich. Viele Menschen vermissten klare Schuldeingeständnisse für die Fehler der Vergangenheit und nahmen den Erneuerungsprozess der Staatspartei SED als unglaubwürdig wahr. So gingen die Demonstrationen auch nach der Ablösung von Erich Honecker und dem „Kurswechsel“ im Politbüro weiter. Nachdem der neue Generalsekretär Egon Krenz am 24. Oktober 1989 auch noch zum Staatsratsvorsitzenden gewählt wurde, protestierten die Menschen in Berlin und anderen Städten gegen diese Machtfülle, gegen die Politik der „alten Köpfe“, gegen die Gewalt der Sicherheitsorgane und gegen die Stasi. Auch die von Krenz propagierte „Politik der Wende“ sowie die Verkündung einer Amnestie für alle Flüchtlinge und Demonstrationsteilnehmer konnten die Bevölkerung nicht mehr davon abhalten, auf klare Entscheidungen und einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel zu drängen. Bürgerinitiativen riefen dazu auf, die Demonstrationen nicht einzustellen, bevor tiefgreifende Reformen in die Tat umgesetzt und es spürbare Veränderungen geben würde.

Die Staatsführung hatte die Situation auf der Straße nicht mehr unter Kontrolle. Die Stasi dokumentierte die „fortgesetzte Popularisierung“¹ des *Neuen Forums* und die Forderungen und Losungen der Demonstrationen, die sich jetzt überall in der DDR glichen.



¹ BArch, MfS, HA XX/9 Nr. 126, S. 2

Aufruf der Bürgerinitiative
NEUES FORUM Schwerin

BStU
000031

- Mit Demokratie zum Sozialismus!
- Zulassung des NEUEN FORUM und anderen demokratischen Initiativen
 - Gegen Gleichmacherei - für leistungsgerechte Bezahlung in ALLEN Bereichen
 - Uneingeschränkte Reisefreiheit für JEDE N!
 - Offene Medien - Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Dafür demonstrieren wir GEWALT FREI!
HELFT PROVOKATIONEN ZU VERHINDERN!
Angehörige der Sicherheitskräfte - Unterstützt einen friedlichen Verzweif!

Kinder werden im Kindergarten
7pothekerstr. 48
betraut

Nach der Demonstration
stehen einige Kirchen
offen

Treffpunkt: Montag, den 23. Oktober
17.00 Uhr auf dem Alten Garten

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Der Leiter

Schwerin, 21. Oktober 1989

BStU
000001

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-0002

BVIS SwN-Nr.: 203/89
33. Ausf. Bl./x. 1 bis 5

Befehl Nr. 1/89

zur Sicherung der politischen Großveranstaltung der Bezirksleitung der SED am 23. 10. 1989 in Schwerin - Alter Garten

Die Großveranstaltung hat das Ziel, in Auswertung des 9. Plenums des ZK der SED im Bezirk Schwerin alle Mitglieder der SED und alle Werktätigen zu mobilisieren für den Kampf um die weitere Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, insbesondere die konsequente Erfüllung der ökonomischen Aufgaben, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und den umfassenden Schutz unserer Errungenschaften und unserer Bürger vor jeglichen feindlichen Angriffen.

Unter maßgeblicher Führung feindlich-klerikaler und weiterer Exponenten des politischen Untergrundes planen oppositionelle Kräfte der Sammlungsbewegung "Neues Forum" zum gleichen Zeitpunkt eine "Demonstration" von mehreren tausend Beteiligten in der Schweriner Innenstadt mit dem Ziel, die Öffentlichkeit mit den provokatorischen Forderungen des "Neuen Forums" zur Destabilisierung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht zu konfrontieren und eine großangelegte Flugblattaktion durchzuführen.

Zur umfassenden politisch-operativen Sicherung der Großkundgebung am 23. 10. 1989

b e f e h l e i c h :

1. Alle Maßnahmen werden im Rahmen der Aktion

"Offensive"

durchgeführt. Die Aktion beginnt am 23. 10. 1989, 6.00 Uhr.

Die Aktion führe und leite ich persönlich.

Für alle Mitarbeiter der Bezirksverwaltung wird durchgehende Dienstdurchführung bis auf Widerruf befohlen.

AUFRUF ZUR GEWALTFREIHEIT IN UNSERER STADT

STADT U

000065

Gewalt ist kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten. Angesichts der aktuellen Situation in unserer Stadt halten wir jetzt für das Wichtigste:

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit.
2. Keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte.
3. Keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen.
4. Offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien.
5. Versammlungs- und Redefreiheit.
6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z.B. in Klubhäusern, Jugendklubs und auf städtischen Freianlagen).

Halle/S. den 15. Oktober 1989 Bürgerversammlung in der Pauluskirche

Kreisdienststelle Halle
Abschrift/schu

Halle, den 23. 10. 1989

BStU

000068

Tonbandabschrift

entgegenommen: Oltm. Konrad

Heute war ich ca. 17.30 h am Leipziger Turm. Auf dem Weg von dort zum Markt über den Boulevard erlebte ich mehrere demonstrierende Gruppen mit Plakaten, auf denen Losungen wie z.B. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit standen. Es war eine friedliche Demonstration. Ich schätze, daß alles zusammen max. 18000 Leute waren, wobei das sehr schwer zu schätzen ist. Zerstreut dazwischen waren Aktivitäten von Genossen der SED zu spüren. Sie mischten sich mit hinein in Gespräche. Diese Gespräche verliefen friedlich, aber durch die Bürger ziemlich hektisch. Ich hatte den Eindruck, daß es eine ehrliche Diskussion beider Seiten war. Soweit ich es mitbekam wurden diese Gespräche eigentlich positiv aufgenommen. Es wurden Fragen diskutiert, die die Bürger bewegt haben. Die Leute hatten Partner gefunden zum Gespräch. Die Leute von der SED haben Fragen konkret beantwortet und auch versucht auf jede Frage einzugehen. Mir ist aber auch aufgefallen, daß Menschen durch die Reihen gingen und laut klatschten, um die Demonstration zu unterstützen. Weiterhin standen auch mehrere Gruppen im Bereich Boulevard mit Kerzen, die keine weiteren Aktivitäten entwickelten. Ich bin dann weiter zur Moritzkirche und Probsteikirche gegangen. Da dort noch nichts los war ging ich in die Georgengemeinde. Bei der "Mahnwache" war ich kurz nach 18.00 Uhr. Es waren gute 100 Personen dort. Veränderungen zum Wochenende stellte ich nicht fest. 18.15 Uhr war ich in der Probsteikirche. Es waren etwa 200 Personen dann anwesend. Vorwiegend waren diese 25-30 Jahre in etwa. Der Abend wurde 18.30 Uhr von [REDACTED] mit einer Gedankenminute für alle verstorbenen der Gewalttätigkeiten der letzten Jahre eröffnet. Dann meldete sich eine männliche Person zu Wort. Er gehörte der kath. Gemeinden an, war mir aber unbekannt. Er begrüßte die Leute zu diesem Abend, der dem Frieden in der Stadt dienen sollte. Es wurde auch das "Vater unser" gebetet. Eine zweite Person (weiblich) meldete sich dann zu Wort. Sie war um die 30 Jahre, mittelgroß, schwarze längere Haare zum Zopf gebunden. Sie war Vertreterin der Georgengemeinde. Sie gab einen kurzen Kommentar über die Aufgaben der "Mahnwache", daß eben die Georgengemeinde die Aufgabe übernommen hat, hier in der Stadt Halle mit anderen Gemeinden, Inhaftierte, Unschuldige Leute wieder entlassen zu können. Oder anderen, die verhaftet

BStU 2
000069

wurden Beistand zu leisten.

Sie sagte, daß von seiten der kath. Kirche leider wenig Unterstützung für diese Aktivitäten gegeben werden. Es wurde aber auch gedankt der kath. Kirche, daß sie in die Kirche für diese Abende zur Verfügung stellt. Sie ging dann darauf ein, daß durch diese "Mahnwache" ihrerseits viele Leute wieder die Freiheit erlangten. Die Mahnwache soll solange existieren, bis der letzte frei kommt. Sie ging auf den Dialog mit dem Staat ein. Der Staat hat das Vertrauen verloren. Es ist das Anliegen der ev. und kath. Kirche insgesamt, den Dialog und das Vertrauen zu dem Staat wiederzugewinnen. Sie begrüßte auch das stattgefundene Gespräch mit dem OB, kritisierte aber, daß in den öffentlichen Medien nicht konkret wiedergegeben wurde, um was es inhaltlich ging. Dann wurden 7 oder 8 Fürbitten gehalten, z.B.

- Christus, du bist unser Wegbereiter, führe uns durch den Wirrwarr der Zeit
- Christus, du bist der Anfang und das Ende, zeig uns den Weg, der uns in eine glückliche Zukunft führt ([REDACTED])
- Herr erbarme dich derer, die unschuldig verhaftet sind, die in einer Gesellschaft aufgenommen werden können, die es ermöglicht wieder alle aufzunehmen
- Zeug uns diese Wege ohnHerr, die du prophezeit hast von Anfang bis Ende

Neben [REDACTED] kannte ich einen [REDACTED] der auch eine Fürbitte hielt. Es war so, daß die Personen vorgingen und die Fürbitten sprachen. Ich möchte einschätzen, daß es Kath. waren, die die Fürbitten hielten. Ich glaube, daß Protestanten die Fürbitten anders formuliert hätten, vielleicht mit mehr politischem Inhalt. Ca. 19.00 Uhr war Ende mit einem "Vater unser" für die Leute, die inhaftiert sind. Ich stellte nicht fest, daß etwas vorlesen wurde. Alle sprachen frei. Keine Hinweise auf weitere Aktivitäten oder Termine.

gez. IM der KD



12



13

Abb. 12/13
Demonstration am 23. Oktober 1989 in Halle. Auf ihren Transparenten fordern die Teilnehmer die Legalisierung des Neuen Forums, freie Wahlen, „Bananen statt Reformen“ und die Rehabilitation der politisch Inhaftierten.
Fotos: BArch, MfS, BV Halle, Abt. VIII, Fo 0017, Bild 0023; Bild 0017

400487

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM** offen **AUSGANG**
 (Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit _____ Flugzeug _____ Fu/FS-Nr.: **Vertrauliche Verschlusssache**
 VVS-o028

Absender: _____ Leiter _____ BVfS Gra-Nr.: **243/89**
 34. Ausf. Bl./Z. 1 bis 2

Empfänger: _____ alle SE, KD, OD _____

Gera, den 20. Okt. 1989

Öffentliche Demonstration oppositioneller Kräfte im Bezirk Gera

Durch die angestrengte Arbeit aller Mitarbeiter wurde bisher die Lage im Bezirk Gera beherrscht und es kam nicht zu gewaltsamen Ausschreitungen feindlicher Kräfte. Dafür spreche ich allen Angehörigen unserer Bezirksverwaltung meinen Dank aus und beauftrage Sie, diesen Ihren Unterstellten zu übermitteln.

Trotzdem erfordert die gegenwärtige Situation höchste Wachsamkeit, Einsatzbereitschaft und Ideenreichtum jedes einzelnen Angehörigen, um die vor uns liegenden Aufgaben erfolgreich zu realisieren.

So kam es am 19. 10. 1989 zur ersten öffentlichen Demonstration oppositioneller Kräfte im Bezirk Gera. Im Anschluß an eine Veranstaltung in der "Dreieinigkeitskirche" Zeulenroda formierte sich gegen 21.30 Uhr aus rund 2000 Personen, die sich zuvor innerhalb und außerhalb der Kirche aufgehalten hatten, ein Marschblock. Dieser zog in der Folge durch das Stadtgebiet von Zeulenroda und bewegte sich dabei an der Kreisdienststelle des MfS, dem VPKA und der Kreisleitung der SED vorbei. Vor dem Gelände unserer Dienststelle wurden Kerzen angezündet und auf der Umzäunung angebracht. Außerdem wurden neben Buh- und Pfuirufen folgende Sprechchöre gerufen:

"Stasi in die Volkswirtschaft"
 "Wir sind keine Fans von Egon Krenz".

Weitere Sprechchöre vor dem VPKA bzw. der Kreisleitung der SED waren

"Visa frei für CSSR"
 "Schließt Euch an"
 "Neues Forum"
 "Gorbi, Gorbi"
 "Mehr Demokratie".

Durch das besonnene Verhalten der eingesetzten Sicherungskräfte kam es zu keinen gewaltsamen Ausschreitungen.

I c h w e i s e a n :

1. Auf der Grundlage der Weisungen des Genossen Minister (VVS 71/89) und meiner Dienstkonferenz vom 8. 10. 89 sind alle Maßnahmen zum zuverlässigen Schutz und der Sicherheit der Dienstobjekte des MfS konsequent durchzusetzen. Insbesondere sind die Pläne zur Objektverteidigung unverzüglich auf ihre

Durchschläge/Durchschriften: _____ Stk. Geschrieben: _____ Gesehen: _____

Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM** offen **AUSGANG**
 (Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit _____ Fu/FS-Nr.: _____

Absender: _____ VVS Gra o028 • 243/89

Empfänger: _____

_____ den _____ 19____
 2

Aktualität zu überprüfen und im erforderlichem Umfang zu präzisieren. Der gesamte Mitarbeiterbestand der KD/OD, Abt. III, IX, XIV, XXII, WSE und PKE's ist nochmals einzuweisen und über die geltenden Wachvorschriften zu belehren.

2. Die inoffizielle Arbeit ist weiter zu qualifizieren, um Pläne und Absichten zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, anderen Gewaltakten, Angriffen auf Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane, Funktionäre und Mitglieder der SED sowie anderer progressiver Bürger rechtzeitig zu erkennen, aufzuklären. Auf dieser Grundlage sind schnellstmöglich Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Aktivitäten einzuleiten.

3. In Vorbereitung kirchlicher Veranstaltungen sind durch die zuständigen Abteilungen für Innere Angelegenheiten Gespräche mit den verantwortlichen Pfarrern und Superintendenten zu führen. Ich verweise dazu auf die Darlegungen im heutigen ND zum Zusammentreffen des Generalsekretärs unserer Partei, Genossen Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Leich. Dessen dort gemachten Äußerungen sind zitierfähig und können zur weiteren Beruhigung und Stabilisierung der Lage genutzt werden.

4. Alle kirchlichen Veranstaltungen sind mit inoffiziellen und gesellschaftlichen Kräften so zu sichern, daß Pläne zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erkannt und verhindert werden können.

5. Es sind alle offiziellen, inoffiziellen und operativ-technischen Potenzen und Möglichkeiten zu nutzen, um eine kurzfristige Identifizierung der Teilnehmer von Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen zu realisieren. Der Einsatz operativ-technischer Mittel hat grundsätzlich so zu erfolgen, daß dadurch keine Provokationen ausgelöst werden.

Ich verweise nochmals mit Nachdruck darauf, daß gegen friedlich verlaufende Demonstrationen keine restriktiven Maßnahmen durchzuführen sind. Die Anwendung der Schußwaffe ist grundsätzlich untersagt.

Dangrieß
 Generalmajor

Durchschläge/Durchschriften: _____ Stk. Geschrieben: _____ Gesehen: _____

Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____



Abb. 14
Vor dem Volkspolizeirevier in Gera stellen Demonstranten brennende Kerzen auf,
26. Oktober 1989.
Foto: BArch, MfS, BV Gera, KD Gera, 2902n,
Bild 0161



Abb. 15-17
Nach dem Friedensgebet in der Johanniskirche führt ein Demonstrationszug durch Gera,
26. Oktober 1989.
Fotos: BArch, MfS, BV Gera, KD Gera, 2902n,
Bild 0163; Bild 0178; Bild 0251

BStU
000002

Hauptabteilung XX

Berlin, 28. Oktober 1989

E i n s c h ä t z u n g

zu aktuellen Entwicklungen im Prozeß der Formierung
antisozialistischer Sammlungsbewegungen

In allen Bezirken der DDR setzt sich die Etablierung sogenannter Basisstrukturen des "Neuen Forums" (Wohngebietsgruppen, Kreisorganisationen, spezifische Arbeitsgruppen) fort. Es wird an der Absicht festgehalten, im Zusammenhang mit der Konstituierung auf Stadt- bzw. Kreisebene erneute Zulassungsanträge zu stellen. Eine derartige Entwicklung ist auch in den Nordbezirken festzustellen, für die seitens der Führungskräfte des "Neuen Forums" bisher ein "Nachholebedarf" konstatiert worden war.

Vorgesehen ist, nunmehr über die Bildung territorialer Sprecherräte auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene auch Voraussetzungen zu schaffen, um die angestrebte "basisdemokratische" Herausbildung eines zentralen Leitungskreises (auf Delegierungsbasis) zu forcieren.

Während der Veranstaltung "Gebet für gesellschaftliche Erneuerung" vom 23. 10. 1989 im Dom von Magdeburg wurde eine "Sonderausgabe Bezirksinfoblatt Magdeburg" vorgestellt, in dem über Zielstellungen und Standpunkte des "Neuen Forums" informiert wird. Hingewiesen wird auf das ab November regelmäßige Erscheinen dieses "Infoblattes", für dessen Herstellung eine "Redaktionsgruppe im Kontaktbüro Magdeburg" verantwortlich sei. Die aktiven Gruppen in den Städten und Kreisen des Bezirkes werden aufgefordert, über das "Zeitgeschehen und vor allem zu Aktivitäten auf allen Ebenen" Beiträge zuzusenden.

Auch weiterhin erfolgt insbesondere in kirchlichen Einrichtungen eine fortgesetzte Popularisierung der Tätigkeit des "Neuen Forums", verbunden mit der Verbreitung von Dokumenten und mit Unterschriftensammlungen für die Zulassung des "Neuen Forums". Zum Teil werden auch Geldsammlungen für die Unterstützung der Tätigkeit des "Neuen Forums" durchgeführt. So wies z. B. der als Bezirksverantwortlicher des "Neuen Forums" Karl-Marx-Stadt fungierende BÖTTGER, Martin darauf hin, daß allein in der Lutherkirche/Karl-Marx-Stadt ein Beitrag von 17 000,- M für das "Neue Forum" gesammelt worden sei.

BStU
000003

2

Zum weiteren Vorgehen der Personenkreise des "Neuen Forums" ist insgesamt einzuschätzen, daß sich eine Polarisierung der Kräfte dahingehend abzeichnet,

- sich der Organisation von Demonstrationen zuzuwenden;
- sich inhaltlich auf die Hauptforderungen,
 - Zulassung oppositioneller Gruppen,
 - Demonstrationsfreiheit/Pressefreiheit (Zugang zu den Medien),
 - Veränderung des Wahlrechtes,
 - umfassende Aufklärung angeblicher Gewaltakte der Schutz- und Sicherheitsorgane und Bestrafung der Verantwortlichen
 zu konzentrieren, verbunden mit fortgesetzten Angriffen gegen Genossen Egon KRENZ, besonders gegen dessen Wahl als Vorsitzenden des Staatsrates der DDR;
- neue Wirkungsfelder innerhalb befreundeter Parteien (vorrangig LDPD, CDU) und auch in den Gewerkschaften zu erschließen und gemeinsam mit Kulturschaffenden zu handeln.

Zugleich besteht nach wie vor eine Differenziertheit unter den Akteuren des "Neuen Forums" hinsichtlich ihrer Auffassungen über die Ziele und Wege des weiteren Vorgehens.

So äußerte z. B. PFLUGBEIL mehrfach intern sowie öffentlich, daß er ebenfalls für ein Demonstrationsrecht, jedoch zugleich für besonnenes Handeln eintrete und gegen das Erheben "radikaler Forderungen" wäre. Er sprach sich auch für die Notwendigkeit aus, Grundwerte des Sozialismus, wie das sozialistische Eigentum, Bildungschancen für jeden, Recht auf Arbeit und Wohnung, unbedingt zu erhalten.

Prof. REICH, zusammen mit PFLUGBEIL Teilnehmer des Gespräches mit Genossen SCHABOWSKI vom 26. 10. 1989, äußerte zur Bewertung dieses Gespräches während der Veranstaltung vom 26. 10. 1989 "Gespräch mit Erstunterzeichnern des Neuen Forums" in der Christusgemeinde/Berlin-Köpenick, es habe einen hohen informativen Inhalt gehabt, jedoch wären zu wenig Festlegungen getroffen worden. REICH betonte die Notwendigkeit, beabsichtigte Demonstrationen anzumelden und über Zielstellungen, Demonstrationswege und vorgesehene Kundgebungsorte zu informieren, damit durch die VP geeignete Maßnahmen zur ruhigen und ungehinderten Demonstrationsdurchführung eingeleitet werden können. Konfrontative Kräfte müßten durch Teilnehmer von Demonstrationen am Agieren gehindert werden. REICH sprach sich für eine Beteiligung an den in Berlin stattfindenden Bürgergesprächen aus.

BSU
000004
3

Die zur gleichen Veranstaltung anwesende BOHLEY trug im wesentlichen die Positionen des Gründungsaufzuges des "Neuen Forums" vor. Sie informierte, daß sie sich mit Vertretern der "Charta 77" verständigen wolle und forderte erneut die Einreise für BIERMANN sowie auch für weitere Künstler/Kulturschaffende.

Zu beachten sind auch Hinweise zum Auftreten von BOHLEY zusammen mit dem operativ bekannten WEIßHUHN während einer Veranstaltung der CDU-Ortsgruppe Berlin-Lichtenberg vom 25. 10. 1989 (auf Einladung der CDU-Ortsgruppe). Die BOHLEY ließ auf entsprechende Anfrage erkennen, daß sie die führende Rolle der SED nicht grundsätzlich ablehne. Sie betonte, es müsse "nur erkennbar sein, daß sie allen dient und sichtbar erlebbar ist".

Nachdem WEIßHUHN das angesprochene Fehlen des Wortes Sozialismus im Gründungsaufzug als Fehler bezeichnete, erklärten beide übereinstimmend, daß es in der DDR genügend Möglichkeiten in den vorhandenen Parteien und Organisationen zur aktiven Mitarbeit gäbe.

Zur weiteren Entwicklung des "Neuen Forums" äußerte die BOHLEY, daß sich das "Neue Forum" auflösen würde, wenn sich in der DDR eine Wende und Entwicklung vollziehe, die ihren Vorstellungen entspreche. (Eine gleichartige Erklärung war bereits durch PFLUGBEIL in einer früheren Gesprächsveranstaltung abgegeben worden.) Die BOHLEY gab zu erkennen, weitere Gespräche mit der CDU führen und künftig auch mit Fragen und Problemen an die Parteileitung der CDU herantreten zu wollen.

Dem vorgenannten gemäßigten Auftreten stehen neben dem aggressiven Stil eines anonymen Aufrufes zur Demonstration am 4. 11. 1989 in Berlin erneut bekanntgewordene massive negative, z. T. provokatorische Erklärungen und Verhaltensweisen von Kräften des "Neuen Forums" gegenüber, insbesondere von solchen Personen, die bereits in der Vergangenheit als Organisatoren und Unterstützer provokativ-demonstrativer Aktivitäten in Erscheinung traten. In besonderem Maße widerspiegelt sich dies in dem verstärkten Wirksamwerden zur Initiierung und Organisierung von Demonstrationen.

So wurden die Teilnehmer an der Demonstration vom 23.10.1989 in Magdeburg maßgeblich durch den Auftritt des TSCHICHE, Hans-Jochen/Magdeburg (Erstunterzeichner) im Rahmen der Veranstaltung "Gebet für gesellschaftliche Erneuerung" zur Formierung des Demonstrationenzuges im Anschluß an die Gebetsveranstaltung veranlaßt. TSCHICHE hatte hierbei u. a. erklärt, jetzt sei die Zeit gekommen, wo das Unzufriedenheitspotential auf die Straße gehen müsse. Die erreichte Qualität des "Neuen Forums" ermögliche es, mittels gewaltfreier Demonstrationen "die staatlichen Machthaber zum Dialog zu zwingen". (Im An-

BSU
000005
4

schluß an die Demonstration, an der sich ca. 7 500 Personen beteiligt hatten, wurde im Magdeburger Dom eine "Siegessäule" veranstaltet.)

Erneut bestätigte der operativ bekannte BOTTGER, Martin/Karl-Marx-Stadt (Anmelder und Bezirksverantwortlicher) seine Rolle als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen, indem er mit seinen Forderungen während des Podiumsgesprächs zur "Friedensandacht" in der Zwickauer Lutherkirche - man müsse mittels Demonstrationen den Druck verstärken - im Zusammenwirken mit dem [REDACTED] maßgeblich zur anschließenden Formierung eines Demonstrationenzuges (1 700 Personen) beitrug.

Auch der "Sprecherrat" des "Neuen Forums" Halberstadt trat als Organisator einer Demonstration (für die Zulassung des "Neuen Forums") am 25. 10. 1989 in Halberstadt im Anschluß an eine Gebetsveranstaltung in Erscheinung.

Hinzuweisen ist auch auf:

- [REDACTED]
Pfarrer der evangelischen Erlöserkirchgemeinde
Potsdam,
der erklärte, Einzelaktionen, wie am 21. 10. 1989 (Demonstration mit geringer Beteiligung in Potsdam) seien ungeeignet. Es müßten nunmehr durch das "Neue Forum" größere Aktionen vorbereitet werden. [REDACTED] meldete für den 4. 11. 1989 in Potsdam eine Demonstration an. Intern äußerte er, die Anmeldung sei lediglich als Test, keinesfalls als Bitte zu bewerten.
- [REDACTED]
Leiter der "Arbeitsgruppe Wahlrecht des Neuen Forums"
Karl-Marx-Stadt,
der während der Gründungsveranstaltung am 24. 10. 1989 in der Johanniskirche Karl-Marx-Stadt mit der Forderung in Erscheinung trat, die führende Rolle der SED müsse beseitigt und die Zulassung des "Neuen Forums" als "Dachorganisation" aller Oppositionsgruppen erreicht werden. [REDACTED] forderte dazu auf, weniger zu diskutieren und statt dessen mehr Forderungen zu stellen.

BSTU
0006

Information über die Demonstration am 30. 10. 1989

Am 30. 10. 1989 kam es erneut zu einer Demonstration im Stadtzentrum von Leipzig, an der ca. 200.000 Personen teilnahmen, darunter wiederum eine beachtliche Zahl aus anderen Bezirken, die mit Pkw bzw. Reichsbahn angereist waren.

Die montäglichen Friedensgebete am 30. 10. 1989 fanden in den wiederum vollbesetzten 6 Leipziger Kirchen (ca. 7.500 Personen) sowie erstmals in der kurzfristig einbezogenen Friedenskirche Leipzig-Gohlis (nur 50 Personen) in der Zeit von 17.00 bis 18.00 Uhr statt.

Die in allen Kirchen von den Pfarrern getroffenen Aussagen (u. a. zum Gespräch des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes mit kirchlichen Amtsträgern am 26. 10. 1989; Aufforderung zu weiterer Gewaltlosigkeit und Besonnenheit; weitere Sammlung von "Zeugnissen der Betroffenheit" zu Handlungen der VP) waren ohne besondere operative Relevanz.

Der Verlauf des Friedensgebetes in der Nikolaikirche wurde auf dem Vorplatz vor ca. 6.000 Personen mit Lautsprechern übertragen.

BSTU
0007

2

18.08 Uhr begann die Demonstration aus dem Raum Grimmaische Straße/Karl-Marx-Platz, von wo aus sie sich über den Leipziger Promenadenring bewegte.

19.25 Uhr erreichte die Spitze des Demonstrationszuges wieder den Karl-Marx-Platz und traf auf dessen Ende; zu diesem Zeitpunkt begann die Auflösung, die 20.30 Uhr beendet war.

Die zahlreich mitgeführten Transparente und Plakate (laut Angaben der VP ca. 500) beinhalteten *vor allem*

- Angriffe gegen die SED (in z. T. aggressiv angelegten Texten wurde die Aufgabe des Führungsanspruches der Partei und der Rücktritt von Parteifunktionären gefordert; das kam u. a. in solchen Losungen zum Ausdruck wie "Demokratie statt SED - Machtmonopol", "Gegen Wahrheitsmonopol - Führungsanspruch - SED", "Wir stellen die Machtfrage", "Kein Dialog mit Parteidonzen, weg mit der ganzen Bande");
- Forderungen nach sog. "Freien Wahlen" - Angriffe auf die Ergebnisse der 10. Volkskammertagung, wie "Freie Wahlen - wahre Zahlen", "Wir fordern freie Wahlen - keine erneute Machtanballung", "Das Volk will selbst wählen - Egon, nein danke", "Volksentscheid zu Führungsanspruch und Machtkonzentration sofort";
- Forderungen nach Zulassung des "Neuen Forum", wie "Krenz't das Neue Forum nicht aus", "Zulassung des Neuen Forum", "Testfall der Demokratie: Zulassen des Neuen Forum", "Wer zu spät kommt, den straft das Leben - deshalb Neues Forum jetzt!";

BSTU
0008

3

- Verschiedene Forderungen, wie sie sich derzeit in den Dialogveranstaltungen widerspiegeln (Reise-, Meinungs-, Pressefreiheit; Abschaffung von "Privilegien", Reformen in Wirtschaft, Volksbildung u. a.);
- Angriffe gegen das MfS (geringe Anzahl - Texte: "Staasi in die Volkswirtschaft, das schafft Wirtschaftskraft", "Mielke, wir sind dein Tod", "Mielke, deine Tage sind gezählt".

Darüber hinaus beinhalteten Texte von Transparenten/Plakaten Forderungen nach

- Beseitigung der "Mauer",
- Schaffung eines zivilen Wehersatzdienstes,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt,
- Schaffung "Freier Gewerkschaften" u. a.

Ein Teil beinhaltete Ablehnung bisher tätiger Funktionäre der Partei und des Staates ("Neue Politik mit alten Leuten?", "Alte Köpfe - Neuer Hut, das geht bestimmt nicht gut", "Bongen nehmt das Mäntelchen aus dem Wind" u. a.).

Skandiierte Sprechchöre beinhalteten u. a.

"Gorbi, Gorbi"

"Freie Wahlen"

"Wir sind das Volk"

"Neues Forum zulassen" (mehrfach und abgewandelt)

"Für das Politbüro die Mindestrente".

Die Atmosphäre unter den Demonstranten war durch eine höhere Aggressivität gekennzeichnet.

BSTU
0009

4

x
zeitweilig bis zu ⁴ 5.000 Personen

Am Dienstgebäude der Bezirksverwaltung kam es zu mehrfachem Verharren eines Teils der Demonstrationsteilnehmer und lautstarkem Rufen von Sprechchören ("Staasi in die Volkswirtschaft", "Staasi raus", "Wir verdienen Euer Geld", "Staasi aus der Demo raus", "Schämt Euch was", "Faulenzer", "Aufwiedersehen, wir kommen wieder").

Versuche von Demonstrationsteilnehmern, sich mit brennenden Kerzen dem Gebäude zu nähern und diese abzustellen, wurden durch Personen aus dem Kreis der Demonstranten (kirchliche Kreise und Vertreter des "Neuen Forum"), die eine "Sperrkette" vor dem Gebäude gebildet hatten, unverzüglich verhindert bzw. unterbunden. Dazu wurde ein Transparent mit der Losung "Neues Forum, es geht nur ohne Gewalt" gut sichtbar gehalten.

Während der Demonstration kam es zu keinen Gewalttätigkeiten. Die Atmosphäre war außerordentlich gespannt.

Vor dem Neuen Rathaus hielten sich zeitweilig mehrere tausend Personen auf, die den Oberbürgermeister zum Gespräch forderten. Der Oberbürgermeister stellte sich dem Gespräch nicht, obwohl er sich im Rathaus aufhielt; die Ansammlung löste sich gegen 21.00 Uhr auf.

Der 1. Sekretär der SED-Stadtleitung Leipzig sowie Mitglieder des Sekretariats und der Oberbürgermeister sowie Ratsmitglieder hielten sich auf dem Karl-Marx-Platz ab 17.00 Uhr auf und führten mit einem geringen Teil von Anwesenden bis 18.15 Uhr Gespräche.

BSTU 0001

VPKA Suhl, Komm. I

Suhl, 01.11.1989

Informationsbericht

Stimmungen, Meinungen und Diskussionen

(IKMO "Robert")

Ein Arbeiter aus dem VEB Elektrogerätewerk Suhl, parteilos, ca. 45 Jahre berichtet über den Dialog am 30.10.1989 in der Stadthalle in Suhl:
Teilnehmer in der Stadthalle ca. 4.500 und vor der Stadthalle ca. 2000.

Der behandelte Themenkreis war vielseitig. Es wurden teilweise unsachliche und unlogische Diskussionen geführt. Die Partei- und Staatsführung, speziell im Bezirksmaßstab, stand im Feuer der Kritik.

Äußerungen der Teilnehmer:

- Privilegien der hohen Parteifunktionäre müssen abgeschafft werden; Sozialismus für alle, nicht nur für einen ausgewählten Personenkreis;
- Abschaffung der Deli- und Exquisitgeschäfte, erschwingliche Preise mit Ausgleich;
- die Priorität der SED als führende Kraft im Sozialismus soll nach ungarischem Muster verändert werden;
- FDJ-GO sollen nur auf freiwilliger Basis entstehen;
- ZK und Politbüro muß personell verändert werden (Verjüngung);
- wie ist die Gesamtsituation entstanden; (Rosa Luxemburg wurde zitiert -zeitbezogen);
- Massenmedien sollen umfassend, nicht nur DDR-bezogen, allseitig informieren;
- der Beamten und Angestelltenapparat ist für unsere Volkswirtschaft nicht mehr tragbar (Frage des Gehaltes und der Entlohnung)
- Handel und Versorgung sowie Gastronomie sind unbefriedigend (Obst, Gemüse);
- Ersatzteileproduktion in allen Teilen mangelhaft;
- sofortige Abwählbarkeit aller unfähigen Volksvertreter, bis ins höchste Gremium
• Verantwortlichkeit der Abgeordneten muß strenger gehandhabt werden (Rechenschaft ablegen);
- der Umgang der Behörden mit den Bürgern unseres Staates im Allgemeinen und im Besonderen ist überprüfungsbedürftig;
- Frage im Zusammenhang mit der Änderung unseres Reisegesetzes: Was ist unser Geld denn wert, wenn man verreisen will;
- [redacted] verliert ihre Geldbörse beim Friseur mit jeder Menge Westgeld darin; wo kommt es her?

2.11.89

BSTU
00000

Bericht

Zur Demonstration in Zumbach am 1.11.89

Über diese Demo erfahre ich durch meinen Klassen-
nachbarn [redacted], [redacted]

Nach meinem Dafürhalten beteiligten sich ca. 4000
Personen welche vor dem Kopf der Stadt zogen um
dort ihre Forderungen und Bedenken zum Ausdruck
zu bringen.

Ich muß einräumen, daß diese Demo organisiert
war zumal sich vor dem Rathaus die
Zumbacher Gruppe „Neues Forum“ vorstellte.

Dabei handelt es sich als Leiter um den
[redacted], der die Absichten
und Verhalten dieser Gruppe formulierte. Sie
waren nahezu deckungsgleich mit denen, die
in der „FP“ veröffentlicht wurden. Zur
Gruppe gehörten darüberhinaus 7 Schüler und
ein selbständiger Handwerker.

Anschließend wurde verkündet, daß ein Bezirksbeauf-
tragter anwesend sei, der in Zukunft den
Landkreis betreuen sollte. Dabei handelt
es sich nach eigenen Angaben um einen
aus [redacted]

- 2 -

BStU
 000003

Zu den aufgeworfenen Fragen nahm die Bürgermeisterei Mitter Stellung. Soweit ich mitbekam, wurden folgende Fragen aufgeworfen:

- Bezahlung miteinander Gemeindemitgliedern in besondere Sparten
- Was kostet die neue Galerie „Li“ in Limbach
- Bauarbeiten und Wohnungsvergabe
- Problem Überfrequentierung von Limbach durch Vietnamesen
- Anstrich des Rathauses - was mit mir mußte sowie weitere territoriale Probleme

Aus den Antworten der Bürgermeisterei heraus konnte ich feststellen, daß viele Bürger diese Antworten als unzureichend bezeichneten und nicht damit zufrieden waren.

Auf Grund persönlicher Probleme konnte ich nicht bis zum Ende der Demo bleiben, weshalb aber den mir bekannten [REDACTED] aufnehmen um mit ihm über weitere Vorkabel der Gruppe zu sprechen.

Dietrich Reif



18



19

Abb. 18/19
 Demonstration durch die Stadt Limbach-Oberfrohna
 zum Rathaus, 1. November 1989
 Fotos: Karl-Heinz Neuhaus

cfs 3018
ausnahme

BStU
000038

GVS	VVS	CFS-Nr.: 3018
Datum	Zeit	Sig.
1.11.89	13 ³⁰	Q.
Empf. versch. am:		am:

Leiter kd und struktureinheiten

dok. L/1 - 326/89, Ex. 38
dokumentenstelle

im auftrage des leiters der bezirksverwaltung teile ich ihnen mit, dasz es angehoerigen ihrer diensteinheit untersagt ist, weder als angehoeriger unseres organs noch als buerger an foren, gleichgueltig wer dabei als organisator in erscheinung tritt, in der gegenwaertigen zeit teilzunehmen.

durch die leiter der kreisdienststellen ist bei bitten der 1. sekretaere und anderer leitender funktionaere, aus gruenden des personenschutzes mitarbeiter bereitzustellen, so zu verfahren, dasz den 1. sekretaeren empfohlen wird, dafuer ihre mitarbeiter fuer sicherheitsfragen zum einsatz zu bringen. durch die leiter der kd ist der leiter der bezirksverwaltung ueber derartige absichten in jedem falle zu informieren.

bv frankfurt (0)
leiter
i.v. radziej/oberst

verteiler L/1-326/89

angermuende 38 ex.
beeskow 39. "

Gen. Radziej
Mi. Ex, 17.11.89, VII, IX, XI
(12)

BStU
0052

Das NEUE FORUM ruft auf zur Demonstration!

Frankfurter Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Versammelt Euch am Mittwoch, dem 1. 11. um 19.00 Uhr
vor dem Hotel Stadt Frankfurt!

Zieht mit über Karl-Marx-Str., Rosa-Luxemburg-Str., Mehringstr.
zu unserem Rathaus!

Demonstriert für die Zulassung des NEUEN FORUM
Meinungsfreiheit
Versammlungsfreiheit
Pressefreiheit

Beteiligt Euch mit Transparenten und Plakaten
mit brennenden Kertzen
mit zündenden Losungen

Beachtet stark: keine Gewalt
keine Provokationen
Gesprächsbereitschaft
(vielleicht kommt es zu Kontakten
mit Andersdenkenden,
mit Funktionären,
mit Polizisten...)

W I R S I N D D I A L O G B E R E I T !

Kommt mit!

Ladet ein!

Geht diesen Aufruf weiter!

Der Sprecherrat des NEUEN FORUM Frankfurt / Oder

Gen. Radziej hat Kenntnis

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Frankfurt/O.
Kreisdienststelle Angermünde

Angermünde, den 03.11. 1989
thö-wi 2559 / 1989

BSTU
0002

*FG NF / Info. an
MA XX
→ ST*

- Persönlich -
Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Frankfurt/O.
Leiter
Abteilung XX

Frankfurt/O.

Erkennungszeichen "Neues Forum"

In der Anlage übersende ich eine Fotokopie des Erkennungszeichen des "Neuen Forums". Dieses soll nur im Besitz von aktiven Mitarbeitern des "Neues Forums" sein und dazu berechtigen, alle Literatur des "Neues Forums" zu empfangen.

Der Schein ist beidseitig rot-weiß. Die Nr.: 495361 89 soll folgende Bedeutung haben:

- 49 Gründung der DDR
- 53 Putschversuch
- 61 Mauerbau
- 89 Untergang DDR.

Das Original wurde von einem IM beschafft, mußte aber zurückgegeben werden. Besitzer ist der Sohn der Quelle, welcher an der Humboldt-Universität Berlin studiert und eingeschriebenes Mitglied des "Neuen Forums" ist.

Ich bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

Leiter der Kreisdienststelle

[Signature]
i. V. Thömel
OSL

Anlage
2 Fotokopien



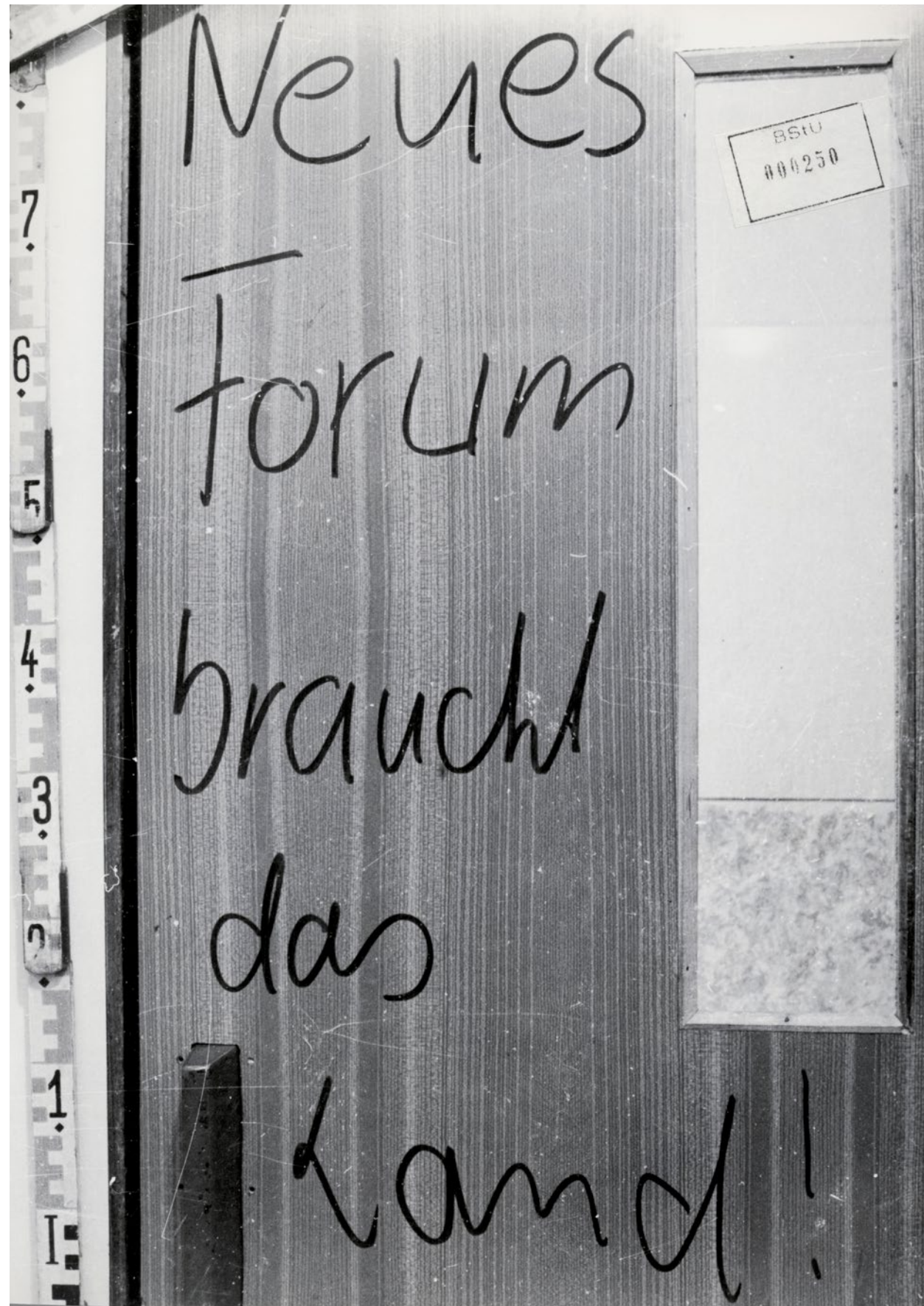


Abb. 20
„Neues Forum braucht das Land“ – eine Losung, die an die Innenwände eines
Magdeburger Fahrstuhls geschrieben und von der Stasi protokolliert wurde.
Foto: BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Magdeburg Nr. 13389, S. 250

20

BSTU
000032
LEI 3029183

BV Dresden
Pers. MA d. Ltr. Dresden, 6.11.1989

H. P. K.
im Inf. am
ZP 16, ausf. ...

Information

Am 3.11.1989, 19 Uhr fand im Staatstheater Dresden "Kleines Haus" eine Festveranstaltung aus Anlaß des 72. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt, zu der die Bezirksleitung Dresden der SED, der Rat des Bezirkes Dresden und der Bezirksausschuß der Nationalen Front der DDR eingeladen hatte.

Es war aus meiner Sicht - und viele eingeladene Genossen empfanden das ebenso - empörend, in welchem Zustand sich die Empfangshalle und die Vorräume zum Theatersaal präsentierten.

Auf Packpapier aufgeklebt fand man überall an den Wänden Protestresolutions der Theaterschaffenden aus allen Bezirken der DDR, gerichtet gegen Partei und Regierung, es wurden Erläuterungen zum "Neuen Forum" gegeben und ein Auszug aus der Protestresolution der Berliner Theaterschaffenden mit Forderungen an den Minister des Innern und den Minister für Staatssicherheit, endlich in der Öffentlichkeit zu den Übergriffen Stellung zu nehmen und die Schuldigen zu bestrafen, ragte als Plakat von der Decke herab. Auch an den Wänden der Theatervorräume in der 1. Etage konnte man nur Beschimpfungen der Partei und Regierung lesen, das Wort "Sozialismus" war allerdings nicht zu lesen.

Es war m. E. beschämend, auch vor allem gegenüber unseren Freunden, daß ca. 120 bis 150 Plätze in diesem kleinen Theater frei blieben, allein auf den ersten 6 Reihen habe ich 50 freie Plätze gezählt.

Auf einer Liste waren Namen von Psychologen aufgeführt, an die sich alle Personen wenden könnten, die durch die Übergriffe der Sicherheitsorgane vom 3. bis 8. 10. 1989 in Dresden psychische Schäden erlitten haben.

Die Festrede wurde von der Genn. Fink, Sekretär für Kultur der BL der SED, gut verlesen, war aber angelegt wie eine Buchlesung mit vielen Zitaten über die GSOR wie z. B.

"Größtes gesellschaftliches Ereignis seit Christi-Geburt".

Auf die aktuelle Lage eingehend, machte sie die Bemerkung, daß die bisherigen gesellschaftlichen Strukturen nicht ausreichen würden, um die derzeitigen Probleme zu lösen.

Das anschließende Kulturprogramm wurde vom Staatlichen Ensemble für sorbische Volkskultur Bautzen gestaltet, es kam bei den Teilnehmern gut an.

7.11
4.
XX/XX/XX
XX/17
Wir brauchen
mehr Infos
ausbauen!
H.

Selmerich
Jehlich
Oberstleutnant

Der 4. November 1989

Für den 4. November 1989 hatten Theaterschaffende eine Demonstration gegen Gewalt und für verfassungsmäßige Rechte im Stadtzentrum Ost-Berlins angemeldet. Sie beriefen sich dabei auf Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR, die – zumindest in der Theorie – allen Bürgern Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit gewährten, und forderten damit deren tatsächliche Umsetzung ein.

Zum ersten Mal genehmigten die Machthaber eine solche öffentliche Veranstaltung, die auch in den Medien angekündigt wurde. Dennoch wollten SED und Stasi nach wie vor mögliche Provokationen verhindern und leiteten „Sicherungsmaßnahmen“ ein, die sich am Tage der Veranstaltung v.a. auf die Beobachtung des Geschehens konzentrierten. Zur Absicherung des Großereignisses wurde eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei, Grenztruppen und dem Veranstalter vereinbart. Zivile Ordnungskräfte, die an einer Schärpe mit der Aufschrift „Keine Gewalt“ zu erkennen waren, trugen dazu bei, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstration und Kundgebung zu gewährleisten.

Aus Sicht der Stasi berichten die folgenden Dokumente über den Verlauf der Demonstration und über die Ansprachen von bekannten Intellektuellen und Künstlern sowie von einigen Parteifunktionären auf der anschließenden Kundgebung auf dem Alexanderplatz.



21

Abb. 21
 Aufruf vom Verband der Theaterschaffenden
 zur offiziell angemeldeten Demonstration gegen
 Gewalt und für verfassungsmäßige Rechte am
 4. November 1989
 BArch, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg 692, S. 92

BSTU
0157

Auswertung Bergrat. für Schwarte

30.10.89

Vorbereitung d. MfS auf Demo. 4. 11.

10⁰⁰ h Beginn, Ende gegen 14-15⁰⁰h

Treffpt.: ADW (Tide/Kumpfeld location)

emotional aufgeladen

Tribüne vorst. Alex. u. Konfig. Halle - Strauß. Platz ↔

Hochmeister

18 Redner / Mühe / Stall, Gysi, Wolf, Seidel, MfK

Reich, Janka, Stein, Byski,

Vorankp. - Lt. Skalles -

Art. 27/28 d. Verfassung

auf Vertreter aus Dresden - bis zu 500 000 Personen

Losj. Fototechnik mitbringen

Aufg. - Konzeption für Inhalt u. Ablauf

• gekennzeichn. Ort (Pappmuseen)

Wegstrecke

? Keine Beschränkung, öffentl. Verkehr

1. grundsätzl. Verantwortl. im Offiziell -

zahlreiche zentrale Objekte / Stadtgrenze -

Losj. Ruhe u. Reden Druck ausüben für weitere

Reformen (Anfrage gegen Silbatsorgane)

man will Gewaltfrei demonstrieren -

Am Wende Dialog aufkommen -

(Opposition, Radikalisierung resist. Tage werden

aktiv - stark aggressiv)

auch Rednj. stellen, daß diese mehrfach wiederholt

u. erweitert wird der milit. Streik - auch

! Hinweise zum nehmen!

Falle d. Korrespondenten - unempfindliche Netze -

implikationen

H. 11. insgesamt, da Plenum am 8. 11.

0158

Stab im BC gebildet - Ly. Sen. Mittel -

Es war schnell. Kräfte - eine Umkehrung d. Verantwortl.

führte zu Konfrontation!

Lt. BV Bln veranw.

Einsetzungsbeginn 6⁰⁰ Uhr - Führungspt. VP-Präsidenten -

MfS, sofort weiterleiten - zentrales Führungspt. Informator

über konkrete Lage ZOS -

MA des MfS kommen nur geduldet wenn Einsatz / Dokument

Alle MfS zu Vorbereitung u. während Aktion aus zentralen

Führungsstab -

Videotechnik von II, VIII u. ZMG einsetzen - alle ausblenden

Probleme mit politischem Mittel lösen

alles in gedruckter Form durchzuführen

Wirts. untergeordnet lassen -

Steuerung Objekte II ausleitend Kräfte bereitstellen -

Kreis, wo Kräfte stationieren -

Jedes Organ trägt seine Verantwortung -

Sichern Dullaß für Havarien Rot-Kreuz - Fallreserve -

Mit Pressejournalisten unter Demonstranten gehen!

• Exakt - reaktives MfS und Übergabe an BV Bln (für alle DE)

• spezif. Maßnahmen des MfS sind gleich zu bestimmen -

Wichtig. soll heute mal raus -

Maßnahmenpläne über ZOS erstellen über ZOS

BV Bln I, II, VII, VIII, XVIII, XIX, XX, PS

Es ist alles offen! mit unbekanntem Gegenstand, reaktiv -

Stellplatz schon in Frage gestellt -

SP: Sitz Staatsgrenze / Güst

Objekte MfS

spät geplante Verfahren aufklären, sofort signalisieren
schnell informieren -

BSTU
0159

Kräfte national einsetzen -
Kräfte nur bei ganz spezifischen Situationen mitführen -

Oppositi. der DDR sollte sich artikeln
4. 11. im Haupt. rote, plebiscit. in Berlin !!

• Loyale Kräfte müssen sich artikulieren - inländ. Möglichkeiten nutzen -

Objektivität -
aufbringen -

• Zeugen für Gewaltverbrechen -
• Jb. mit Brisanz od. unkl. umbed. Objektivität -

Folgt Videotext durch MfS durch HA gefällig - wird nicht
gestaltet -

• Beside aufmerksam machen auf bestimmte Bedürfnisse -
im Ziel Stadt / Szene -

Bericht: Gen. Slesavitz 3. 11. 89

noch Einsatzbeginn 4. 11. 89

Befehl Vers. Nat. Verteidigung

4. Vers. BEL u. KEL haben alle für offenes
Verhalten nat. MfS, abzustimmen - alle MfS,
Mead. u. abwärts

5. das additive Qual. polit. Mittel erfüllt nur
bei Gewaltanwendung gegen Gewalt erhaltend
Silesavitz u. Objektivität des Lk. BEL

6. Demonstration dürfen nicht in Form der ein-
dringen. Im Falle des Versuchs des Einsatz
Körper. Gewalt zu verhindern

7. Anwendung des Repressiv ist grundsätzlich
verboten

Mid J - Sexualskandal. f. d. L. - im P. d. B. f. d. L. Vers. -
BEL Gen. Müller + Hahnke u. Rausch

BSTU
0160

Partei: ^{lang. Führen d. Vorkasse}
Alle P.-Mitgl. aufgefordert, sich am 4. 11. zu beteiligen mit
eigenen Lösungen - Partei sollte überall sichtbar sein -

- für MA keine Teilnahme
- P.-Mitgl. mit eigenen Lösungen
- 15 000 - 20 000 P.-Mitgl. betreten Versammlungsräume,
um mit Demo, mitzulaufen u. bei Kundgeb. voranz

- Reservisten d. Partei im P. d. R. - unterhalten Plakatwand Sprechbänke
- Versammlungsbüro mit 200 Briefen zusammen -

Im Berlin möglichst viel Dialogveranstalt., um Kräfte
zu binden -

sh. Billis: ^{Langzeitinterim}
Einstimmende Hinweise, dass CIA in Hauptstadt plant,
eine Sonderoperation durchzuführen -
Silesavitz Kräfte zum Handeln provozieren, mit Psychologen
u. Psychiater Konfrontation ansetzen
Ziel: Repressiv zu steuern
Mitteln der Silesavitz Kräfte aussetzen
Silesavitz Kräfte zeigen, dass sich anstehende
Provokationen der Genes auslösen -

Dem. CIA-MA
Anzeichen d. Demonstration bis zum Start d. Repressiv
• Arbeit mit Genes
• Anwendung von Gasgranaten, Repressiv -

- Demokrat. Forum WB wird zeitlich mit Demo
an einen Ort in Hauptstadt Demo durchführen -

- Kundgeb. soll direkt über Berliner Rundfunk übertragen
werden

Zu geben keine Erbg. v. Falschverkauf -
SDP sollte sich bei Meeting darstellen - ^{Vorwarnung} ^{Wahlgesetz / Verfassung}
(Treffpt. Parkhaus ^{gen. Müller} ^{gen. Müller}
Jugendverbände, Neues Forum)

BSTU
0161

Böhley / Havemann wollen morgen früh
u. Hirsch empfangen -

- Klammern 1-4 der Schulen in Ku. Mitte u. Prenzlauer Berg
u. Friedrichshagen morgen Schulfeier

Reisebüro USA-Reisen hat alle Reisen am 4./5. 11. abgefragt -
Kaufmännische
80 detaillierte Stützpunkte

Info-Fluß - Skull / offiz. -

- alle op. Meldg. am Lagergruppe Bz Ku
alle and. " " ZOS

prüfen, wo sind Reservisten unterparade - Liste erstellt -
Ladung Transportmittel
müssen sie beibehalten am Dienstort!

Wichtige Führungskräfte d. Opposition sind ausreisend - ihre
Befreiung

140 Vorkreditierung d. Journalisten
28 Teams FS

Dafür alles - Einverständnis des pol. zell.
Lagers.

ca. 60 Züge
von Hirsch
bis früh -

Tednerströme von Haus des Reisens

Reserve: darüber verfügt Hs. HA!

Verschluss-
sache!

VME/GKS/13 189
2. NOV 1989

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT

DER SEKRETAR

BSTU
0002

Berlin, den 02. 11. 1989
Tgb.-Nr.: 132 /89

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED
und Minister für Staatssicherheit

Genossen Armeegeneral M i e l k e

Werter Genosse Minister!

Beiliegend gestatte ich mir, Ihnen einen Befehl des Generalsekretärs
des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und
Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen
Egon K r e n z , mit der Bitte um Kenntnismahme zu übersenden.

Mit sozialistischem Gruß

Streletz
Generaloberst

BSTU
0003

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT
DER VORSITZENDE

B E F E H L Nr.: 10 / 89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

über

Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung
in der Hauptstadt der DDR, BERLIN

vom 01. 11. 1989

Im Zusammenhang mit der weiterbestehenden komplizierten sicherheitspolitischen Lage und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, sind auf der Grundlage

- meiner Ausführungen auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED und vor den Abgeordneten der Volkskammer der DDR sowie
- der Ergebnisse der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED am 27. 10. 1989

die erforderlichen politisch-ideologischen, führungs-mäßigen und organisatorisch-technischen Maßnahmen einzuleiten, um jederzeit und kurzfristig der sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, allseitig Rechnung tragen zu können.

BSTU
0004

- 2

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung

B E F E H L E I C H :

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitung BERLIN und
 - die Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke

mit sofortiger Wirkung

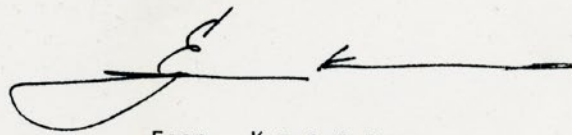
die erhöhte Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten ständig aufrechtzuerhalten.
2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind weiterhin ständig durch leitende Kader zu besetzen.
Die bisher gesammelten Erfahrungen sind in den Einsatzleitungen durch die jeweiligen Vorsitzenden gründlich auszuwerten und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.
3. Die politisch-ideologische Arbeit ist darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten feste politische Standpunkte herauszubilden und die kämpferische Haltung unserer Genossen auszuprägen mit dem Ziel, unsere Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen. Der begonnene, offene und freimütige Dialog ist auf allen Ebenen weiterzuführen. Dabei ist zu sichern, daß durch sachliche und offensive Diskussionen unserer Genossen sozialismusfeindlichen Auffassungen entschieden entgegengewirkt wird.
- X 4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung und die Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen der Hauptstadt der DDR, BERLIN, haben alle für ein offensives Reagieren auf provokatorische Aktionen vorzusehenden Handlungen vorausschauend abzustimmen und ein ununterbrochenes enges Zusammenwirken zu sichern.
Dabei sind die politische Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, bzw. in den Stadtbezirken unablässig zu analysieren sowie die erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit festzulegen.

BSTU
0005

- 3

- X 5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung.
- X 6. Durch die Bezirkseinsatzleitung sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen. Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt daran zu hindern, daß es in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, zu Grenzdurchbrüchen nach BERLIN (West) kommt. In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.
- X 7. Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.
8. Meldungen an den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates sind zu erstatten:
- bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der DDR, BERLIN,
 - bei schwerwiegenden besonderen Vorkommnissen bzw. Zusammenstößen.
9. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.
10. Der Befehl Nr. 8/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR wird aufgehoben.

Berlin, den 4. 11. 1989



Egon Krenz

Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands und Vorsitzender des
Nationalen Verteidigungsrates der
Deutschen Demokratischen Republik

Führungsstab
des Sicherheitseinsatzes

Berlin, 04. 11. 1989

BSTU
000039

4. 11. 89

Bericht
zum Sicherheitseinsatz am 04. November 1989

Auf der Grundlage des Schreibens des Genossen Minister vom 31. 10. 1989 (VVS MfS 0008-85/89) wurden im Zusammenhang mit der von einer Initiativgruppe Berliner Künstlerverbände beantragten und zentral genehmigten Demonstration im Stadtzentrum weisungsgemäß streng konspirative und gedeckte Sicherungsmaßnahmen eingeleitet.

Das Zusammenwirken mit den unter Führung der Bezirksleitung der SED Berlin eingesetzten gesellschaftlichen Kräften, den Führungsstäben der Volkspolizei und des Grenzkommandos Mitte sowie die Zusammenarbeit mit zentralen Diensteinheiten des MfS wurde planmäßig gewährleistet.

Im Verlauf des Sicherheitseinsatzes wurden folgende Feststellungen getroffen:

Bereits ab 6.30 Uhr kam es im gesamten Gebiet des Stadtzentrums zu Aufklärungshandlungen von Angehörigen der Militärinspektionen der USA, Frankreichs und Großbritanniens.

Gegen 8.30 Uhr begannen sich auf dem Alexanderplatz, vor dem ADN-Gebäude und angrenzenden Straßen kleine Gruppierungen zu versammeln, die fortwährend Zulauf, u.a. auch durch mit Pkw und mit der Eisenbahn aus anderen Bezirken angereisten Personen erhielten.

Die ausgehend von der vielfältigen Propaganda in anderen Städten eingeschätzte massenhafte Teilnahme aus anderen Bezirken blieb unter den Erwartungen, wobei keine repräsentativen Angaben zum Reiseverkehr möglich sind.

Bis etwa 9.30 Uhr hatten sich im Bereich Senefelder Platz, Leninplatz, Strausberger Platz bis zur Marienkirche schätzungsweise 250.000 Personen versammelt.

Auf Hunderten mitgeführten Plakaten und Transparenten wurden teilweise massiv grundlegende Prinzipien und Verhältnisse der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen sowie anderweitige Forderungen erhoben.

Die Losungen beinhalteten überwiegend ablehnende Standpunkte

- zur führenden Rolle der SED
- zum sozialistischen Staatsapparat
- zu der bisher praktizierten sozialistischen Gesetzlichkeit, vor allem die Wahl- und Strafgesetzgebung
- zum sozialistischen Bildungswesen.

BSU
000040

Ein Teil der Losungen bezog sich auf die angeblich dominierende und unrechtmäßige Rolle des MfS in der sozialistischen Gesellschaft. Weitere Losungen brachten Mißtrauen bzw. abwertende Haltungen gegenüber den unter Führung der SED eingeleiteten Erneuerungsprozeß zum Ausdruck. Vielfältig wurde die Zulassung des "Neuen Forums", der "SDP" und des "Demokratischen Aufbruchs" gefordert. Konkrete Losungen sind der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

Gegen 09.30 Uhr setzte sich der Demonstrationsszug in Bewegung.

An der Spitze wurden zwei 6 m lange Transparente mit den Aufschriften

"Protestdemonstration-Solidarität mit Vaclav Havel !"

und

" Freie Medien ! "

sowie eine große Kabeltrommel mit der Beschriftung

" Volkswalze " und " Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen!"

mitgeführt.

Vom überwiegenden Teil der Demonstranten war ein diszipliniertes, den Auflagen entsprechendes Verhalten zu verzeichnen.

Der bestätigte Marschweg, Karl-Liebknecht-Straße, Marx-Engels-Platz, Breite Straße, Molkenmarkt und Grunerstraße wurde von fast allen Teilnehmern der Demonstration eingehalten. Lediglich zum Schluß kürzten ein Teil der Demonstranten den Weg über die Spandauer- sowie Rathausstraße ab.

Festgestellt wurde, daß versuchte provokatorische Handlungen von Anhängern der sogenannten "Skinhead- und Guffti-Bewegung" von Teilnehmern des Demonstrationsszuges selbstständig

BSU
000041

unterbunden sowie ein Mitdemonstrieren solcher Personenkreise teilweise verhindert wurde.

Im Verlauf der Demonstration kam es zu kurzen Aufenthalten vor dem Eingang der Volkskammer sowie am Besuchereingang des Staatrates, wo einige Plakate und Transparente angeklebt bzw. abgelegt wurden.

Gegen 10.45 Uhr erreichte der Demonstrationsszug den Alexanderplatz, wo um 11.25 Uhr die genehmigte Kundgebung begann.

In deren Verlauf kam es zu keinen besonderen Vorkommnissen.

Bei der weiteren Klärung von Sachverhalten besonders provokatorischen Verhaltens einiger Teilnehmer wird die politisch-operative Bearbeitung fortgesetzt.

Die Kundgebung wurde um 14.20 Uhr von den Organisatoren beendet, nachdem bereits ab 13.15 Uhr eine stärker werdende Personenabwanderung feststellbar war. Auf den Ablauf und den Inhalt des Meetings wird nicht weiter eingegangen.

Die akkreditierten 221 Korrespondenten und weitere Journalistenteams, die ohne spezielle Akkreditierung für die Demonstration wirksam wurden, traten mit einer Vielzahl journalistischer Aktivitäten in Erscheinung, ohne daß es dabei zu Vorkommnissen kam.

Nach Abschluß der Kundgebung bildeten sich im Bereich des Alexanderplatzes 5 Diskussionsgruppen von durchschnittlich 50 Personen, auf deren Auflösung durch die Organisatoren versucht wurde, Einfluß zu nehmen.

Das Zusammenwirken von Angehörigen der Volkspolizei mit den Ordnungskräften des Veranstalters hat sich bewährt und trug während der Demonstration und des Meetings zur Durchsetzung des ordnungsgemäßen Ablaufs bei.

Im Verlauf des Sicherungseinsatzes kam es im Bereich der Staatsgrenze sowie in deren westlichen Vorfeld zu mehreren provokatorischen Handlungen.

Darunter von 09.00 Uhr bis 10.00 Uhr eine Ansammlung von ca. 50 Personen mit gegen die DDR gerichteten Plakaten vor der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße sowie das Besteigen der Panzermauer durch eine männliche Person aus Westberlin im Bereich Brandenburger Tor.

ohne

Diese Person wurde/Anwendung von Zwangsmitteln festgenommen und zur weiteren Klärung der Abt. IX zugeführt. Die Festnahme wurde von Westberlin aus durch Kamerateams dokumentiert.

BStU
000042

Um 16.00 Uhr noch festzustellende Diskussionsgruppen unter anderem von Mitgliedern der CDU und LDPD mit Anhängern der sogenannten SDP auf dem Alexanderplatz sowie weitere kleinere Personenansammlungen stehen weiterhin unter operativer Kontrolle.

Die im Rahmen des gesamten Sicherungseinsatzes angewiesenen politisch-operativen Maßnahmen werden planmäßig fortgesetzt.

1. Stellvertreter
des Leiters der BV

Ehrhardt

Ehrhardt
Oberst

Anlage

Verteiler:

Generalleutnant Schwanitz
Generalleutnant Neiber
ZAIG
ZOS
Leiter der BV
1. Stellvertreter

ZAIG

Berlin, 6. November 1989

Gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane und gegen das Strafrecht gerichtete Angriffe und Forderungen auf der genehmigten Demonstration und dem Meeting der Künstlerverbände für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit am 4. November 1989 in Berlin

Während der Demonstration mitgeführte Transparente beinhalteten u. a. die Forderungen:

BStU
000155

- "Staatssicherheit durch Öffentlichkeit"
- "Von Demagogie, Bespitzelung, Entmündigung und auch Verbrechen war und ist diese Gesellschaft gekennzeichnet"
- "Rechtssicherheit statt Staatssicherheit"
- "Wir fordern Kontrolle der Staatssicherheit"
- "Besser dem Volk vertrauen, als dem Stasi trauen"
- "Stasi an die Stange"
- "Für ein Leben ohne Stasi-Terror".

In den Ansprachen enthaltene Angriffe und Forderungen beinhalteten:

Johanna SCHALL

Zitat aus Verfassungsvorschlag für die französische Republik von 1793: Jede Verfassung muß den Schutz der öffentlichen und der individuellen Freiheit vor der Regierung selbst zum Ziel haben. Nur dies allein diene als Mittel "gegen die öffentliche Gewalt der Regierenden als Geißel der Freiheit".

Im Anschluß an die durch den Schauspieler Ulrich MÜHE erfolgte Verlesung der Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR von 1974 forderte Johanna SCHALL folgende, "diese Artikel einschränkende Paragraphen

BSU
090156
2

des Strafgesetzbuches zu streichen oder zu modifizieren", die sie im Wortlaut vortrug: Die Paragraphen 99 "Landesverräterische Nachrichtenübermittlung", 106 "Staatsfeindliche Hetze", 107 "Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß" sowie 217 "Zusammenrottung".

Rechtsanwalt Dr. Gregor GYSI erinnerte unter Hinweis auf die zitierten Paragraphen des Strafgesetzbuches, daß die Rechtsanwälte in ihrer, von ADN nicht vollständig aber in wesentlichen Teilen veröffentlichten Erklärung ein neues Strafrecht und die Überarbeitung von Kapiteln des Strafgesetzbuches gefordert hätten. Die Verfassung selbst sei "gut, obwohl auch sie entwickelt werden kann". Gebraucht würden der Staat und Staatsautorität, ebenso aber die "Kontrolle des Volkes über den Staat und seine Sicherheitsbereiche" wie auch ein "neues Verhältnis von Politik und Recht".

Marianne BIRTHLER von der "Berliner Kontakt-Telefon-Gruppe" erklärte, sie habe Gelegenheit gehabt, in mehr als 200 Berichten zu lesen, wie Menschen gejagt, geschlagen, gedemütigt und verurteilt worden seien. Dabei habe es sich nicht um die Übergriffe Einzelner gehandelt. Dieses Unrecht sei geplant, vorbereitet und befohlen worden. Noch immer sei nicht geklärt, wer die Befehle gegeben und politische Verantwortung getragen habe, auch dafür, daß den Volkspolizisten gesagt worden sei, sie würden am Alex aufgehängt. Die Gründung einer zeitweiligen Untersuchungskommission beim Berliner Magistrat, die weder nach Zusammensetzung noch nach Zielen wirklich unabhängig sei, befriedige sie nicht.

Eine unabhängige, von Künstlerverbänden, demokratischen Initiativen, der Kirche, von Ärzten, Anwälten und Psychologen gebildete Untersuchungskommission werde mit dem Magistrats-Ausschuß zusammenarbeiten.

Der Liedermacher Kurt DEMMLER sang gegen Bespitzelung und Überwachung das Lied von der "ganz leisen Polizei", von der immer irgendwer dabei sei, und rezitierte daran anschließend, man braucht, um was zu schaffen, Sicherheit, doch auch "Sicherheit vor der Sicherheit".

BSU
090157

Prof. Jens REICH vom "NEUEN FORUM" forderte, Verfassungsrecht müsse nicht nur auf dieser "Freiheitsdemonstration", sondern überall wahrgenommen werden, und rief zu Solidarität auf mit den Bürgern und Verhafteten, mit den "Alten, die das Land aus den Trümmern geholt haben", mit den Ossietzky-Schülern aus Pankow.

Stefan HEYM verlangte:

"Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, einiger weniger, eines Apparates oder einer Partei". Alle müßten teilhaben an dieser Macht; wer sie ausübe, müsse unterworfen sein der Kontrolle der Bürger. Denn Macht korrumpiere, und absolute Macht, das könne man heute noch sehen, korrumpiere absolut.

Der Schauspieler Ekkehard SCHALL erklärte, er danke "den mutigen und, ich betone, den friedlichen Demonstranten in vielen Städten der DDR". Es hätte auch Rowdys auf beiden Seiten gegeben. Die Brutalität von Sicherheitskräften wiegt allerdings schwerer und wecke schlimme Erinnerungen".

Pfarrer SCHORLEMMER aus Wittenberg erklärte:

Die Regierung habe auf das Volk zu hören, nicht umgekehrt. Eine Atmosphäre des Vertrauens werde erst dann entstehen, wenn das "größte innenpolitische Sicherheitsrisiko, die Staatssicherheit, radikal abgebaut und vom Volke kontrolliert" werde. Fehler müßten als Fehler zugegeben werden. Aber es dürften keine neuen Gräben aufgerissen werden, Stimmen der Vergeltung aufkommen.

Thomas LANGHOFF sagte:

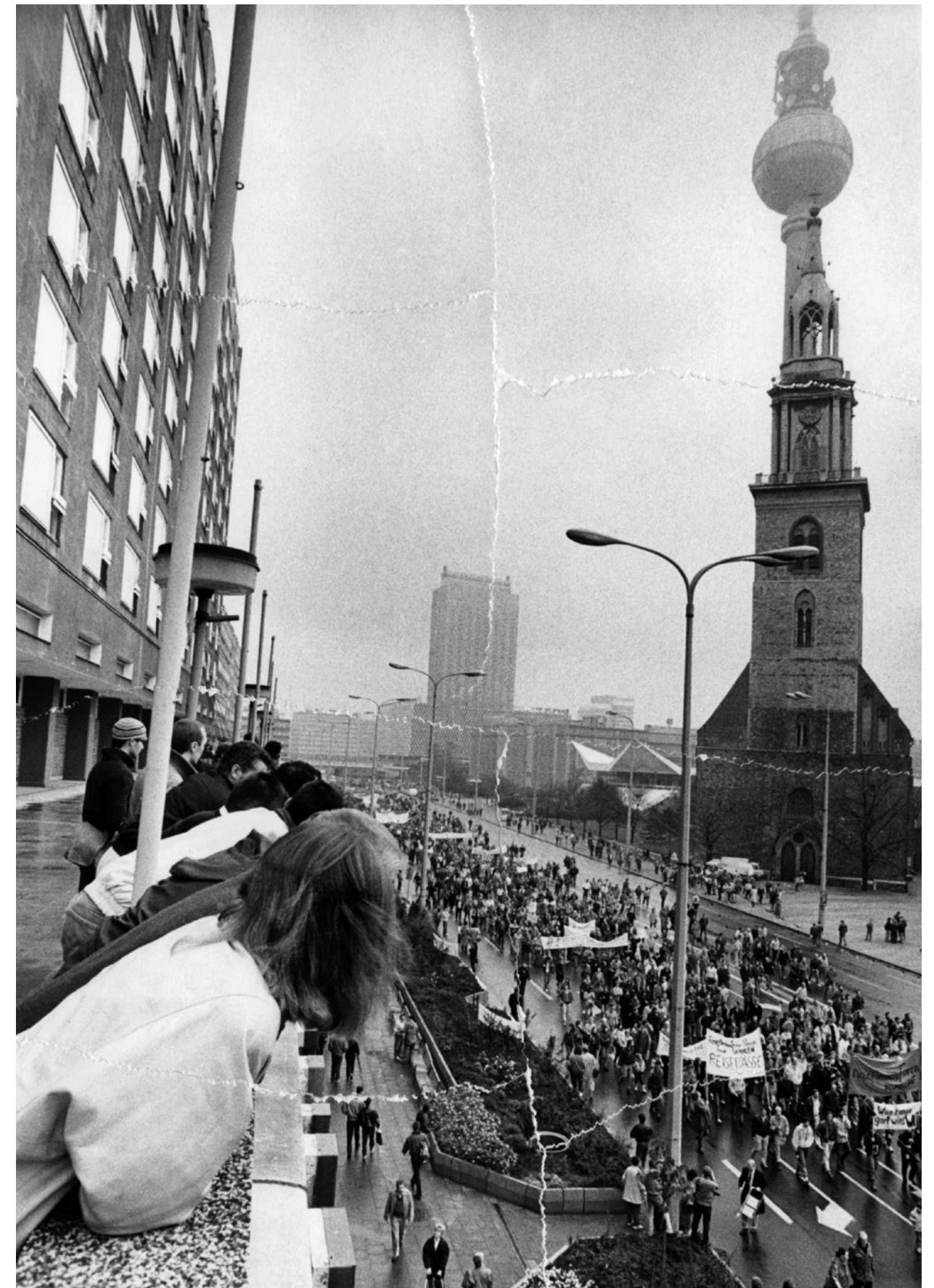
Wären die Worte "frei" und "öffentlich" aus den beiden heute zur Diskussion stehenden Verfassungsartikeln immer ernst genommen worden, gebe es keine Notwendigkeit für die heutige Demonstration und die von ihm verlesene Erklärung. Darin fordert er zur Offenlegung der Biografie dieses Landes die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission von Historikern, Rechtswissenschaftlern und interessierten Bürgern, die alle in der DDR eingeleiteten Verfahren wegen angeblicher Straftaten gegen Staat und öffentliche Ordnung prüfen sollten.

BSU
090158 4

Sämtliche Akten seien dem Gremium zugänglich zu machen.
Weiter forderte er, Wiedergutmachung an "Opfern des Stalinismus,
an den Opfern politischer Prozesse u. a. ungerechtfertigter Zwangs-
maßnahmen sowie vollständige Publizierung der Ergebnisse".

Die Schauspielerin Annekathrin BÜRGER trug daran anschließend das
Lied "Worte eines politischen Gefangenen an Stalin" für Walter JANKA
vor.

Der Dozent Konrad HELMER erklärte, "wir Sozialdemokraten werden jede
künftige Regierung daran messen, ob sie hier zu einem wirklichen
Schuldbekenntnis fähig ist". Bei Markus WOLF habe er "das vermisst".



22

Abb. 22
Blick auf den Demonstrationzug durch die Karl-Liebknecht-
Straße in Ost-Berlin, 4. November 1989
Foto: BArch, MfS, HA XX, Fo 1379, Bild 0001

Abb. 23 (S. 116/117)
Massenkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz
am 4. November 1989
Foto: BArch, MfS, HA XX, Fo 1379, Bild 0009



Auch nach der ersten genehmigten Großdemonstration am 4. November 1989 hielten die Massendemonstrationen, politischen Kundgebungen, Friedensgebete und die Formierung von Oppositionsgruppen und unabhängigen Vereinigungen überall in der DDR an. Gemeinsame Forderungen all dieser Bewegungen waren ein Dialog mit der Regierung, der eine grundsätzliche Diskussion über Veränderungen in der DDR zuließ, der Verzicht der SED auf ihren Führungsanspruch, eine demokratische Umgestaltung der Verhältnisse sowie Meinungs- und Reisefreiheit. Am 8. November wurde das Neue Forum offiziell von der SED-Führung als politische Gruppierung anerkannt. Die SED und damit auch ihre Geheimpolizei, die Stasi, verloren zunehmend die Fähigkeit zur Lenkung der Ereignisse. Mit neuen Regelungen zur ständigen Ausreise versuchte die Regierung noch einmal, die Bürger zu beschwichtigen und ihre Macht zu erhalten. Doch der Fall der Mauer am 9. November 1989 beschleunigte das Bestreben der Menschen nach einem schnellen Ende der Mangelwirtschaft und der Bevormundung. Die Forderung nach der Einheit Deutschlands rückte in der Debatte um Veränderungen mehr und mehr auf die Tagesordnung. Nicht nur die SED, sondern auch ihr „Schild und Schwert“, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), unterlagen in der Folgezeit Auflösungserscheinungen. Auf Beschluss des Ministerrates wurde das MfS am 17. November in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt. Das SED-Politbüro erklärte sich am 22. November zu Gesprächen mit Bürgervertretern am Zentralen Runden Tisch bereit. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

Ihrer Empörung über jahrzehntelange Überwachung und Kontrolle machten Bürgerinnen und Bürger bei der Besetzung des nunmehr umbenannten Bezirksamts für Nationale Sicherheit in Erfurt am 4. Dezember 1989 Luft. Damit begann eine Besetzungswelle von zahlreichen weiteren Stasi-Dienststellen, bei der spontan gebildete Bürgerkomitees mit Hilfe von Militärstaatsanwälten und Volkspolizei die Aktenräume versiegelten. Sie verhinderten damit weitgehend die weitere unkontrollierte Vernichtung des Aktenmaterials durch die Staatssicherheit und ermöglichten so die Öffnung der verbliebenen Unterlagen, die wir heute als zeithistorische Dokumente nutzen können. Am 15. Januar 1990 schließlich erstürmten einige tausend Menschen auch die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße.

Auf Druck von Oppositionsvertretern, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen, wurde neben den regionalen Bürgerkomitees und der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches am 8. Februar 1990 auch ein staatliches „Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ gebildet. Bis Ende März sollten alle Mitarbeiter der Stasi – bis auf die der Auslands- spionage – aus dem Dienst entlassen sein. Mit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 hatte sich eine wesentliche Forderung der Demonstrationen vom Herbst 1989 erfüllt. Eine weitere wurde am 3. Oktober 1990 mit der Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit.



24

Abb. 24
Am 9. November 1989 öffnet die DDR ihre Grenze nach Westberlin und zur Bundesrepublik; nach 28 Jahren fällt die Mauer. Bewohner aus West- und Ostberlin sind an der Mauer am Brandenburger Tor zusammengekommen und auf die Mauerkrone geklettert.
BArch, B 145 Bild-00046833, Foto: Lehnartz, Klaus, 9. November 1989

Abb. 25 (S. 120/121)
Blick ins Stasi-Archiv nach der Besetzung in Gera, Januar 1990
Foto: BStU/A. Bley

269/80
1/81

221/78
1/79

195/79

324/81
1/82
33/82

531/82
1/83
24/83



(E)
13

1/86

324/87
1/88

320/84
1/85

120/86
120/87
310/88
312/89

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. I	Militärabwehr
Abt. II	Spionageabwehr
Abt. III	Funkaufklärung
Abt. VII	Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug
Abt. XVIII	Volkswirtschaft
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. XXII	Terrorabwehr
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
Ausf.	Ausführung
BArch	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BEL	Bezirkseinsatzleitung
BGW	Berliner Glühlampenwerk
Bl.	Blatt
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
BZA	Berliner Zeitung am Abend
CBS	Cottbus
CDU	Christlich Demokratische Union
cfs	chiffriertes Fernschreiben
CIA	Central Intelligence Agency
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
Dok	Dokument
erf.	erfasst
EV	Ermittlungsverfahren
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FTV	France Télévisions
gef.	gefertigt
Gen.	Genosse

gez.	gezeichnet
GKS	Geheime Kommandosache
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GSOR	Große Sozialistische Oktoberrevolution
Güst	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HA II	Spionageabwehr
HA IX	Untersuchungsorgan
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche
HA roem. 2	hier gemeint HA II
HA roem. 9	hier gemeint HA IX
HA roem. 20	hier gemeint HA XX
Hle	Halle
IGL	Initiativgruppe Leben
IKMO	Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter für operative Aufgaben
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Person
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
i. V.	in Vertretung
K	Kriminalpolizei
kath.	katholisch
KD	Kreisdienststelle
KEL	Kreiseinsatzleitung
KP	Kontaktperson
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKW	Lastkraftwagen
Lpz.	Leipzig
Ltr.	Leiter
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Inneren
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Nachr.	Nachricht
ND	Neues Deutschland
OD	Objektdienststelle
OES	Operativer Einsatzstab
o. g.	oben genannt
Oltm.	Oberleutnant
op.	operativ
ORF	Österreichischer Rundfunk
OSL	Oberstleutnant
OT	Operative Technik
OV	Operativer Vorgang
PdPB	Präsidium der Polizei Berlin
PdR	Palast der Republik
Pers. MA d. Ltr.	Persönlicher Mitarbeiter des Leiters
PKE	Passkontrolleinheit
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken

PS	Personenschutz
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
Sachbearb.	Sachbearbeiter
SDP	Sozialdemokratische Partei
SE	sozialistisches Eigentum
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sg.	sogenannt
SP	Sicherungsposten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stck.	Stück
Swn.	Schwerin
terr.	territorial
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
u. a.	unter anderem
UHA	Untersuchungshaftanstalten
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
VME	Vorzimmer Minister (Post-)Eingang
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WB	Westberlin
WSE	Wach- und Sicherungseinheit
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
z. T.	zum Teil
StGB	Strafgesetzbuch der DDR
§ 137 StGB	Beleidigung
§ 139 StGB	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen
§ 215 StGB	Rowdytum
§ 217 StGB	Zusammenrottung
§ 220 StGB	Staatsverleumdung



Foto: BStU/Dresen

Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de.

Kontaktdaten Berlin**Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo-Do 08:00-17:00
Fr 08:00-14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien

Tel.: 030 2324-9051/-9061
GZ.AU5@bundesarchiv.de
GZ.AU6@bundesarchiv.de

Abteilung Vermittlung und Forschung

Tel.: 030 2324-6701
gz.kw@bundesarchiv.de

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek
Tel.: 030 2324-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 2324-6731
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 2324-7181
presse@bundesarchiv.de

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

Ruschestraße 103
10365 Berlin

Öffnungszeiten Ausstellungen/Besucherzentrum:
Mo-Fr 10:00-18:00
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
„Haus 7“
Tel.: 030 2324-6699
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
www.einblick-ins-geheime.de

Stasimuseum

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
„Haus 1“
Tel.: 030 553 68 54
info@stasimuseum.de
www.stasimuseum.de

Besucherzentrum

„Haus 22“
Tel.: 030 2324-6999

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

täglich rund um die Uhr zugänglich

Bildungsteam

„Haus 1“
Tel.: 030 2324-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

Campusentwicklung und Veranstaltungen

Tel.: 030 2324-7196
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Brandenburg**Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus

Karl-Marx-Straße 7
03044 Cottbus
Aktuelle Termine finden Sie auf
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 03860 503-0
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Standort Halle**

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen**Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Thüringen**Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983
88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv
80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen
112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer
80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis
110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg
78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen
132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodel es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen
106 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89
132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei
160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi
82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR
112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi
111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung
77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen
128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag
119 S., Berlin 2018

Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.

*Herausgeber
Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin*

*Postanschrift
10106 Berlin*

*Bestellung
Telefon: 030 2324-7777
Fax: 030 2324-6739
publikation.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de*



„Ein Sonderzug
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien

Quellennachweis

Bundesarchiv

– Stasi-Unterlagen-Archiv –

Dokumentensammlung

- S. 9–10 (BArch, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 190–191)
 S. 12–16 (BArch, MfS, HA IX 3203, S. 219–223)
 S. 17 (BArch, MfS, ZAIG 16381, S. 246)
 S. 19–21 (BArch, MfS, HA IX 8738, S.106–108)
 S. 23–26 (BArch, MfS, HA IX 8738, S. 109–111, 113)
 S. 27–30 (BArch, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 15–18)
 S. 31 (BArch, MfS, Sekr. Schwanitz 67, S. 24)
 S. 33–34 (BArch, MfS, HA IX 8738, S. 114–115)
 S. 35 (BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 617, S. 100)
 S. 37 (BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 617, S. 101)
 S. 39–45 (BArch, MfS, ZAIG 3756, S. 128–134)
 S. 46–47 (BArch, MfS; BV Dresden, KD Dresden–Stadt, Nr. 90344, Bd. 3, S. 10–11)
 S. 48–49 (BArch, MfS, HA IX 8738, S. 7, 7a)
 S. 50–52 (BArch, MfS, HA XX Nr. 117, S. 7–9)
 S. 53 (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG 498, S. 27)
 S. 54–55 (BArch, MfS, BV Halle, Medizinischer Dienst, Sach–Nr. 1287, S. 6–7)
 S. 56–61 (BArch, MfS, BV Erfurt, KD Erfurt 680, S. 1–6)
 S. 62–63 (BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 75–76)
 S. 65 (BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 77)
 S. 67 (BArch, MfS, BV Berlin, KD Friedrichshain, 1976, S. 37)
 S. 68 (BArch, MfS, BV Schwerin, AKG 24b, S. 31)
 S. 69 (BArch, MfS, BV Schwerin, Bdl–Dok, 401228, S. 1)
 S. 70–72 (BArch, MfS, BV Halle, KD Halle, VIII 1489–87, S. 65, 68–69)
 S. 74–75 (BArch, MfS, BV Gera, BdL, 1202, S. 1–2)
 S. 78–81 (BArch, MfS, HA XX/9 Nr.126, S. 2–5)
 S. 82–85 (BArch, MfS, BV Leipzig, AKG 1181, S. 6–9)
 S. 86 (BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VII, VII–1695, S. 1)
 S. 87–88 (BArch, MfS, BV Karl–Marx–Stadt, Reg.–Nr.–XIV, 1498/75, S. 8–9)
 S. 90 (BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Angermünde, 396, S. 38)
 S. 91 (BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), AKG 1137, S. 52)
 S. 92–93 (BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), AKG 1139, S. 2–3)
 S. 95 (BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XX 9539, S. 32)
 S. 98–102 (BArch, MfS, ZAIG 11272, S. 157–161)
 S. 103–106 (BArch, MfS, SdM, Nr. 2741, S. 2–5)
 S. 107–110 (BArch, MfS, Neiber 618, S. 39–42)
 S. 111–114 (BArch, MfS, ZAIG 4599, S. 155–158)

Bildnachweis

Nikolaus Becker:

S. 11: Ansicht der Gethsemanekirche im Ost–Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, wo seit dem 2. Oktober 1989 eine ununterbrochene Mahnwache für die inhaftierten Demonstranten abgehalten wurde.

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Karl-Liebknecht-Straße 31/33
 10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
 Telefon: 030 2324-50
 post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne, Berlin

Redaktion

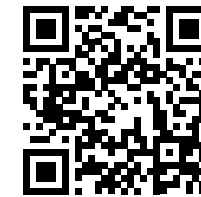
Nadja Häckel, Nicol Püschl
 Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Abteilung Kommunikation und Wissen
 10106 Berlin
 www.stasi-unterlagen-archiv.de

Titelfoto

Demonstranten werden durch Sicherheitskräfte am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin „zugeführt“. (Bildausschnitt)
 Foto: Nikolaus Becker

Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter www.stasi-mediathek.de



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2014, Druckrate 08/22

